ISSN 0341–5352

03 | 2026
141. JAHRGANG

BURSCHENSCHAFTLICHE BLÄTTER

SCHWERPUNKT
Blockierte Republik:
Die Ursachen des Stillstands

AUS DEM BURSCHEN-SCHAFTLICHEN LEBEN
Der Burschentag 2026

HERAUSGEBER:
Vorsitzende Burschenschaft der Deutschen Burschenschaft
Erlanger Burschenschaft Frankonia
Löberstraße 14, D-99817 Eisenach
vorsdb@burschenschaft.de

VERLAG:
Im Selbstverlag der Deutschen Burschenschaft.

SCHRIFTLEITER, ANZEIGEN:
Kevin Dorow
(ALTE KÖNIGSBERGER BURSCHENSCHAFT ALEMANNIA IN KIEL WS 2017/18, GYMNASIALE BURSCHENSCHAFT GERMANIA ZU KIEL SS 2020, HAMBURGER BURSCHENSCHAFT GERMANIA SS 2022)
Postanschrift:
Kevin Dorow
Sekretariat der Deutschen Burschenschaft
Löberstraße 14, D-99817 Eisenach
bbl-schriftleitung@burschenschaft.de

BBL-ANSCHRIFTENVERWALTUNG:
BBl Anschriftenverwaltung
Sekretariat der Deutschen Burschenschaft
Löberstraße 14, D-99817 Eisenach
bbl-anschriftenverwaltung@burschenschaft.de

SATZ & LAYOUT:
Astrid Kalandrik
a.kalandrik@icloud.com, www.akalandrik-design.com

ERSCHEINUNGSWEISE:
Viermal im Jahr, Auflage: 7.000 – hälftig digital

BEZUGSPREIS:
Für Bezieher, die nicht der Herausgeberin angehören, jährlich 21,00 Euro zuzüglich MwSt., bei Lieferung frei Haus im Inland, 26,00 Euro zuzüglich MwSt. ins Ausland. Einzelhefte im Inland 6,50 Euro zuzüglich MwSt., inkl. Porto und Verpackung. Auslandsbezug 8,50 Euro zuzüglich MwSt. und Versandkosten. Bestellungen im Sekretariat. Adresse und Bestellformular am Ende des Heftes.

BLATTLINIE:
Mit dem Namen des Verfassers versehene Beiträge stellen nicht immer die Meinung des Herausgebers, des Schriftleiters oder der Burschenschaft des Verfassers dar. Die Verantwortung für die in diesen Artikeln zum Ausdruck gebrachte Meinung trägt ausschließlich der Verfasser. Sie bedeutet in keinem Falle eine amtliche Stellungnahme des Verbandes.

NACHDRUCK:
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe („Burschenschaftliche Blätter“, Jg., Heft, Seite, Verfasser) und mit Genehmigung des Schriftleiters gestattet.

BEITRÄGE:
Wir erbitten die Zusendung aller Beiträge ausschließlich per E-Post in gängigen Digital-Formaten. Die Manuskriptrichtlinien sind verbindlich und können bei der Schriftleitung angefordert werden. Handschriftliche Texte werden nicht berücksichtigt. Einsender von Beiträgen werden gebeten, sich vorher mit dem Schriftleiter in Verbindung zu setzen. Rezensionen dürfen maximal 3.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen. Ein Anspruch auf Abdruck von Manuskripten und zu einem bestimmten Termin besteht nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Besprechungsexemplare wird keine Haftung übernommen. Bei einer Nichtveröffentlichung handelt es sich nicht um Zensur. Die Verfasser, auch von Leserbriefen, fügen ihrem Namen, ihre Burschenschaft und das Jahr des Eintritts hinzu. Die Schriftleitung behält sich ausdrücklich Streichungen und Kürzungen vor.

BURSCHENSCHAFTLICHE BLÄTTER

Zeitschrift für den deutschen Burschenschafter. Begründet im Januar 1887 von G. H. Schneider (Germania Jena), 141. Jahrgang, Heft 3/4, 3. Quartal 2026

INHALT

MITTEILUNG DER SCHRIFTLEITUNG	99
DIE BLOCKIERTE REPUBLIK 1.0: VON ADENAUER BIS MERZ	100
WAHRE BILDUNG STATT WARE BILDUNG	105
DIE DEUTSCHE ENERGIE- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK MUß HERAUS AUS DER SACKGASSE!	112
DAS LAND DER TÜFTLER UND DENKER?	116
REDE ZUM FESTAKT AUF DEM BURSCHENTAG 2026	120
FESTREDE ANLÄßLICH DES FESTKOMMERSES DER DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT	124
REDE ZUM TOTENGEDENKEN AUF DEM BURSCHENTAG 2026	130
TRAUERREDE ZUR BESTATTUNG VON VERBANDSBRUDER NIEDERHAUSEN	132
DAS SEKUNDANTENSEMINAR AM BURSCHENSCHAFTSDENKMAL	134
RÜCKBLICK AUF DIE DIESJÄHRIGEN VERHANDLUNGEN DES BURSCHENTAGES	135
UNSER VOLK RUNDHERUM: DIE KARPATENDEUTSCHEN	138
WICHTIGE INFORMATION	140
NACHRUF	141
UNSERE TOTEN	141
BESTELLFORMULAR	142
TERMINE / BURSCHENSCHAFTLICHE AMTSSTELLEN	143

Die Schriftleitung informiert: Adreßänderungen für den Bezug der *Burschenschaftlichen Blätter* richten Sie bitte immer an: ***BBl–Anschriftenverwaltung, Sekretariat der Deutschen Burschenschaft, Löberstraße 14, D-99817 Eisenach*** oder ***bbl–anschriftenverwaltung@burschenschaft.de***

Titelbild: Die Bundesrepublik Deutschland als vielseitig blockiertes Land (eigenes Werk/Mit KI bearbeitet).

Nächster Schwerpunkt: 04/2026: Nach dem Superwahljahr: Ein Resümee

Redaktionsschluß: 04/2026: 01. November 2026

Neues aus der BBl–Netzversion

www.burschenschaft.de/b_blaetter
www.facebook.com/DeutscheBurschenschaft
www.instagram.com/burschenschaftliche_blaetter/
www.x.com/DB_BBls

MITTEILUNG DER SCHRIFTLEITUNG

Sehr geehrte Herren Verbandsbrüder, liebe Leser,

der Befund ist nicht neu, doch er verdichtet sich: Seit Jahren stagniert die wirtschaftliche Leistung der Bundesrepublik auf dem Niveau von 2019; strukturelle Reformen werden angekündigt und dann in föderalen, gerichtlichen oder ideologischen Schlingen erstickt; in Bildung, Energieversorgung, innerer Sicherheit und technologischer Wettbewerbsfähigkeit tritt das Land auf der Stelle oder fällt zurück. Was als „Zeitenwende“ verkauft wurde, erweist sich in der Praxis als Fortsetzung des Alten mit größerem Finanzvolumen. Die Frage, die uns umtreibt, lautet nicht, ob der Stillstand existiert, sondern warum er so hartnäckig ist und welche geistigen, institutionellen und demographischen Ursachen ihm zugrunde liegen.

Die Schwerpunkte dieser Ausgabe greifen die zentralen Felder auf, in denen die Blockade sichtbar und spürbar wird.

Im Bildungsbereich dokumentieren PISA-Ergebnisse, Bildungsberichte und Lehrerverbände seit über einem Jahrzehnt denselben Trend: sinkende Kompetenzen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften, wachsende Anteile von Schülern, die Mindeststandards verfehlen. Eng damit verknüpft sind Innovation und Technik. Deutschland verfügt über hervorragende Ingenieure und Forschungsinstitute, doch die Umsetzung in marktfähige Produkte und skalierbare Unternehmen stockt. Überregulierung, langwierige Genehmigungsverfahren, hohe Energiekosten und eine Kultur der Risikoaversion wirken wie Sand im Getriebe. Während andere Industriestaaten Kernenergie als Brückentechnologie oder sogar als Zukunftsoption behandeln, hat die Bundesrepublik sie aus ideologischen Gründen aufgegeben und ersetzt sie durch wetterabhängige Erzeugung plus teure Importe und Reservekraftwerke.

Energie und Wirtschaft bilden den materiellen Kern der Blockade. Die Energiewende wurde als moralisches Projekt betrieben, dessen Kosten und Systemrisiken lange tabuisiert wurden. Hohe Strom- und Gaspreise, Netzengpässe und die Abhängigkeit von volatilen Importen belasten Haushalte und Industrie gleichermaßen. Unternehmen verlagern Produktion, Investitionen bleiben hinter dem Bedarf zurück, das Produktivitätswachstum ist schwach. Die demographische Alterung verschärft den Fachkräftemangel, während gleichzeitig große Teile der Zuwanderung nicht in den Arbeitsmarkt, sondern in Transfer- und Betreuungssysteme münden.

Im Bereich Inneres und Recht zeigt sich die Blockade als Verlust staatlicher Steuerungsfähigkeit. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist bei Gewalt- und Sexualdelikten überproportionale Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger aus; bestimmte Herkunftsgruppen sind deutlich überrepräsentiert. Parallelgesellschaften, Clanstrukturen und islamistische Netzwerke sind keine Randerscheinungen mehr. Gleichzeitig erschweren komplexe Rechtslagen, lange Verfahren und eine Rechtsprechung, die individuelle Bleibeinteressen oft höher gewichtet als das Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit, wirksame Rückführungen.

Die deutsche Geschichte kennt Phasen dynamischer Staatsbildung ebenso wie Phasen der Selbstblockade durch Partikularismus, ideologische Überformung oder übertriebene Rücksichtnahme. Die Burschenschaften entstanden einst aus dem Impuls, Zersplitterung zu überwinden und nationale Handlungsfähigkeit herzustellen. Heute gilt es, denselben Blick auf die Bundesrepublik zu richten: Welche Traditionen der Selbstbindung, der überdehnten Konsenssuche und der moralischen Selbstfesselung haben uns in die gegenwärtige Lage geführt? Und welche historischen Beispiele zeigen, daß Stillstand kein Schicksal ist, sondern Folge politischer Entscheidungen und geistiger Haltungen?

Denn der Stillstand der Bundesrepublik Deutschland ist kein Naturereignis. Er hat Ursachen, die benannt werden können; und die, wenn der Wille vorhanden ist, auch angegangen werden können.

Burschenschaftliche Grüße

KEVIN DOROW
(ALTE KÖNIGSBERGER BURSCHENSCHAFT ALEMANNIA IN KIEL WS 2017/18, GYMNASIALE BURSCHENSCHAFT GERMANIA ZU KIEL SS 2020, HAMBURGER BURSCHENSCHAFT GERMANIA SS 2022)

Die Blockierte Republik 1.0: VON ADENAUER BIS MERZ

VON ACHWIN WAGNER

Adenauer, Kohl, Merz und die Kontinuität einer Nation, die sich selbst im Wege steht.
Fotos: Eigenes Werk (Mithilfe von KI erstellt)

Die Bundesrepublik Deutschland lebt von einem Gründungsmythos, der so lückenhaft ist, wie er wirkmächtig bleibt. Man erzählt sich das Märchen vom gelungenen Neuanfang: aus den Trümmern des Dritten Reiches sei unter westlicher Führung ein demokratisches, wirtschaftlich blühendes, moralisch geläutertes Gemeinwesen entstanden. Konrad Adenauer habe mit eiserner Hand die Westbindung durchgesetzt, Ludwig Erhard das Wirtschaftswunder entfesselt, die Soziale Marktwirtschaft den Klassenkampf überwunden, die Wiedervereinigung die Nation geheilt und die europäische Integration den deutschen Sonderweg endgültig beendet. Dieses Narrativ wird in Schulbüchern, Feuilletons und Sonntagsreden bis zum Überdruß wiederholt. Es ist bequem, es ist tröstlich; und es ist grundlegend falsch.

Die Wahrheit lautet anders: Die Bundesrepublik war von Anbeginn eine blockierte Republik. Nicht erst seit den Reformstaus der 1990er Jahre, nicht erst seit der Energiewende, der Migrationskrise oder dem demografischen Kollaps. Die Blockade ist kein Betriebsunfall späterer Jahrzehnte, sondern konstitutives Merkmal ihrer Architektur. Wirtschaftlich, geistig und institutionell wurde sie so konstruiert, daß echte Erneuerung, nationale Selbstbehauptung und langfristige Vitalität systematisch unterbunden werden. Sie war, mit den Worten Oswald Spenglers, „zum Untergang begriffen“: Nicht als äußere Katastrophe, sondern als innere Erschöpfung eines Systems, das seine eigenen Voraussetzungen von Tag eins an untergräbt.

Heute, im September 2026, unter dem Bundeskanzler Friedrich Merz, der seit dem 6. Mai 2025 eine schwarz-rote Koalition führt und bereits nach wenig mehr als einem Jahr mit historisch niedrigen Zustimmungswerten, Kabinettsumbauten und Spekulationen über einen möglichen Wechsel konfrontiert ist, tritt diese Blockade in ihrer ganzen Nacktheit zutage. Zu viel Föderalismus, zu mächtige Gerichte, zu alternde Gesellschaft, zu zögerliche Politiker. Das sind Symptome. Die Ursachen liegen tiefer – im Fundament, das Adenauer 1949 legte, und in der geistigen und wirtschaftlichen Logik, die seither ungebrochen fortwirkt.

DIE GRÜNDUNG UNTER VORBEHALT: ADENAUERS STAAT OHNE SOUVERÄNES

Konrad Adenauer, geboren 1876, geprägt vom Kaiserreich, dem Ersten Weltkrieg, der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus, war 1949 bereits 73 Jahre alt, als er mit der denkbar knappsten Mehrheit – 202 von 402 Stimmen, möglicherweise der eigenen – zum ersten Bundeskanzler gewählt wurde. Er war kein Demokrat aus Leidenschaft im modernen Sinne. Er war Autoritär, Rheinländer, Katholik, Realpolitiker und zutiefst mißtrauisch gegenüber dem eigenen Volk. Golo Mann nannte ihn den „Staatsmann der Sorge“. Adenauer traute den Deutschen nicht. Er hatte den Aufstieg Hitlers erlebt, die Schwäche der Weimarer Institutionen, die Verführbarkeit der Massen. Sein Mißtrauen wurde zum Bauprinzip der neuen Republik.

Das Grundgesetz vom 23. Mai 1949 war kein Akt freier Selbstbestimmung eines souveränen Volkes. Es entstand unter alliierter Aufsicht, auf der Grundlage der Frankfurter Dokumente, als Verfassung eines besetzten Teilstaates. Die westlichen Alliierten behielten weitreichende Vorbehaltsrechte – in Fragen der Außenpolitik, der Sicherheit, der Demontage, der Ruhrbehörde. Adenauer akzeptierte dies pragmatisch. Er sah darin den Preis für die Wiedererlangung schrittweiser Souveränität und den Schutz vor dem sowjetischen Expansionismus. Doch der Preis war hoch: Die Bundesrepublik begann als abhängiges Gebilde. Die volle Souveränität kam erst 1955 mit dem Deutschlandvertrag und dem NATO-Beitritt – und auch dann mit Einschränkungen. Bis 1990 blieben alliierte Vorbehalte formal bestehen. Ein Staat, der unter Aufsicht geboren wird, trägt die Spuren dieser Geburt lebenslang.

Adenauers zentrale Entscheidung war die bedingungslose Westbindung. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (die scheiterte), die EWG, der NATO-Beitritt. All das band den westdeutschen Teilstaat fest an die USA und Westeuropa. Strategisch war dies im Kontext des Kalten Krieges rational. Die Alternative einer neutralen Wiedervereinigung, wie sie die Stalin-Note von 1952 anbot, lehnte Adenauer ab. Er fürchtete die sowjetische Umklammerung und die Rückkehr deutscher Mittellage-Politik, die in der Vergangenheit so oft in Katastrophen gemündet hatte. Doch damit opferte er bewußt die nationale Einheit dem westlichen Bündnis. Die Wiedervereinigung wurde von einem Verfassungsziel zu einer rhetorischen Formel. Die Deutschen im Osten wurden faktisch abgeschrieben. Die Folgen wirken bis heute nach: Eine Nation, die ihre Einheit der Integration in fremde Strukturen unterordnet, verliert den Sinn für eigene Handlungsmacht.

Geistig bedeutete all das eine Absage an jede affirmative nationale Identität. Adenauer integrierte ehemalige Nationalsozialisten in den Staatsapparat und in die CDU – so absorbierte er das rechte Potenzial und verhinderte eine Wiederholung Weimars. Die Deutsche Partei und der GB/BHE wurden eingebunden und später bedeutungslos. Doch zugleich etablierte er eine politische Kultur, in der das Deutsche nur noch als zu überwindendes Übel vorkam. Der „Antifaschismus“ wurde zur Staatsräson, lange bevor die 68er ihn radikalierten. Die Bundesrepublik definierte sich negativ: gegen Hitler, gegen die DDR, gegen den Osten. Ein positiver Gründungsmythos fehlte. Es gab kein „Wir sind das Volk“ im emphatischen Sinne, sondern nur den Verfassungspatriotismus avant la lettre, ein künstliches Konstrukt, das nie die emotionale Kraft einer historischen und kulturellen Gemeinschaft entwickeln konnte.

Adenauers Regierungsstil war autoritär. Er dominierte Kabinett und Partei, umging Koalitionsvereinbarungen, führte Geheimdiplomatie (Israel-Entschädigung, Wiederbewaffnung). Das funktionierte, solange die wirtschaftlichen Erfolge und die Bedrohung von außen den Zusammenhalt sicherten. Doch es legte den Grundstein für ein System, in dem die Eliten über ein Volk regieren, dem sie keine echte Selbstbestimmung zutrauen. Die CDU wurde zur Sammlungspartei der Mitte, die rechte und nationale Strömungen domestizierte und zugleich ausschloß. Das Parteienkartell war geboren: ein System, das Extreme abwehrt, den Status quo zementiert und Veränderung maximiert erschwert.

Hier, in den Jahren 1949 bis 1963, liegt der Ursprung der Blockade. Ein Staat ohne volle Souveränität, ohne affirmative Identität, mit einem Mißtrauen gegenüber dem eigenen Volk und einer institutionellen Architektur, die auf Kontrolle statt auf Dynamik setzt. All das konnte langfristig nicht vital bleiben.

Das sogenannte Wirtschaftswunder der 1950er und frühen 1960er Jahre wird bis heute als Beweis für die Überlegenheit der Sozialen Marktwirtschaft gefeiert. In Wahrheit war es eine historische Ausnahme, getragen von Bedingungen, die sich nie wiederholen sollten und die das System selbst systematisch zerstörte.

Die Ausgangslage 1948/49 war günstig in einer perversen Weise: Europa lag in Trümmern, die deutsche Konkurrenz war vernichtet, die Produktionsanlagen relativ intakt geblieben oder rasch wiederaufgebaut. Der Marshall-Plan brachte Kapital und Rohstoffe. Die Währungsreform und die Freigabe der Preise durch Erhard entfesselten unternehmerische Energien nach Jahren der Zwangswirtschaft. Die D-Mark war unterbewertet, die Exportmärkte offen, die Arbeitskräfte diszipliniert, homogen und hochqualifiziert – eine Bevölkerung, die den Krieg überlebt und gelernt hatte, unter Extrembedingungen zu leisten. Billige Energie (Kohle, später Öl) und niedrige Lohnstückkosten taten das Übrige. Das Wachstum war spektakulär: zweistellige Raten in manchen Jahren, Vollbeschäftigung, steigender Lebensstandard.

Doch schon unter Adenauer begann die schleichende Aushöhlung. Der Sozialstaat expandierte: Die Rentenreform 1957, die das Umlageverfahren zementierte und die demografische Zukunft belastete. Die Mitbestimmung in der Montanindustrie, die Tarifautonomie, die zunehmende Regulierung – all das schuf Vetospieler. Der Föderalismus und die föderale Finanzverfassung legten die Grundlage für die spätere Verflechtungsfalle. Die Soziale Marktwirtschaft war nie rein marktwirtschaftlich; sie war von Anfang an ein Kompromiß, der Effizienz und Umverteilung verband und dabei die Anpassungsfähigkeit reduzierte.

Die 1960er und 1970er Jahre brachten die Wende. Unter Erhard und dann Kiesinger und Brandt stiegen die Staatsquote, die Steuerlast und die Regulierungsdichte. Die Ölkrisen 1973 und 1979 offenbarten die Abhängigkeit von importierter

Energie und die strukturelle Starrheit. Die „Vollbeschäftigungsgarantie“ und der Ausbau des Sozialstaats unter der sozialliberalen Koalition führten zu steigenden Lohnnebenkosten, Bürokratie und einer Mentalität der Besitzstandswahrung. Die deutsche Industrie blieb exportstark, aber die interne Dynamik erlahmte. Die Bundesbank sicherte die Geldwertstabilität, doch die reale Wirtschaft begann zu sklerotisieren.

Die Wiedervereinigung 1990 war national eine Sternstunde, wirtschaftlich eine Transferunion von historischem Ausmaß. Der Osten wurde nicht durch marktwirtschaftliche Schocktherapie, sondern durch massiven Kapitaltransfer und Sozialangleichung integriert. Die Treuhand privatisierte, aber die Kosten trug der Westen. Die Lohnangleichung ohne Produktivitätsangleichung vernichtete ostdeutsche Wettbewerbsfähigkeit. Die Folgen: dauerhafte Transferabhängigkeit, demografische Auszehrung des Ostens, und eine Westwirtschaft, die mit zusätzlichen Lasten in die Globalisierung ging.

Gerhard Schröders Agenda 2010 war der letzte echte Reformimpuls. Hartz-Gesetze, Rentenreform, Steuerreform: Sie senkten die Arbeitslosigkeit und erhöhten die Wettbewerbsfähigkeit. Doch sie wurden von der eigenen Partei und den Gewerkschaften als Verrat gebrandmarkt. Die SPD zahlte den Preis, die Union unter Merkel erntete die Früchte und kehrte zum Konsens zurück. Merkels Ära war die Vollendung der Blockade: Schuldenbremse ja, aber zugleich Energiewende, die die Industrie systematisch verteuerte (Atomausstieg, EEG-Umlage, CO2-Preise), eine Migrationspolitik, die den Sozialstaat und den Arbeitsmarkt überforderte, und eine europäische Politik, die deutsche Interessen der „Solidarität“ unterordnete. Die Industrieproduktion stagnierte relativ zum langfristigen Trend. Seit 2017/2019 ist das Wachstum anämisch. Private Investitionen fielen zurück. Die Autoindustrie, einst Rückgrat, verlor Marktanteile.

Unter Olaf Scholz und der Ampel beschleunigte sich der Niedergang: Energiepreisschock durch den Ukraine-Krieg und die selbstgewählte Abhängigkeit von russischem Gas bei gleichzeitigem Ausstieg aus Kernkraft und Kohle, explodierende Sozialausgaben, Bürokratieexplosion. Seit dem 6. Mai 2025 regiert Friedrich Merz in einer schwarz-roten Koalition. Er trat mit dem Versprechen an, Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen. Doch die Realität des Jahres 2026 zeigt die Kontinuität der Blockade. Das BIP-Wachstum bleibt schwach (Prognosen um 0,5–0,8 Prozent), die Industrieproduktion liegt deutlich unter früheren Höchstständen, die demografische Schrumpfung des Arbeitskräfteangebots senkt das potenzielle Wachstum um jährlich 0,7 Prozentpunkte. Die Schuldenquote steigt trotz rhetorischer Solidität. Kabinettsumbauten im Sommer 2026, Personalrochaden, niedrige Zufriedenheitswerte (teils unter 15 Prozent) – Merz stößt an dieselben Wände wie alle Vorgänger: Genehmigungsverfahren dauern Jahre, Gerichte stoppen Infrastrukturprojekte, die EU-Regeln beschränken nationale Spielräume, die Koalition mit der SPD erzwingt den kleinsten gemeinsamen Nenner.

Die wirtschaftliche Blockade ist systemisch. Sie beruht auf hohen Energiekosten, überbordender Regulierung, demografischer Alterung, Investitionsstau, einer Sozialstaatsquote, die Leistungsanreize schwächt, und einer Mentalität, die Risiko und Veränderung scheut. Das Wirtschaftswunder war die Ausnahme unter einzigartigen historischen Bedingungen. Die Sklerose ist die Regel, die im institutionellen und geistigen Design der Republik angelegt war.

GEISTIG: DIE UMERZIEHUNG ALS DAUERZUSTAND UND DER VERLUST DER KULTURELLEN SUBSTANZ

Wirtschaftliche Blockade und geistige Aushöhlung sind untrennbar. Die Bundesrepublik war von Anfang an ein Projekt der Umerziehung. Die Alliierten und die deutschen Eliten der Nachkriegszeit etablierten eine Kultur der Selbstkritik und der Schuld, die jede Form von nationalem Selbstbewußtsein als potenziell gefährlich brandmarkte. Die „Vergangenheitsbewältigung“ wurde zur Staatsreligion. Adenauer praktizierte sie pragmatisch, doch der Ton war gesetzt: Das Deutsche mußte überwunden, nicht affirmiert werden.

Die 68er-Bewegung radikalisierte dies zur Kulturrevolution. Die Frankfurter Schule, Adorno, Horkheimer, Marcuse, später Habermas mit seinem Verfassungspatriotismus – sie füllten das Vakuum, das der fehlende nationale Mythos hinterlassen hatte. Der Antifaschismus wurde zur Zivilreligion, die jede Abweichung nach rechts moralisch delegitimierte. Die Universitäten, die Medien, die Kulturinstitutionen

Bau der Berliner Mauer, 20. November 1961. Nationale Einheit wurde dem Bündnis geopfert, der geistige und politische Ausgangspunkt der dauerhaften Blockade.

Foto: Wikimedia/US National Archives/ Gemeinfrei

Plenarsaal des Bundestages in Bonn, Januar 1952. Schon in den Gründerjahren das Forum eines Konsenssystems, das Veränderung maximiert erschwert und Vetospieler privilegiert.

Foto: Wikimedia/ Bundesarchiv, B 145 Bild-F091457-0002 / Munker, Georg / CC-BY-SA 3.0

wurden schrittweise von einem progressiven Konsens erobert. Die „kritische Theorie“ machte Kritik zum Selbstzweck und affirmative Identität zum Verdachtsmoment.

Das Ergebnis ist eine geistige Lähmung, die bis heute anhält. Bildungseinrichtungen produzieren nicht mehr Leistung und Wissensvermittlung, sondern Haltung und Sensibilität. Die Sprachregelungen, die Cancel Culture, die Identitätspolitik – sie sind die späten Früchte der Umerziehung. Die „Brandmauer“ gegen rechts, von der AfD bis zu konservativen Denkern, ist keine demokratische Tugend, sondern der Ausdruck eines Elitenkartells, das den politischen Raum absichert und Abweichung als moralisches Versagen sanktioniert. Eine Gesellschaft, die ihre eigene Geschichte nur noch als Anklage kennt, kann keine Zukunft erzählen. Sie verwaltet die Vergangenheit und fürchtet die Veränderung.

Demographie und Migration verschärfen die geistige Krise. Die Geburtenraten sanken parallel zur kulturellen Selbstunsicherheit. Eine alternde Gesellschaft klammert sich an Besitzstände und lehnt Reformen ab, die intergenerationalen Ausgleich verlangen. Die Zuwanderung, insbesondere seit 2015, erfolgte ohne ausreichende kulturelle Integration und ohne Rücksicht auf die Belastungsgrenzen von Sozialstaat, Bildungssystem und sozialem Frieden. Die Folge ist eine fragmentierte Gesellschaft, in der der Gemeinsinn erodiert. Parallelgesellschaften, steigende Kriminalität in bestimmten Milieus, die Überforderung der Schulen und Behörden – all das wird tabuisiert oder moralisiert, statt nüchtern analysiert.

Von Adenauer, der den Deutschen mißtraute und sie „in die Demokratie führte“, bis zu Merz, der 2026 mit Umfragewerten kämpft und interne Parteiquerelen (Spahn-Rücktritt, Kabinettsumbau) bewältigen muß, bleibt das Muster gleich: Die Eliten regieren über ein Volk, dem sie keine affirmative Identität, keine Selbstbestimmung und keine langfristige Verantwortung zutrauen. Der Verfassungspatriotismus reicht nicht. Er erzeugt keine Opferbereitschaft, keine kulturelle Reproduktion, keine strategische Weitsicht. Die geistige Substanz – Disziplin, Leistungsbereitschaft, Gemeinsinn, historisches Bewußtsein – erodiert. Die Republik produziert keine Zukunftserzählung mehr, nur noch Krisenmanagement, moralische Appelle und die Verwaltung des Niedergangs.

INSTITUTIONELL: DAS SYSTEM DER PERMANENTEN VETOSPIELER UND DER KARTELLIERTEN DEMOKRATIE

Das institutionelle Design der Bundesrepublik verstärkt die wirtschaftliche und geistige Blockade zu einem nahezu unüberwindbaren Gefüge. Der Föderalismus mit seiner Verflechtungsfalle – Länder, Kommunen, Bund, EU – schafft endlose Vetopositionen. Jede Infrastrukturmaßnahme, jede Bildungsreform, jede Steueränderung erfordert Koordination, die in der Praxis zur Lähmung führt. Die Finanzverfassung zementiert Besitzstände.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich von einem Hüter der Verfassung zu einem Quasi-Gesetzgeber entwickelt. Klima-Urteile, Haushaltsklagen, Asylrechtsprechung, jüngste Entscheidungen zu Sondervermögen und Schuldenregeln – die Richter nehmen der Politik den Handlungsspielraum und ersetzen demokratische Abwägung durch juristische Dogmatik.

Das Parteienkartell – CDU/CSU, SPD, (bald nicht mehr) FDP und Grüne – sichert den Status quo ab. Die Finanzierung, die Medienähe, die Ämterpatronage und die „Brandmauer“ gegen alles, was rechts der Union steht, verhindern echten Wettbewerb. Die AfD wird nicht argumentativ gestellt, sondern moralisch ausgegrenzt. Das Ergebnis ist eine Demokratie, in der die wesentlichen Fragen – Migration, Energie, Demographie, nationale Interessen – nicht mehr offen debattiert werden können, ohne den Vorwurf des Extremismus zu riskieren. Die EU-Ebene überlagert dies weiter. Was national blockiert ist, wird europäisch weiter eingeschränkt. Souveränität wird schrittweise abgegeben, ohne daß die Bürger darüber entscheiden. Merz’ Regierung 2025/2026 operiert in diesem Korsett: Reformversprechen treffen auf Koalitionszwänge, föderale Widerstände, gerichtliche Hürden und europäische Vorgaben. Die Personalrochaden des Sommers 2026, die Spekulationen über einen Kanzlerwechsel, die niedrigen Umfragewerte, sie sind Symptome eines Systems, das Führung unmöglich macht.

DIE KONTINUITÄT DES NIEDERGANGS IN 77 JAHREN

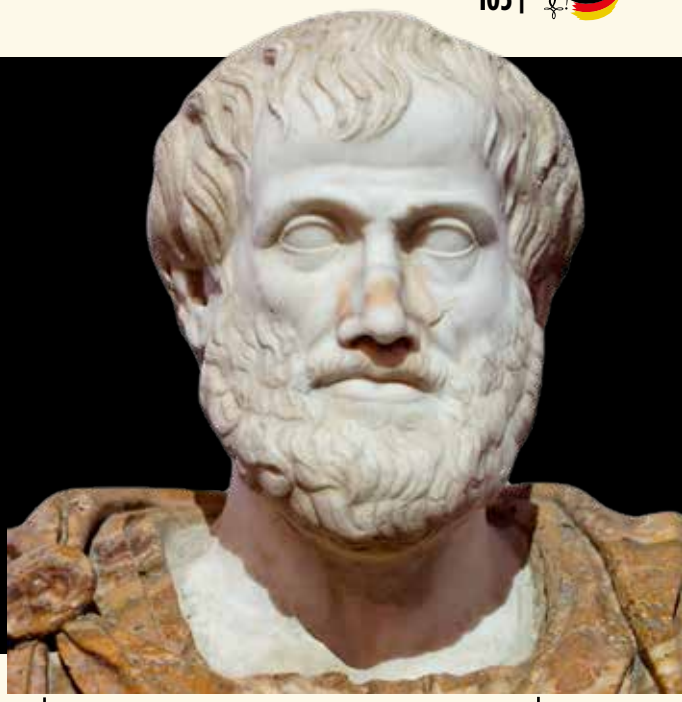
Die Linie von 1949 bis 2026 ist erstaunlich kohärent. Adenauer schuf den Rahmen der Abhängigkeit und des Mißtrauens. Die Wirtschaftswunderjahre nutzten die Gunst der Stunde, ohne die strukturellen Schwächen zu beheben. Die 1960er und 1970er brachten die sozialstaatliche und kulturelle Wende. Kohl vollzog die Einheit unter Beibehaltung der westlichen Einbindung und der Transferlogik. Schröder reformierte kurz und wurde dafür abgestraft. Merkel verwaltete den Abstieg mit moralischer Überlegenheit und Zögerlichkeit. Scholz und die Ampel beschleunigten die Energie- und Migrationskrise. Merz steht 2026 vor denselben Wänden: einer Industrie in der Krise, einer demographischen Schrumpfung, einer geistigen Lähmung und einem institutionellen Gefüge, das Veränderung maximiert verhindert.

Unser Land hat Wirtschaftlich die Voraussetzungen des Wunders verspielt: günstige Energie, demografische Substanz, industrielle Substanz, Anpassungsfähigkeit. Geistig hat es die kulturelle Substanz durch Schuld, Selbsthaß und Identitätspolitik ersetzt. Institutionell hat es Veränderung unmöglich gemacht. Der Zerfall ist kein Unfall, sondern die logische Konsequenz der Gründung, die Souveränität, Identität und Dynamik von vornherein begrenzte.

Wer das Fundament nicht anfaßt, wird den Zerfall verwalten, nicht aufhalten. Die alte Bundesrepublik hat ihre historische Aufgabe erfüllt: Den Übergang in den Westen und die Sicherung des Friedens im Kalten Krieg. Für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – demografischer Kollaps, technologische Disruption, geopolitische Multipolarität, kulturelle Fragmentierung – ist sie nicht gerüstet. Sie war von Anbeginn zum Zerfall begriffen. Die Frage ist nur, wie lange die Verwaltung des Niedergangs noch fortgesetzt werden kann, bevor die Realität die Narrative einholt und es zu einem wirklichen Neuanfang im Rahmen der reellen Gegebenheiten des neuen Jahrtausends kommen wird. ■

ANZEIGE

WAHRE BILDUNG STATT WARE BILDUNG



Aristoteles. Jedes Wesen trägt sein Telos in sich, der Mensch wird nicht gemacht, er wird gebildet. *Foto: Gemeinfrei*

Ein Gespräch mit Björn Höcke über Humboldt, Aristoteles und die Schule der Zukunft

Herr Höcke, Sie haben den Niedergang des deutschen Bildungssystems anhand Ihrer jahrelangen Lehrtätigkeit am eigenen Leibe miterlebt. Dieser Niedergang hat eine Vorgeschichte. Welche historischen und ideologischen Weichenstellungen seit den 1960er-Jahren sehen Sie als entscheidend für den heutigen Leistungs- und Werteverfall an Schulen und Hochschulen?

Wir haben es hier mit einer negativen Entwicklung zu tun, die weit über einzelne mißratene Lehrpläne oder bildungspolitische Gesetze hinausgeht. Es sind meines Erachtens vor allem drei Faktoren, die zu dem heutigen Bildungsverfall geführt haben: Erstens die Aufgabe unseres traditionellen Verständnisses davon, was Bildung überhaupt ist und wozu sie dienen soll. Zweitens die allgemeine Verflachung und Verblödung unserer Gesellschaft. Drittens die schlechten, lernfeindlichen Rahmenbedingungen, unter denen heute Schulen ihren Bildungsauftrag leisten sollen.

Diese Faktoren haben ja keine „natürliche“ Ursachen, sondern sind alle menschengemacht. Können Sie konkrete Verantwortlichkeiten für diese Entwicklung nennen?

Der erste Punkt geht zu großen Teilen auf das Konto der „68er“, auf die Sie in Ihrer ersten Frage angespielt haben – wobei wir aber nicht vergessen dürfen, daß damals insbesondere CDU-Kultusminister mit der Destruktion begonnen haben! Der zweite Punkt ist ein quasi ubiquitäres Phänomen moderner Massengesellschaften, die in einen Sog aus Trivialisierung und Rationalisierung geraten sind. Der dritte Punkt resultiert aus den Vernachlässigungen und Verfehlungen herrschender Bildungspolitik, dramatisch verschärft durch eine völlig aus dem Ruder gelaufene Migrationspolitik. Dafür ist die machthabende politische Klasse verantwortlich. Als Folge dieser drei Faktoren sind unsere Schulen zu Symbolstätten einer kaputten Gesellschaft abgesunken und werden gleichzeitig belastet mit einem erzieherischen Reparaturauftrag, der von ihnen nicht geleistet werden kann.

Erziehung ist aber auch Bestandteil des öffentlichen Schulsystems, so steht es zumindest in den Schulgesetzen der Länder.

Ja, aber die Gewichte innerhalb des Bildungs-Erziehungs-Dualismus haben sich immer mehr in Richtung Erziehung verschoben. Das gilt nicht nur für Grundschüler, die entwicklungsbedingt ja schon immer einen hohen Erziehungsanteil benötigen, sondern bis hin zu älteren Schülern an der Schwelle zum Erwachsenenalter. Wenn man sich dazu noch das ständige Therapieren, Integrieren und Inkludieren vor Augen hält, das den Schulen von der Politik aufgenötigt wird, wundert es einen nicht, warum dort bald - überspitzt formuliert - mehr Sozialarbeiter, Inklusionsassistenten und Psychologen als Lehrkräfte beschäftigt sind. Wertvolle Unterrichtszeit geht verloren, um die jeweilige Lerngruppe erst einmal

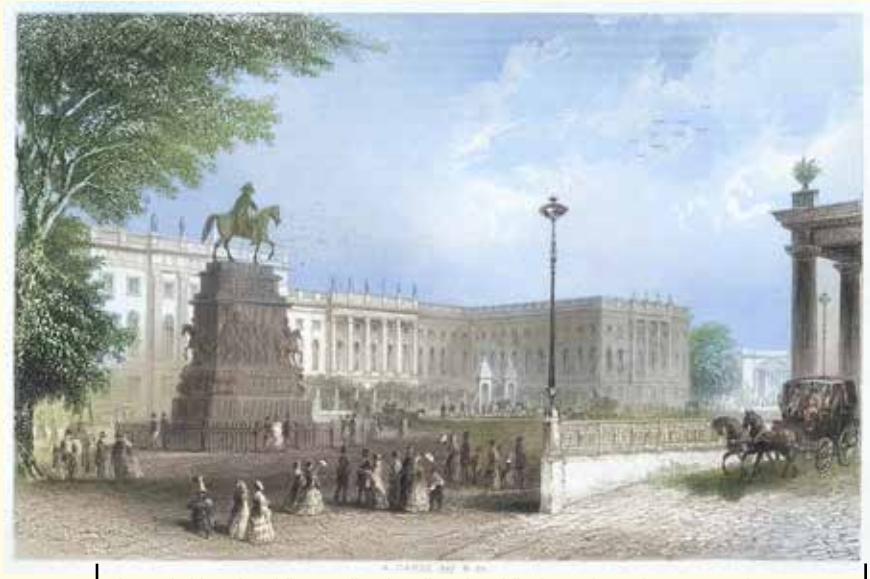
Foto: Björn Höcke

BJÖRN HÖCKE, GEBOREN 1972, IST LANDESVORSITZENDER DER AfD THÜRINGEN, FRAKTIONSVORSITZENDER IM THÜRINGER LANDTAG UND EINE DER PRÄGENDEN STIMMEN SEINER PARTEI. NACH DEM ABITUR 1991 UND DEM WEHRDIENST STUDIERTE ER ZUNÄCHST KURZ JURA, ANSCHLIEßEND SPORT- UND GESCHICHTSWISSENSCHAFTEN FÜR DAS LEHRAMT AN GYMNASIEN IN BONN, GIEßEN UND MARBURG; ER LEGTE BEIDE STAATSEXAMINA AB UND SCHLOß EIN MASTERSTUDIUM IM SCHULMANAGEMENT AB. BIS 2014 ARBEITETE ER ALS GYMNASIALLEHRER FÜR GESCHICHTE UND SPORT IN HESSEN. ER IST VERHEIRATET UND HAT VIER KINDER.

„beschulungsbereit“ zu machen. Für Bildung im eigentlichen Sinne ist da nicht mehr viel Platz.

Sie sprachen davon, daß sich das „traditionelle Bildungsverständnis“ verschoben hat. Was verstehen sie konkret darunter?

Ich meine damit das Humboldtsche Bildungsideal, das über viele Generationen in Deutschland dem Erziehungs- und Bildungswesen zugrunde lag und das uns zur führenden Wissenschaftsnation gemacht hat. Auch im 21. Jahrhundert halte ich es für die beste Referenz für eine künftige Bildungspolitik unter Regierungsverantwortung der AfD. Es rekurriert nicht nur auf einfache Wissens- und Könnensvermittlung, sondern ist ein ganzheitliches Konzept, das die umfassende Entwicklung des Menschen in den Mittelpunkt stellt.



Die Humboldt-Universität zu Berlin: Einst die Universität einer Kulturnation. Heute Mahnung, was verloren gehen kann. *Foto: Gemeinfrei (koloriert)*

Können Sie das genauer ausführen?

Ich kann das im Rahmen dieses Gesprächs natürlich nur ganz grob skizzieren. Es sind im Grunde vier Komponenten, die hier zusammenfließen: Im Zentrum steht die Erziehung zur Humanität, die Ausbildung zum Menschsein an sich. Nach unserem europäisch-abendländischen Verständnis besitzt der Mensch nicht nur einen Körper, sondern auch eine Seele und einen Geist. Gemäß einer ganzheitlichen Bildung sollten diese drei Wesensbestandteile in ausgewogener Form Beachtung finden. Hinzu kommt das spezifisch Menschliche am Menschen, das uns unterscheidet von totem Gestein, von Pflanze und Tier: die höhere Reflexions- und Denkfähigkeit und die Fähigkeit zum schöpferischen Gestalten. Wir Menschen sind ja nicht nur „Kreaturen“, sondern auch „Kreatoren“, mit viel größeren Freiheitsgraden als die limitierten Pflanzen und instinktbestimmten Tiere. Das macht letztlich die menschliche Dignität und „Gottesebenbildlichkeit“ aus. Bildung hat nun unter anderem den Auftrag, dieses kreative Potential des Menschen zu wecken und zu stärken. Wir brauchen an den Schulen also neben der Ausbildung eines vernunftorientierten Denkens auch einen ausreichenden Raum für musisch-kreative Betätigungen: Plastizieren, Malen, Zeichnen, Singen, Musizieren. Eine weitere wichtige Komponente neben dieser allgemeinmenschlichen ist die individuelle Entwicklung. Jeder Mensch ist ein einzigartiges Individuum mit eigenen Anlagen, Zielen und Lebenswegen. Einen Beitrag zur Ausbildung dieser individuellen Persönlichkeit kann auch die Schule leisten, soweit das in einem Gruppenunterricht möglich ist. Die dritte Komponente ist das Erziehen zu dem, was die Römer als „Virtu“ und die Griechen als „Arete“ bezeichneten. Es meint die Fähigkeit zur selbstverantwortlichen Lebensbewältigung. Dazu bedarf es neben der heute gern angeführten „Resilienz“ auch einer Vielzahl von lebenspraktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, zuvörderst elementarer Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen, aber auch Handarbeiten, Werken und Gärtnern. Die letztgenannten Tätigkeiten beugen auch einer einseitigen Verkopfung vor. Die vierte Komponente zielt auf den Menschen als soziales Wesen. Wir leben ja üblicherweise nicht als Eremiten, sondern in Gemeinschaften, in die wir – ich lasse mal offen, ob zufällig oder schicksalhaft – hineingeboren werden. Da ist zuerst die Familie, im weiteren Rahmen ein Stamm oder Volk mit einem eigenen kulturellen Umfeld. Die Schule kann dieses Hineinwachsen, diesen Akkulturationsprozeß befördern, indem sie vor allem auf eine gute Sprachausbildung achtet und den jungen Menschen mit der eigenen heimatlichen Landschaft, Kultur und Geschichte vertraut macht – die Aufgabe klassischer Volks- und Heimatkunde. Auf einer nächsten Stufe steht dann die staatsbürgerliche Erziehung zu Gemeinschaftsverantwortung und Bürgertugenden, ohne die kein Gemeinwesen bestehen kann. Man kann das alles, was ich hier bruchstückhaft angeführt habe, auf das pädagogische Motto zusammenziehen: Unterstütze junge Menschen dabei, das zu werden, was sie sind! Hinter guter Erziehung und Bildung steckt also Aristoteles Entelechie-Gedanke.

Für die philosophisch nicht so bewanderten Leser: Was ist damit gemeint?

Dahinter steht der Gedanke, daß jedes Ding auf der Welt, jedes menschliche Einzelwesen und auch jedes Volk sein Ziel und Zweck in sich selbst trägt – also für seine bloße Existenz keiner spezifischen Begründung bedarf und niemals zum bloßen Mittel reduziert werden soll – wie es der Begriff der Menschwürde ausdrückt. Aber, das

ist der entscheidende Punkt, nichts ist einfach fertig vorhanden, alles muß sich in einem evolutiven Prozeß zu sich selbst entwickeln – die Pflanze nach einem vorgegebenen Schema, der Mensch in freier Eigenverantwortung, mit dem Risiko des Verfehlens und Scheiterns. Und ein weiterer Aspekt ist hier wichtig: gleichzeitig steht jedes Ding und jeder Einzelne nicht isoliert für sich, sondern ist mit allem anderen vielschichtig verbunden – gemäß einem großen Gesamtentwurf, dessen genaue Hintergründe wir nicht wissen, sondern nur erahnen können.

Zurück zum Bildungsthema: Konservative Kritik richtet sich unter anderem gegen eine allzu große Gleichmacherei. Was halten Sie von diesem Vorwurf?

Das muß man differenziert betrachten. Mit der zweiten Komponente habe ich ja gerade auf die individuelle Einzigartigkeit jedes Menschen hingewiesen. Das bringt natürlich auch eine große Ungleichheit hinsichtlich Begabung, Intelligenz und Entwicklungsmöglichkeiten mit sich. Ein Teil dieser Ungleichheit ist tatsächlich sozial bedingt, das sollte im Rahmen einer guten Sozialpolitik minimiert werden. Der linken Forderung, daß Bildung kein Luxusgut sein darf, das sich nur Wohlhabende oder Reiche leisten können, stimme ich zu. Dafür sollte ein qualitativ hochwertiges Schul- und Hochschulwesen als wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge von der Allgemeinheit für die Allgemeinheit bereitgestellt werden. Erst ein solcher offener Zugang zu Bildungseinrichtungen zeigt ja, daß es eben jenseits der sozialen Herkunft erhebliche Unterschiede in Begabung und Intelligenz gibt, die man nicht einer ungerechten Gesellschaft aufladen kann. Ich finde, jeder Mensch sollte seine Potentiale ausschöpfen können, aber auch seine Grenzen anerkennen. Das macht ihn nicht zu einem nachrangigen Menschen. Goethe hat einmal gesagt, daß der geringste Mensch komplett sein kann, wenn er sich innerhalb der Grenzen seiner Fähigkeiten und Fertigkeiten entfaltet. Ich plädiere also auch für ein mehrgliedriges Schulsystem mit ausreichender Durchlässigkeit, das der menschlichen Vielfalt bezüglich Begabung, Neigung und Intelligenz besser gerecht wird.

Und was ist von dem konservativen Vorwurf der Leistungsfeindlichkeit zu halten? Noten, Sitzenbleiben, unterschiedliche Schularten – für die 68er war das alles ja, überspitzt formuliert, nur eine Vorstufe des Faschismus.

Das sind natürlich absurde Behauptungen. Aber auch beim Leistungsprinzip muß man differenzieren und kritisch fragen: von welcher Leistung sprechen wir konkret? Wenn wir eine ganzheitliche Bildung des Menschen wollen, kann es nicht nur um die Abfrage von Wissen gehen. Auch ob Noten in Form von Zahlen ein geeigneter Maßstab für die Leistungsbeurteilung sind, darüber kann man geteilter Meinung sein – wir haben uns als Schüler ja auch nicht selten über ungerechte Noten geärgert. Reformpädagogisch ausgerichtete Schulen beurteilen zum Beispiel in den ersten Jahren in Textform. Wie auch immer: wichtig ist, daß der Schüler regelmäßig eine Rückmeldung über seinen Leistungs- und Entwicklungsstand erhält. Das braucht er zur Orientierung und Motivation.

Die Schulreformen der 70er Jahre wurden von einem OECD-Bericht angestoßen und die Reformen der 2000er-Jahre folgten auf den PISA-Schock, also wieder auf einen Bericht der OECD. Auch die Bologna-Reformen wurden maßgeblich nicht von den autonomen Hochschulen, sondern von der Ministerialbürokratie auf Druck der EU vorangetrieben. Sehen Sie hier eine größere Agenda am Wirken?

Ich will das nicht als großen Plan deuten, aber es hat sich in den letzten Jahrzehnten eine unheilige Allianz aus neolinken und neoliberalen Kräften gebildet, die beide auf ihre Art bildungsfeindlich und verantwortlich für den rapiden Niveauverlust sind. Die Neolinken halten klassische Bildung mit einer pädagogischen Ausrichtung am Höchsten und Besten generell für faschismusverdächtig. Die Neoliberalen reduzieren das Bildungswesen zum Wirtschaftsbetrieb, der möglichst effizient und effektiv arbeiten soll, um gut funktionierende Rädchen für das kapitalistische Räderwerk zu produzieren. Nach dem Motto: Ware Bildung statt wahre Bildung. Beide Ansätze stehen diametral zum Humboldtschen Bildungsideal, sind daher abzulehnen und müssen im Zuge einer alternativen Bildungspolitik überwunden werden.

Viele Beobachter kritisieren, daß das deutsche Bildungswesen unter dem Primat einer falsch verstandenen „Inklusion“ und „Chancengleichheit“ die Begabtenförderung systematisch vernachlässigt. Wie würde eine Bildungspolitik aussehen, die den unterschiedlichen Talenten und Leistungsbereitschaften der Schüler gerecht wird?

Klar ist, daß eine Schule für alle als Ergebnis einer „totalen Inklusion“ kein Ort sein wird, an dem die Förderung von Talenten bestmöglich gelingen kann. Die Ansätze von Binnendifferenzierung und Individualförderung, die in diesem Zusammenhang als probate Mittel verkauft werden, scheitern nach meiner Praxiserfahrung vor allem am Faktor Mensch, konkret am Lehrer. Denn es ist eine unglaublich naive und wirklichkeitsferne Vorstellung, ein Lehrer könnte beispielsweise für eine multikulturelle Inklusionsklasse mit 30 Schülern permanent binnendifferenzierte Unterrichtsvorbereitung, -durchführung und -nachbereitung betreiben. Um ein Mindestmaß an Homogenität herzustellen, braucht es, wie ich gerade anführte, ein zwar durchlässiges, aber gegliedertes Schulsystem. Es ist mitnichten ein überkommenes obrigkeitsstaatliches Relikt. Zu einem solchen differenzierten System gehören dann auch schultypspezifisch ausgebildete Lehrer. Den Weg zum Einheitslehrer wird zu einer weiteren Verflachung führen und muß verlassen werden. Und ja, es ist so,

die Begabtenförderung wurde im nivellierenden Zeitgeist vernachlässigt, wie übrigens auch die der männlichen Schüler, die zu oft zu Abgehängten eines verweiblichten Bildungswesens geworden sind.

Sie plädieren also für eine neue Elitebildung?

Es gibt ja heute nicht selten eine Abneigung gegenüber dem Begriff der Elite, wobei ich als Elite weder die heute Machthabenden noch die Prominenz der trivialen Freizeit- und Spaßgesellschaft verstehe, sondern eine Auslese der fachlich und charakterlich Besten. Es gibt in der späten Bundesrepublik starke Ressentiments gegenüber Leuten, die über den Durchschnitt und über sich selbst hinauswachsen. Ich halte das für ein großes Manko, den jedes Gemeinwesen braucht zu seiner Reproduktion und Weiterentwicklung Eliten, die dem Durchschnitt als Vorbild dienen können. Die AfD ist vermutlich die einzige politische Partei in Deutschland, die sich über eine künftige Leistungselite Gedanken macht. Natürlich geht es hier nicht um reines Expertentum, das wäre technokratisch verkürzt. Jede wirkliche Elite besitzt neben den spezifischen Leistungspotentialen ein gemeinschaftsorientiertes Ethos, wie wir es aus dem klassischen Preußentum kennen. Zu diesem Verantwortungsbewußtsein muß im Rahmen einer modernen National- bzw. Staatsbürgererziehung auch in den Schulen hingebildet werden, ohne die Entwicklung des Individuellen zu vernachlässigen.

Das bedeutet also auch die Förderung Hochbegabter?

Ja, und zwar nicht nur in einigen wenigen prestigeträchtigen Nischen. In Thüringen beispielsweise gibt es fünf Spezialgymnasien im Internatsbetrieb. Diese Schulen leisten eine wunderbare Arbeit vor allem in den Bereichen Sport und Musik, also in zwei wichtigen Bildungssegmenten. Wir wollen aber diesen Ansatz noch mehr in die Breite tragen. Das bedeutet zum einen, daß man die Begabtenförderung an allen Schulen ausbaut. Zum anderen wollen wir ein Thüringer Elitegymnasium als Leuchtturmprojekt einrichten, das neben geistes- und naturwissenschaftlichen Schwerpunkten auch reformpädagogische Traditionen aufnimmt und das sich außerdem in einer naturschönen Landschaft befindet, die als besonders wertvoller Resonanzraum einer ganzheitlichen Bildung dienen kann.

Nochmal zurück von einer zukünftigen Elite zu tristen Bildungslage der Gegenwart: Die PISA-Ergebnisse und die steigende Zahl funktionaler Analphabeten unter Schulabgängern sprechen eine deutliche Sprache. Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach falsche Methoden oder curriculare Vorgaben?

Curricula und Methoden werden grundsätzlich in ihrer Wirksamkeit überschätzt. Wichtiger sind erst einmal ein qualitativer Bildungsbegriff und die Ausrichtung nach daraus abgeleiteten Bildungszielen. Natürlich gibt es auch Fehlentwicklungen in diesem Bereich, die schlimme Folgen gezeitigt haben. Zu erwähnen ist hier zum Beispiel das sogenannte „Lesen durch Schreiben“, auch „Schreiben nach Gehör“ genannt. Diese Methode ist nachweislich schlechter als der traditionelle Fibelunterricht, wenn es darum geht, die richtige Rechtschreibung zu erlernen. Und dennoch kann man diese Methode in Thüringen und vielen anderen Bundesländern problemlos als Lehrer einsetzen. Oder schauen wir auf die zunehmende „Digitalisierung“ des Unterrichts. Das ist zwar ein Thema, das ab einem gewissen Zeitpunkt in der Schullaufbahn Einzug halten muß, aber heute viel zu früh Eingang findet. Meiner Meinung nach sollte das erst nach der Grundschule, mit der einsetzenden Pubertät zugelassen werden. In den ersten Schuljahren geht es ja unter anderem darum, die grundlegenden Denkstrukturen aufzubauen und das funktioniert nachweislich am besten durch das analoge Lernen mit „Block und Bleistift“. Auch die Wirklichkeitserfassung muß primär an der greifbaren, nicht an einer virtuellen Welt erfolgen. Die moderne Hirnforschung hat hier klare Empfehlungen ausgesprochen, die auch von den Schulen beachtet werden sollten, anstatt die Schüler mit irgendwelchem digitalen Schnickschnack zu beeindrucken. Das berühmte Buch des Internet-Gründungsvaters Cliff Stoll trägt bezeichnend den Titel „Log out – Warum Computer nichts im Klassenzimmer zu suchen haben“, das wird auch von den meisten Digital-

Landschaft als Resonanzraum. Ganzheitliche Bildung braucht mehr als den Bildschirm – sie braucht Heimat. Foto: Wikimedia/Elop - Eigenes Werk/CC BY-SA 2.5

gurus aus dem Silicon Valley vertreten und in den Schulen dort umgesetzt. Wir wissen außerdem aus Studien in Skandinavien, wo man sehr früh und sehr stark auf digitale Lernmethoden gesetzt hat, daß Schüler, die digitale Lernmittel nutzen, gegenüber analog unterrichteten Schülern bis zu zwei Jahre Rückstand bei der Lesekompetenz zeigen. Die „digitale Demenz", die Manfred Spitzer als Begriff prägte, ist wissenschaftlich nachgewiesen, zumindest, solange keine Gesamtbalance über analoge Medien wie zum Beispiel das Buch hergestellt wird. Deswegen machen Dänemark und Schweden gerade eine große Rolle rückwärts. Aber in Deutschland meint man weiterhin, Tablet-Klassen seien die Zukunft. Das hat teilweise schon etwas Religiöses.

Die Autonomie der Schulen und die Rolle der Eltern scheinen heute oft durch bürokratische Vorgaben und ideologische Vorgaben der Bildungsadministration eingeschränkt. Wie könnte man das Verhältnis zwischen staatlicher Steuerung, schulischer Selbstverwaltung und elterlicher Verantwortung neu justieren?

Das ist eine sehr komplexe Frage, die eine ausführliche Antwort erfordert. An dieser Stelle nur so viel dazu: Ich habe mich berufsbedingt intensiv mit Schulentwicklung beschäftigt – sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Die sogenannte „autonome Schule" war in der inneren Schulentwicklung um die Jahrtausendwende ein großes Thema. Das Ideal war eine Schule, die an einer ganz langen staatlichen Leine hängt und in der ein engagiertes Lehrerkollegium zusammen mit Eltern und Schülern und unter Einbeziehung der lokalen „Stakeholder" ein eigenständiges und einzigartiges Schulprofil entwickelt. Das Ergebnis sollte eine Schule sein, die im Ort eingebunden ist, in der Lehrer gerne arbeiten, in die Schüler gerne gehen, die Problemlösefähigkeit besitzt und die sich anpassungsfähig in jeder Lage zeigt. Das war eine Schulreform von innen bzw. von unten, die bewußt gegen die äußere Schulentwicklung der 70er Jahre gesetzt wurde, die als „Top-down-Projekt" gescheitert war. Als Konservativer bin ich ein Freund von Subsidiarität und war damals begeistert von diesem Reformansatz, auch wenn ich bereits wußte, daß es niemals einen Endpunkt in der Schulentwicklung gibt und damit auch nicht das abschließend hundertprozentig optimale Verhältnis von Eltern und Staat mit seiner Schulverwaltung und seinen Schulen. Mein Wunsch sind mündige Eltern, die nicht die Verantwortung auf den Staat und seine Schulen abwälzen, sondern selbst Vorbild für ihre Kinder sein können. Das sind Schulen – gerne auch in freier Trägerschaft –, die Orte der Begegnung sind und in denen ein ganzheitlicher Bildungsansatz vertreten wird. Und das ist ein Staat, der nicht wie der unsere Schulen und Universitäten politisch-ideologisch überformt, sondern weltanschaulich neutral ist und sich ausschließlich an allgemeinen Bildungsaufgaben orientiert.

Viele Beobachter sehen in der Bologna-Reform und der Verschulung der Universitäten einen parallellaufenden Qualitätsverlust der akademischen Bildung. Welche Reformen an den Hochschulen halten Sie für notwendig, um wieder Elitebildung und wissenschaftliche Exzellenz zu ermöglichen?

Der Bologna-Prozeß ist ein Paradebeispiel für das, was ich eingangs erläutert habe: die Zusammenarbeit von neolinker Gleichheitsideologie und kalter neoliberaler Technokratie. Die ökonomistischen Technokraten wollen global standardisierte Studienabschlüsse, um alle Potentiale für ihre Verwertungsmaschine zu mobilisieren. Die linken Ideologen fördern die Nivellierung, also die Angleichung nach unten und unterminieren die Autorität der Professorenschaft. Das gibt sich die Hand, da ein standardisierter, vorstrukturierter Studiengang deutlich weniger professorale Exzellenz benötigt als eine freie Vorlesung. Am Ende stehen flach gebildete, stromlinienförmige Absolventen stehen.

Was wollen Sie gegen diese negativen Entwicklungen konkret unternehmen?

Die Bologna-Reformen könnten jederzeit beendet werden. Die gemeinsame Erklärung, die ihnen zugrunde liegt, ist nicht verpflichtend. Eine AfD-Regierung könnte einen Kurswechsel in Gang bringen. Die Hochschulen hätten dann die Wahl, ob sie Magister und Diplome oder Master und Bachelor vergeben wollen. Das würde aber nichts an den Machtverhältnissen ändern, die sich seit 1999 an den Hochschulen etabliert haben. Diese Strukturen können wir nur über Mittelzuweisung aufbrechen. Damit meine ich aber nicht, daß wir, wie das hier in Thüringen die Landesregierung gerade tut, die Hochschulen über die Hochschulrahmenvereinbarung finanziell disziplinieren. So bindet die gegenwärtige Hochschulrahmenvereinbarung finanzielle Mittel, die die Hochschulen dringend benötigen, an ideologische Vorgaben zur „Klimapolitik", zur „Gleichstellung", zum „Kampf gegen rechts" und so weiter. Diese Vorgaben werden wir ersatzlos streichen, samt der Gleichstellungsbeauftragten. Niemand braucht diese zusätzliche Bürokratie, die die Hochschulen mit hohen Kosten belastet. Das gleiche gilt für die verfaßten Studentenschaften, die fast ausschließlich als Machtinstrument einer kleinen Minderheit linker Aktivisten dienen. Um den Hochschulen eine weitere Einnahmequelle unabhängig von staatlichen Zuwendungen zu verleihen, werden wir Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einführen. Das sind natürlich erst einmal nur kleine Schritte und wir wissen auch, daß wir in Thüringen das deutsche Hochschulsystem nicht allein grundreformieren können. Aber wir können dafür Anstöße geben.

Die AfD fordert bekanntlich die Ablösung der strikten Schulpflicht durch eine Bildungspflicht, die auch alternative For-

men wie Hausunterricht unter klaren Qualitätskriterien ermöglichen würde. Welche konkreten Vorteile sehen Sie in diesem Paradigmenwechsel für die Wiederherstellung von elterlicher Verantwortung, individueller Begabtenförderung und der Abkehr von einem staatlich monopolisierten, oft ideologisch überformten Schulwesen – und wie würden Sie mögliche Mißbrauchsszenarien zugleich wirksam begrenzen?

Zunächst möchte ich klarstellen, daß die AfD in Thüringen diese Forderung nicht explizit erhebt. Das war ein Vorstoß der Kollegen aus Sachsen-Anhalt, dem wir uns aber nicht prinzipiell verschließen. Die etablierten Parteien malen hier den Teufel an die Wand, als würden bei einer Bildungspflicht tausende Kinder verwahrlosen. Fakt ist, daß zahlreiche europäische Staaten Heimunterricht erlauben und dort sehen wir keinerlei solcher Horrorszenarien. Gemeinhin funktioniert das so, daß die Eltern Heimunterricht entweder beantragen oder dem Schulamt anzeigen und das Kind dann eben zu Hause unterrichten oder von einem Hauslehrer unterrichten lassen. Einmal im Jahr muß der Heimschüler dann eine zentrale Prüfung ablegen, die vom Schulamt organisiert und an einer regulären Schule durchgeführt wird. Besteht der Schüler diese Prüfung nicht, kann das Schulamt einschreiten, um sicherzustellen, daß es zu keinen signifikanten Lernrückständen kommt. Auch der Schulabschluß wird über diese zentralen Prüfungen erworben. Es wird also niemand ohne Abschluß dastehen, weil er zu Hause unterrichtet wurde.

Wie ist denn Ihre persönliche Meinung zu einem solchen alternativen Unterrichtsansatz?

Ich bin skeptisch, ob dieses Modell der Schlüssel im Kampf gegen politische Indoktrination sein kann. Es werden ohnehin wohl nicht sehr viele Eltern sein, die dieses Angebot annehmen, in Thüringen vielleicht ein paar hundert. Wenn wir politisch neutrale Bildung wollen, müssen wir das in den Schulen selbst erreichen. Der „Beutelsbacher Konsens“ muß vorbehaltlos gelten. Lehrer, die das Überwältigungsverbot permanent mißachten, müssen dafür mit klaren Konsequenzen rechnen. NGOs, die politische Agitation betreiben, dürfen keine Projekte an Schulen durchführen. Es gibt probate Mittel und Wege, um das zu erreichen. Einer Bildungspflicht braucht es dazu meines Erachtens nicht.

Wir haben über den Bildungsbegriff gesprochen, über die Bedeutung von Curricula und Methoden, das richtige Verhältnis von Eltern, Schule und Staat und wiederholt haben Sie Hinweise gegeben, welche Reformwege beschritten werden müßten, um die deutschen Schulen und Universitäten wieder flott zu bekommen. Und auch über einen rosa Elefanten, der unübersehbar im Raum steht und den Sie am Anfang des Gesprächs auch schon kurz erwähnt haben: die Migration. Wie bewerten Sie den Zusammenhang zwischen ethnisch-kultureller Zusammensetzung der Klassen und dem Niveau des Unterrichts, und welche bildungspolitischen Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Jedem vernünftig Denkenden ist klar, daß ohne gemeinsame Sprache und ohne gemeinsames Kultur- und Wertefundament eine effektive und effiziente Beschulung nicht durchführbar ist. Dieser Tatsache sind sich sogar die neolinken und neoliberalen Migrationsbefürworter bewußt. Deshalb setzt man auch seit vielen Jahren die Symptombekämpfungsmaschine in Gang. Viel Geld wird da reingepumpt, Stütz- und Integrationskurse hochgefahren, was alles enorme Personal- und Finanzressourcen bindet, die an anderer Stelle fehlen. Der ganze Aufwand bringt aber offenkundig wenig bis nichts, wie die Pisa-Studien, die IQB-Studien oder zuletzt wieder der Bildungsmonitor des Instituts der Deutschen Wirtschaft deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Letzterer spricht sogar erfreulich unverblümt davon, daß die zu Beginn des Jahrtausends eingeleiteten Reformen im Bildungsbereich durchaus Erfolge gebracht hätten, die positive Entwicklung dann aber mit dem Epochenjahr 2015 abgebrochen sei. Bereits 2003 warnte das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, daß ab einem Migrantenanteil von 20 Prozent das Leistungsniveau „sprunghaft“ abnehme. Die 20 Prozent sind mittlerweile für viele „deutsche“ Schulen Zahlen aus einer glücklicheren Vergangenheit. Die Multikulti-Schule muß eben, wie Jürgen Habermas es einmal für die ganze Gesellschaft formuliert hat, jeden Tag „neu ausgehandelt werden“. Mit der ethnokulturellen „Buntheit“ steigt somit rasant die Überforderung des Lehrpersonals, das den Bildungsauftrag dann auch nicht mehr umsetzen kann. Deshalb fordern wir als AfD-Fraktion im Thüringer Landtag seit langem ein grundsätzliches Umdenken, was Schüler mit einem Förderbedarf zum Erwerb der deutschen Sprache betrifft. Diese sollen zunächst die Sprache intensiv lernen, und zwar nicht nur mittels zwei Stunden Deutsch als Zweitsprache, sondern wirklich an fünf intensiven Tagen pro Woche. In letzter Konsequenz brauchen wir aber eine Migrationswende um 180-Grad inklusive umfassender Remigration. Das bedeutet unter anderem, daß die Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft nicht die Zielsetzung sein kann, sondern nach temporärem Schutzstatus die Rückkehr ins Heimatland. Das betrifft die bisherigen Fälle. Künftig sollten auch anerkannte Flüchtlinge gar nicht europäischen Boden betreten, sondern in exterritorialen Aufnahmeeinrichtungen Zuflucht finden. Mette Frederiksen, die sozialdemokratische Ministerpräsidentin Dänemarks, hat zu diesen Themen in letzter Zeit viel Richtiges und Zielführendes gesagt – aber das ist ja nach Ansicht der bundesdeutschen Sozialdemokraten alles „rechtsextrem“...

Abschließend: Wenn Sie morgen die bildungspolitischen Hebel in Thüringen in der Hand hätten – welche drei sofortigen Maßnahmen würden Sie ergreifen?

Grundsätzlich gilt: Ohne einen tiefen gesamtgesellschaftlichen Bewußtseinswandel und daraus resultierender Reformen in den zentralen Politikfeldern wird die deutsche Bildung nicht zu retten sein. Und wenn uns ein Machtwechsel wirklich gelingt, dann stehen wir am Beginn eines Generationenprojekts. Trotzdem müssen wir irgendwie anfangen, wenn wir in Regierungsverantwortung kommen und das wird voraussichtlich auf Landesebene sein. Für Thüringen sehe ich konkret folgende drei Maßnahmen, die zeitnah umgesetzt werden könnten:

Erstens die Abschaffung des sogenannten Thüringer Bildungsplans „0 bis 18 Jahre“, der schon unter der CDU-Regierung von Christine Lieberknecht begonnen und unter der Ramelow-Regierung finalisiert wurde. In ihm wird nämlich die unsägliche Genderideologie einschließlich der Übergriffigkeit in die sexuelle Selbstbestimmtheit unsere Kinder propagiert. Zweitens die Entdigitalisierung der Grundschulen.

Drittens der Kampf gegen die ausufernde Gewalt an den Schulen. Sie ist zu erheblichen Teilen migrationsbedingt, wird aber auch allein dadurch befeuert, weil Gewalttäter an unseren Schulen kaum etwas zu befürchten haben. Schon die Erfassung ist weniger als dürftig, die Schulleitungen und Schulämter verfolgen das oft nicht so genau. Und selbst, wenn es nach einer jahrelangen Gewalt-„Karriere“ doch einmal zu einem Schulverweis kommen sollte, dann verschiebt sich das Gewaltpotential eben nur in eine andere Schule. Das ist keine wirkliche Lösung. Wir haben hierzu als Thüringer AfD-Fraktion einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erarbeitet. Der sieht unter anderem vor, daß Lehrer ihre ordnende Autorität leichter ausüben können, indem Hürden für Ordnungsmaßnahmen gesenkt werden. Langfristig wollen wir darauf hinarbeiten, daß gewaltaffine Schüler separat unterrichtet werden. Die Schülerschaft darf nicht unter dem Terror einiger Weniger leiden.

Herr Höcke, vielen Dank für das Gespräch. ■

ANZEIGE

DIE DEUTSCHE ENERGIE- UND WIRTSCHAFTS-POLITIK MUß HERAUS AUS DER SACKGASSE!

Was als große Transformation verkauft wurde, endet in Abhängigkeit vom Wetter, explodierenden Systemkosten und schwindender Versorgungssicherheit. *Foto: KI-generiert*

Die Probleme der deutschen Wirtschaft sind fundamental. Sie können nicht durch Symptompolitik behoben werden. Nötig ist eine grundsätzliche Wende: Das Ziel der Klimaneutralität muß aufgehoben oder mindestens ausgesetzt werden.

VON ENRICO KOMNING, MdB (GREIFSWALDER BURSCHENSCHAFT RUGIA SS 1991)

SCHWERPUNKT

Deutschland hat ein massives Problem: 2023 und 2024 ist die Wirtschaftskraft unseres Landes gesunken, 2025 ist sie mehr oder weniger stagniert. Für 2026 gehen die Prognosen seit Jahresbeginn kontinuierlich zurück und liegen derzeit teilweise wieder bei unter 0,5 Prozent. Und ja, es ist ein spezifisch deutsches Problem. Wenn man sich nämlich die Daten des Statistischen Bundesamtes anschaut, dann stellt man fest, daß Frankreich, Italien, Großbritannien und selbst Rußland in den genannten Jahren immer eine wachsende Wirtschaft hatten und auch 2025 deutlich über dem Miniwachstum Deutschlands lagen. Was macht Deutschland also anders, wodurch diese besorgniserregenden Entwicklungen ausgelöst werden? Wie so oft liegt es daran, daß die Deutschen alles „200-prozentig“ machen wollen. Wenn der aktuelle globale Trend – aus welchen Gründen auch immer – der Klimaschutz ist, dann möchte die Bundesregierung, daß Deutschland voranschreitet und der übrigen Welt den Weg weist. Wenn die EU sogenannte Klimaneutralität bis 2050 erreichen will, machen unsere Parteien durch ein sogenannten „Gold-Plating“ ein nationales Gesetz, nach dem Deutschland dieses Ziel schon 2045 verwirklichen soll. Wenn andere Nationen bei der Umsetzung der Klimaneutralität auf Kernkraft setzen, lehnt die Bundesrepublik diesen Weg ab und liefert Deutschland so als energieintensive Industrienation ohne Not dem „Zappelstrom“ aus sogenannter erneuerbaren Energien aus.

Daß Deutschland ausgerechnet im Bereich Energie einen Sonderweg geht, ist dabei besonders fatal. Der Anteil des Industriesektors am Bruttoinlandsprodukt ist in Deutschland laut Zahlen aus 2024 nach wie vor sehr hoch. In Europa weisen nur einige kleine Volkswirtschaften einen größeren Anteil an Industrie auf, zum Beispiel Irland, Norwegen oder Tschechien. Dementsprechend hat die deutsche Wirtschaft auch einen deutlich höheren Energiebedarf als die unserer großen Nachbarländer. Wenn dieses Deutschland nun seine Energieproduktion komplett um-

stülpt und auf erneuerbare Energien ausrichtet, dann gefährdet es seine wirtschaftliche Basis, nämlich seine Industrie und seinen Mittelstand. Genau das spiegelt sich in den aktuellen Wachstumsraten wider. Es ist wichtig, dabei zwei Dinge zu trennen. Erstens verursachen die sogenannte sozial-ökologische Transformation unserer Industrie und die Energiewende an sich schon immense Kosten. Zweitens kommt hinzu, daß die Bundesregierung die Soziale Marktwirtschaft grundlegend transformiert und sich somit zugunsten ihrer Klimapolitik von einem deutschen Erfolgsmodell verabschiedet.

DIE KOSTEN DER TRANSFORMATION

Zunächst ein paar Anmerkungen zu den Kosten: Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages schätzt, daß die Energiewende bis 2045 in Deutschland über 13 Billionen (!) Euro kosten wird. Um die Größenordnung dieser Ausgaben zu erfassen, bietet sich ein Vergleich an: Das Bruttoinlandsprodukt der gesamten Eurozone mit ihren 20 Mitgliedsstaaten, darunter neben Deutschland auch Frankreich, Spanien und Italien, betrug 2025 15,9 Billionen Euro, also nur wenig mehr als das, was Deutschland in den nächsten Jahren allein für den Klimaschutz ausgeben will. Der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz ging 2023 allen Ernstes noch davon aus, daß diese unfaßbaren Kosten gut für unsere Wirtschaft seien. Bekannt ist sein Ausspruch: „Wegen der hohen Investitionen in den Klimaschutz wird Deutschland für einige Zeit Wachstumsraten erzielen können, wie zuletzt in den 1950er- und 1960er-Jahren geschehen“. Auf den Gedanken, daß die 13 Billionen anderswo weggenommen werden müssen, dort also dann für Investitionen fehlen, scheint er nicht gekommen zu sein. Daran, daß die 13 Billionen woanders wahrscheinlich deutlich besser angelegt wären, dürfte er erst recht nicht gedacht haben.

DIE PREISGABE DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Dieser Punkt – wo und wie viel eigentlich investiert werden soll – bringt uns zum zweiten Problem der deutschen Energie- und Wirtschaftspolitik: der Transformation der Sozialen Marktwirtschaft in eine sogenannte sozial-ökologische Marktwirtschaft.

Die Soziale Marktwirtschaft ist traditionell dadurch gekennzeichnet, daß der Staat gewisse Regeln aufstellt und durchsetzt. Der Ordoliberale Walter Eucken (1891 – 1950) hat zur Orientierung der Wirtschaftspolitik die konstituierenden und regulierenden Prinzipien entwickelt. Ziel der Wirtschaftspolitik soll es demnach sein, funktionierenden Wettbewerb zu ermöglichen und aufrechtzuerhalten. Der Staat soll auf Grundlage dieser Prinzipien verhindern, daß der Wettbewerb durch äußere Kräfte oder auch von innen heraus zerstört oder verzerrt wird. Wenn der Wettbewerb einmal gewährleistet und gesichert ist, soll ihm im Wesentlichen die Gestaltung der Wirtschaft überlassen werden. Welche Produkte und Dienstleitungen Unternehmen herstellen, auf welche Weise sie das tun, und wer in diesem Prozeß welche Einkommen erhält, soll sich auf dem Markt im Wettbewerb ergeben. Auf dem Markt sind nicht die Politiker, sondern die Konsumenten der Souverän, der über das Wohl und Wehe der Produktion entscheidet. Der Wettbewerb soll dabei das Leistungsprinzip umsetzen, und zwar so, daß das Interesse des Einzelnen mit dem der Gesamtheit verknüpft wird. Wer etwas für die Gesellschaft leistet, soll entsprechend durch Löhne und Gewinne belohnt werden. Unternehmen sollen dann – und nur dann – Gewinne machen, wenn sie etwas herstellen, was die Verbraucher haben wollen. Arbeitnehmer sollen nicht willkürliche Löhne erhalten, sondern grundsätzlich solche, die ihrem produktiven Beitrag zu diesem Produktionsprozeß entsprechen.

Auf diese Weise stellt die Soziale Marktwirtschaft sicher, daß die Ressourcen in unserem Land sinnvollen Verwendungen zufließen. Genau dieser Zusammenhang wird durch die Klima- und Energiepolitik der vergangenen Bundesregierungen immer weiter ausgehöhlt. An zahlreichen Stellen sollen nicht mehr die Konsumenten darüber entscheiden, welche Produkte hergestellt und welche Technologien sinnvoll eingesetzt werden können, sondern die Bundesregierung und/oder die Europäische Union wollen das selber tun. Die Beispiele hierfür sind Legion. Die Stromproduktion soll von konventionellen Energieträgern auf erneuerbare Energien

Gundremmingen: Eines der deutschen Kernkraftwerke, die politisch abgeschaltet wurden. Hohe Energiekosten und die systematische Zerstörung sicherer, planbarer Energieversorgung untergraben genau jene Technologien, die die „Hightech Agenda Deutschland“ fördern will. Foto: Wikimedia/Felix König/CC BY-SA 3.0

umgestellt werden; die Stromnetze sollen in gigantischem Ausmaß ausgebaut werden, um den Strom aus dem windreichen Norden in den Süden transportieren zu können; bei Heizungen und Autos sollen bestimmte Technologien abgeschafft oder stark eingeschränkt werden; die Produktion von Stahl, Zement und ähnlichen Industriegütern soll auf Basis von Wasserstoff oder Ökostrom, nicht mehr von Erdgas erfolgen – es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele (kommunale Wärmeplanung, Kreislaufwirtschaft, die Agrar- und Ernährungswende, Ökodesign, EU-Taxonomie und so weiter).

Um die Klimaziele, insbesondere die sogenannte Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen, wird der Wirtschaft ein engmaschiges Netz an Vorgaben, Verboten, Regeln, Steuern und Subventionen übergestülpt. Was damit erreicht werden soll, ist klar: Unternehmen sollen nicht mehr da investieren, wo die Verbraucher das wollen, sondern da, wo angeblich oder tatsächlich möglichst viel CO2 eingespart werden kann.

Was man somit in jedem Falle und ihrer marktfreundlichen Rhetorik zum Trotz sagen kann, ist, daß die Soziale Marktwirtschaft abgeschafft wird. Im Hinblick auf einige der genannten Projekte spricht sogar der Bundesrechnungshof unverblümt von Planwirtschaft.

FEHLKOORDINATION DURCH PLANWIRTSCHAFT

Mit Planwirtschaft sind stets Anreiz- und Koordinationsprobleme verbunden. Das kann man aktuell bereits mehr als deutlich erkennen. Ein Beispiel unter vielen: Der deutsche Strommarkt ist bewußt nicht so aufgebaut und gesteuert, daß er Angebot, Nachfrage und Transport von Strom möglichst miteinander koordiniert. Stattdessen ist er konzipiert worden, um dabei zu helfen, die Energiewende herbeizuführen. Eine Folge dieses Aufbaus ist, daß es im System weder genügend Anreize für die Akteure gibt, ihr Investitionsverhalten dem Bedarf anzupassen, noch belastbare Marktpreise, die über die tatsächlichen Verhältnisse bei Angebot und Nachfrage von Strom informieren würden. Daher bleibt der Bundesregierung nichts anderes übrig, als ihre Pläne zum Ausbau der erneuerbaren Energien und den entsprechenden Netzkapazitäten durch zahlreiche Eingriffe zu verwirklichen.

Der Umbau des deutschen Strommarktes im Zeichen der erneuerbaren Energien kostet nicht nur horrende Summen an Geld. Er führt auch zu Phänomenen, wie sie für eine Planwirtschaft typisch sind. Es kommt seit Jahren zu einer kaum faßbaren Verschwendung an Strom. Allein 2025 mußte Strom im Umfang von 9.380 GWh wegen Netzengpässen abgeregelt werden. Diese Menge hätte für die jährliche Versorgung von ca. 7 Millionen Privatpersonen ausgereicht. Jenseits dieser Engpässe mußten dementsprechend rund 9.034 GWh im Rahmen von sogenannten positiven Redispatch-Maßnahmen durch Hochregelung von Kraftwerken zusätzlich eingespeist werden. Hinzukommt, daß 2025 insgesamt 25.894 GWh an der Strombörse zu negativen Preisen gehandelt wurden. Stromproduktion und Strombedarf sind also ganz offensichtlich nicht aufeinander abgestimmt.

Daß die planwirtschaftliche Interventionspolitik auch in anderen Bereichen zu Fehlkoordination und Anreizproblemen führt, muß kaum extra erwähnt werden. Es sei allein nur auf den für Deutschland so wichtigen Automobilsektor hingewiesen, der hauptsächlich wegen der Klimapolitik in einer tiefen Krise steckt.

WAS TUN?

Wenn so weitergemacht werden sollte, wird der Mittelstand ausbluten und die industrielle Basis unserer Wirtschaft wegbrechen. Es handelt sich hierbei nicht um eine pessimistische Prognose, sondern um die Beschreibung einer Entwicklung, die gerade tatsächlich abläuft. Die Industrieproduktion geht seit Jahren fast kontinuierlich zurück. Um diesen Trend aufzuhalten, gibt es nach meiner Einschät-

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft. Der Ordoliberale Ansatz, bei dem der Staat Regeln setzt und Wettbewerb sichert, während Konsumenten und Unternehmer die Produktion bestimmen; genau das Prinzip, das durch die klima- und energiepolitische Planwirtschaft zunehmend ausgehöhlt wird.
Foto: Wikimedia/ Konrad-Adenauer-Stiftung/CC-BY-SA 3.0 DE

Der Anteil der Windkraft an der deutschen Bruttostromerzeugung beträgt bereits über ein Viertel. Was einst als Ergänzung gedacht war, dominiert inzwischen den Strommix und macht die Versorgung abhängig von Wetterlaunen. *Foto: Eigenes Werk (Quelle: Statista)*

zung nur eine einzige Möglichkeit: Man muß bereit sein, Roß und Reiter beim Namen nennen und dann die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Im vorliegenden Fall handelt es sich eindeutig um eine Selbstsabotage, die beendet werden muß. Durch die Vorgabe und Umsetzung von im Grunde unerreichbaren Klimazielen, wurde der deutschen Wirtschaft ein Mühlstein um den Hals gelegt. Dieser Mühlstein wird nicht dadurch merkbar leichter werden, daß an den Symptomen herumgedoktert wird, hier ein bißchen Bürokratie abgebaut oder dort anscheinend ein wenig mehr auf Marktkräfte gesetzt wird. Die nach eigener Aussage „bedeutenden Reformen“, die die Regierungskoalition Anfang Juli 2026 beschlossen hat, „um Deutschland fit für die Zukunft zu machen“, sind bezeichnend. Ein Beispiel seien etwa die großspurig angekündigten steuerlichen Entlastungen. Wenn man genau hinsieht, sollen die Lasten gar nicht verringert werden, sondern nur umverteilt. Zur Finanzierung sollen nämlich die „Reichen“ herangezogen werden, auf die eine höhere Einkommensteuer zukommt. Das betrifft viele mittelständische Unternehmen, die als Personengesellschaften organisiert sind und damit der Einkommensteuer unterliegen.

Das Problem ist einfach, daß an den zahllosen Subventionen, Förderungen und sonstigen Ausgaben festgehalten wird, die nötig sind, um die propagierten Klimapolitik fortzusetzen. Deswegen kann und will sie auch die Staatsausgaben nicht senken, was der einzige Schritt wäre, der zu einer wirklichen steuerlichen Entlastung von Bürgern und Unternehmen führen könnte. Ähnlich sind die übrigen Maßnahmen einzuordnen. Was gegen die Misere getan wird, kann man allenfalls als Symbolpolitik bezeichnen.

Die Klimaziele selbst müssen aufgegeben oder mindestens ausgesetzt werden. Damit einhergehend müssen die Interventionen beendet werden, die nötig waren, um dieses Ziel auf Teufel komm raus umzusetzen.

Ein wichtiges Stichwort ist hierbei die Technologieoffenheit. In zahlreichen Bereichen wird aktuell vorgegeben, welche Technologien verwendet werden dürfen und welche nicht. Es seien allein Autos, Heizungen, Strom, Stahl und Zement genannt. Hintergrund ist natürlich die Erreichung der Klimaziele. Wenn wieder tatsächliche Technologieoffenheit herrschen würde, würden zahlreiche staatliche Eingriffe unnötig, die nur deswegen eingeführt werden mußten, weil die vorgeschriebenen Technologien unrentabel oder unpraktisch sind. Die Probleme auf dem Strommarkt wurden oben beispielhaft beschrieben.

Nur wenn man die Klimaziele aufgibt oder aussetzt, nimmt man den Druck aus dem System. Nur auf diese Weise können die Kosten der unseligen sozial-ökologischen Transformation zumindest für die Zukunft weitgehend vermieden, und nur auf diese Weise können die durch die Planwirtschaft entstandenen Koordinationsprobleme gelöst werden.

Die Devise muß also lauten: Schluß mit der von oben herab kommandierten sozial-ökologischen Transformation! Heraus aus dieser Sackgasse! Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft! ■

RECHTSANWALT ENRICO KOMNING AUS NEUBRANDENBURG IST FACHANWALT FÜR URHEBER- UND MEDIENRECHT UND FÜR FAMILIENRECHT UND BETREIBT EINE KANZLEI MIT MEHREREN NIEDERLASSUNGEN. ER WAR VON 2016-2017 MITGLIED DES LANDTAGES IN MECKLENBURG-VORPOMMERN UND IST FÜR DIE AfD SEIT 2017 MITGLIED DES BUNDESTAGES. SEIT 2019 IST ER PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION. ER IST SEIT 2017 MITGLIED IM AUSSCHUß FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE UND DORT BERICHTERSTATTER FÜR MITTELSTANDSPOLITIK.

Foto: Privat

DAS LAND DER TÜFTLER UND DENKER?

Deutschland war einst das Land der Tüftler und Macher; und heute nur noch ein Schatten seiner selbst.

Foto: Gemeinfrei

Das Automobil, der Computer oder der Fernseher: Über lange Zeit waren deutsche Forschung und Innovationen Taktgeber für den weltweiten technischen Fortschritt. Von vielem profitiert die Welt – insbesondere in Deutschland – bis heute. Doch sind die Weichen auch für eine gute Zukunft gestellt? Und was bedeutet die aktuelle Entwicklung für Burschenschaften?

VON DR. CHRISTOPH BIRGHAN, MdB (BERLINER BURSCHENSCHAFT GOTHIA SS 1989, BURSCHENSCHAFT MARKOMANNIA AACHEN GREIFSWALD WS 1992/93)

Der Mythos von Jeff Bezos, Bill Gates, Michael Dell und anderen US-Tech-Milliardären beruht nicht zuletzt auf ihren bescheidenen Anfängen in Garagen oder Studentenbuden. Dabei ist das keine amerikanische Besonderheit, sondern in der Geschichte großer Unternehmensgründungen sogar die Regel – zumindest bis es den etablierten Unternehmen gelingt, über ihren Einfluß auf die Politik starke Markteintrittshürden gesetzlich verankern zu lassen. Viele global agierende Unternehmen, die heute noch einen wesentlichen Beitrag zum deutschen Wohlstand liefern, haben in Garagen, Hinterhöfen oder kleinen Werkstätten begonnen, beispielsweise Daimler, Kärcher oder Bosch. Doch die Zahl der Tüftler in Deutschland nimmt nachweislich ab; jedenfalls wenn man nach der Zahl der Patentanmeldungen von Privatpersonen geht. So sei deren Zahl laut Institut der deutschen Wirtschaft (IW) mit 2.160 Patentanmeldungen im Jahr 2022 um ganze 75 Prozent geringer als noch im Jahr 2000. Das hat vielfältige Gründe, die ein IW-Experte gleich mitliefert: rückläufiges MINT-Wissen bei gleichzeitig gestiegener Komplexität – und, möchte man ergänzen, einem schlicht undurchdringbaren Regulierungsdschungel, der es einzelnen Tüftlern kaum noch möglich macht, Erfindungen ohne großes Kapital und eine gut funktionierende Rechtsabteilung erfolgreich als Patent anzumelden und auf den Markt zu bringen. Das können in Deutschland fast nur noch mittlere oder große Unternehmen. Aber auch bei denen zeigt sich bei genauerem Hinsehen in Deutschland eine abnehmende Tendenz.

IM VERGLEICH: DIE INNOVATIONSKRAFT IN DEUTSCHLAND NIMMT AB

Das jüngste Jahresgutachten der „Expertenkommission Forschung und Innovation“ (EFI) für 2025, veröffentlicht als Bundesdrucksache 21/1080, analysiert auf rund 160 Seiten den Zustand von Forschung, Innovation und technologischer Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland. Die Expertenkommission – ein Gremium, das die deutsche Bundesregierung berät - zeichnet ein alarmierendes Bild der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Während weltweit Patentanmeldungen und Innovationsdynamik stetig zunehmen, verliert Deutschland den Anschluß, stagniert, wichtige Wachstumsimpulse bleiben aus, und im internationalen Vergleich verliert der Standort an Dynamik – ein deut-

liches Warnsignal an die Bundesregierung, das die Notwendigkeit eines grundlegenden Wandels in der Wirtschafts- und Forschungspolitik anzeigt. Besonders bei den Patentanmeldungen, einem zentralen Indikator für die Innovationskraft, zeigt sich laut Gutachten ein deutlicher Rückstand. Zwischen 2018 und 2021 verzeichnete Deutschland ein Minus von 1,3 Prozent, während Länder wie China (+4,9 Prozent) oder Südkorea (+3,5 Prozent) ihre Innovationsaktivitäten deutlich steigern konnten. Parallel dazu nimmt die Zahl der Unternehmensschließungen in forschungsintensiven Branchen zu, und die Innovatorenquote, eine Kennzahl für innovative Unternehmen, sinkt kontinuierlich.Als Ursachen nennen die Experten hohe Energiekosten, zunehmende und überbordende Bürokratie, eine überalterte Infrastruktur sowie sinkende Standortattraktivität für Fachkräfte und Wissenschaftler. Gleichzeitig werde der Fokus politischer Maßnahmen zu stark auf Dekarbonisierung gelegt, während Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz oder Quantentechnologie nicht ausreichend gefördert würden. Dekarbonisierung schafft in der Regel aber nur geringen wirtschaftlichen Mehrwert, da diese im Wesentlichen auf den Austausch von Energieträgern abzielt, aber keine neuen, weltweit wettbewerbsfähigen Produkte oder Dienstleistungen bereitstellt.Die Beobachtung der deutschen Experten wird durch weitere Zahlen erhärtet: Auch im international als wichtiger Indikator angesehenen „World Innovation Index“ ist Deutschland 2025 abgerutscht und befindet sich jetzt nicht mehr unter den Top 10. – auch hier ist die Tendenz also negativ .

Die dargestellten Entwicklungen sind inzwischen auch Gegenstand parlamentarischer Auseinandersetzungen. Mit der Kleinen Anfrage „Forschung, Entwicklung und Innovation in Deutschland“ (Bundestagsdrucksache 21/5266) wurde die Bundesregierung unter anderem zu den rückläufigen Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen, deren Ursachen sowie zum Reformbedarf bei den gewerblichen Schutzrechten und im Förderrecht befragt.

Die Antwort der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 21/5841) fällt ernüchternd aus. Zwar räumt sie den langfristigen Rückgang der inländischen Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen sowie Defizite beim Transfer von Forschung in Innovation und Wertschöpfung ausdrücklich ein. Zugleich relativiert sie jedoch die Aussagekraft dieser Entwicklung, verweist auf kurzfristige Erholungstendenzen und erklärt wiederholt, über die Ursachen der Entwicklung keine eigenen weitergehenden Erkenntnisse zu besitzen. Trotz der eingeräumten Defizite sieht sie weder bei den gewerblichen Schutzrechten noch bei zentralen Förderinstrumenten oder dem Forschungszulagengesetz grundlegenden Reformbedarf. Die Diskrepanz zwischen Problembeschreibung und politischem Handeln zieht sich damit wie ein roter Faden durch die Innovationspolitik der Bundesregierung und trägt dazu bei, daß Deutschland im internationalen Innovationswettbewerb weiter an Boden verliert.

DEN ANSCHLUß VERLOREN?

Betrachtet man die globale Forschungslandschaft, zeigt sich laut einer Analyse des Australian Strategic Institute (ASPI) eine deutliche Verschiebung: China nimmt inzwischen in der Mehrheit der als strategisch kritisch eingestuften Technologien eine führende Position ein. Die Ergebnisse des „Critical Technology Trackers“ des ASPI zeigen, daß China inzwischen bei rund 90 Prozent der in diesem Zusammenhang bewerteten Schlüsseltechnologien weltweit die Forschung anführt. Untersucht wurden insgesamt 74 Technologiefelder, die als besonders relevant für nationale Sicherheit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und strategische Interessen gelten. Zu den betrachteten Technologiefeldern zählen unter anderem Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, fortgeschrittene Halbleiter, synthetische Biologie, Raumfahrttechnologien sowie Hyperschall- und Sensortechnologien.

Der Critical Technology Tracker basiert auf der Auswertung der Top-10-Prozent zitierten wissenschaftlichen Publikationen aus den Jahren 2020 bis 2024. In 66 der 74 analysierten Technologiebereichen nimmt China inzwischen demnach eine Spitzenposition ein, während die Vereinigten Staaten in den verbleibenden acht Feldern führend sind. Immerhin bewertet die Studie Deutschland als weiterhin führend in Europa und international schaffte es Deutschland bei 30 Technologien unter die Top 5. Das ist ein starkes Zeichen für das Potenzial Deutschlands, aber kein Grund aufzuatmen: Betrachtet man die Rahmenbedingungen von Forschung,

nimmt die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands immer stärker ab. Wissenschaft- und Forschungsfreiheit und Technologieoffenheit werden zunehmend eingeschränkt, unser öffentlicher Bildungssektor krankt seit Jahren und die innere wie äußere Sicherheit nimmt immer weiter ab. Das in Kombination mit ausufernder Bürokratie und einer enormen Steuerlast vertreibt immer mehr Wissenschaftler und lockt – entgegen der träumerischen Annahme der „Hightech Agenda Deutschland" der Bundesregierung – auch keine internationalen Spitzenforscher an. Soll der Technologiestandort Deutschland bestehen, müssen daher dringend grundlegende Reformen durchgeführt werden.

EIN LUFTSCHLOß NAMENS „HIGHTECH AGENDA DEUTSCHLAND" (HTAD)

Der deutschen Bundesregierung gelingt es bislang nicht, dieser Entwicklung mehr entgegenzusetzen als heiße Luft. Die Wunderwaffe „Hightech Agenda Deutschland" (HTAD) soll da die entscheidende Wende bringen, und ist nach Aussage des Bundeskanzlers das Projekt der Bundesregierung mit höchster Priorität. Mit der HTAD will die CDU/CSU-SPD-Koalition das ganz große Rad drehen und die negative Entwicklung umkehren. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch schnell: Auch hier bleibt die Bundesregierung in einer Mischung aus ambitionierter Rhetorik und Ankündigungspolitik stecken.

Zunächst zu den Zahlen. Bis 2029 sollen rund 18 Milliarden Euro in sechs sogenannte Schlüsseltechnologien fließen: Quantentechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie, klimaneutrale Mobilität, klimaneutrale Energieerzeugung und Künstliche Intelligenz, was bereits zeigt, wie unscharf die Systematik ist. Auf vier Jahre heruntergebrochen sind das gut viereinhalb Milliarden Euro jährlich. Gemessen an den globalen Wettbewerbern ist das aber kein großer Wurf. Zum Vergleich: Schon für einen AI-Hub in Indien möchte Google allein in den Jahren 2026 bis 2030 15 Milliarden Dollar investieren.

Hinzu kommt ein strukturelles Problem: Die HTAD setzt auf Technologien, deren Erfolg maßgeblich von einer stabilen und günstigen Energieversorgung abhängt – während eben diese Voraussetzung in Deutschland politisch systematisch torpediert wird. Man denke nur an die Abschaltung und weitgehende Zerstörung der funktionsfähigen und sicheren Kernkraftwerke. Stattdessen setzt man auf Fusionsenergie, von der niemand weiß, ob und wann sie verfügbar sein wird. Die Bundesregierung verkündet großspurig, daß Deutschland in den 2040er Jahren das erste kommerzielle Fusionskraftwerk in Betrieb nehmen will, aber der Weg dahin ist unklar. Tragfähige Politik sieht anders aus. Wer heute Technologien mit einer Energieversorgung betreiben will, die erst morgen entwickelt und eventuell erst in ferner Zukunft funktionsfähig sein wird, zeigt vor allem, seine eigene Agenda nicht durchdacht zu haben.

Auch inhaltlich bleibt bislang vieles vage. Zahlreiche Projekte, die unter der Flagge der HTAD firmieren, laufen bereits seit Jahren oder gar Jahrzehnten. Sie werden lediglich neu etikettiert, ohne daß erkennbar wäre, was sich substanziell geändert hat. Das ist wie ein Neujahrsvorsatz, den man ohnehin erfüllen wird. Darüber hinaus gehende konkrete Maßnahmen, regulatorische Erleichterungen oder Prioritätenlisten lassen aber bis heute weitgehend auf sich warten. Ganz abgesehen davon, daß Forschungsdurchbrüche beispielsweise im Bereich von Fusionsenergie oder KI nicht terminierbar oder politisch verordnungsfähig sind.

Besonders deutlich wird die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit beim sogenannten „1000-Köpfe-Plus-Programm" (auf Englisch: „Global Minds") der Bundesregierung, das ebenfalls auf bereits bestehenden Programmen beruht. Das Ziel: Deutschland will internationale Spitzenforscher anziehen, insbesondere jene, die sich angeblich in den USA politisch unwohl fühlen. Das Narrativ ist eingängig, die Realität aber auch in diesem Punkt ernüchternd. Hochqualifizierte Wissenschaftler lassen sich nicht von Sonntagsreden anlocken, sondern treffen in der Regel Entscheidungen auf Grundlage von klaren Standortfaktoren: Steuern, Bürokratie, Forschungsfreiheit, Infrastruktur, Schulen, Kinderbetreuung, Sicherheit. In all diesen Kategorien schneidet Deutschland im internationalen Vergleich mit anderen Spitzenstandorten zunehmend schlechter ab. Erste Zahlen zeigen zudem, daß insbesondere Personen aus der VR China das Programm nutzen – nach den letzten Spionageskandalen unter Beteiligung chinesischer Wissenschaftler eine bedenkliche Entwicklung. Daß Deutschland gleichzeitig einen massiven „Brain Drain" erlebt – Hunderttausende gut ausgebildete Deutsche verlassen

Elektronikfertigung in Shenzhen. Während Deutschland bei Patentanmeldungen und Schlüsseltechnologien zurückfällt, hat China laut ASPI-Tracker in der Mehrheit der strategisch kritischen Technologien die Führung übernommen.
Foto: Wikimedia/Steve Jurvetson/CC BY-SA 2.0

das Land gerade aufgrund von abnehmender Freiheit und Sicherheit im Land –, macht die Ankündigung, nun ausgerechnet die besten Köpfe der Welt anzuziehen, nicht gerade glaubwürdiger. Wenn zudem führende Koalitionspolitiker, wie der Vorsitzende des Forschungsausschusses im Bundestag, der in der Coronazeit als Gesundheitsminister berüchtigt gewordene Karl Lauterbach, die auswandernden Spitzenkräfte verhöhnt, ist das keine gute Voraussetzung für deren Wiederkehr.

Außer Frage steht, daß Deutschland in Zukunftstechnologien stärker werden muß. Das läßt sich aber nicht staatlich verordnen – schon gar nicht mit einem aberwitzig geringen Budget. Forschung und Entwicklung können ein Land dort voranbringen, wo die Rahmenbedingungen stimmen. Statt vollmundiger Ankündigungen wäre ein Blick auf bezahlbare und sichere Energieversorgung, Bürokratieabbau, Forschungsfreiheit und Technologieoffenheit sowie die Bedingungen in der Bildung von größerem Wert. Tatsächliche Exzellenz und funktionierender Wettbewerb sind am Ende besser als politische Symbolik und Feiertagsrhetorik.

FALSCHE SCHWERPUNKTE!

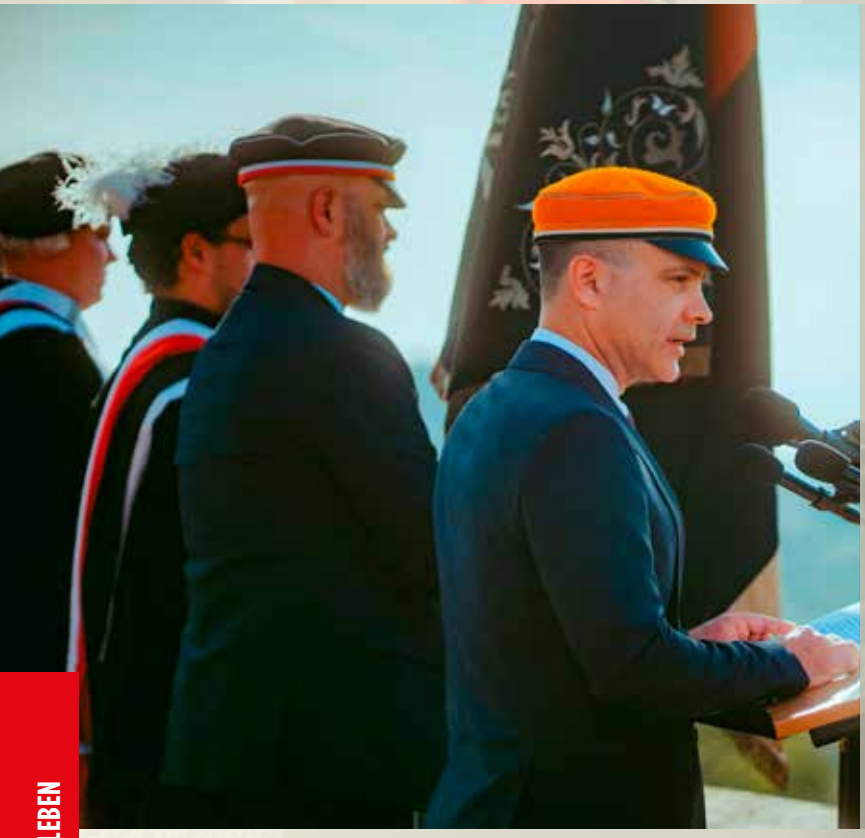
In früheren Zeiten wurde Deutschlands Bildungssystem international bewundert, oft sogar kopiert. Darauf möchte man sich hierzulande aber nicht mehr besinnen. Statt schon Schüler in den entscheidenden MINT-Fächern zu stärken und grundlegende Fähigkeiten bei den Sprachen zu vermitteln, werden Leistungsstandards und -anforderungen tendenziell immer weiter nach unten geschraubt. Entsprechend zeigen Erhebungen wie der IQB-Bildungstrend die abnehmenden Leistungen der Schüler in Deutschland in den naturwissenschaftlichen Fächern. Aber auch die klassische Bildung wird immer stärker verwässert. So werden an manchen Gymnasien Klassiker der Literatur in „leichter Sprache“ gelesen. An den Universitäten spart man auf Kosten traditionsreicher Institute wie dem weltweit renommierten Winckelmann-Institut in Berlin, das in den kommenden Jahren abgewickelt werden soll. Stattdessen feiern ideologisierte „Studiengänge“ fröhliche Urständ, die Deutschland keinen Millimeter voranbringen. Schließlich soll das bewährte deutsche Hochschulsystem nach internationalem Vorbild weiter umgebaut werden, ohne die international üblichen Leistungsanreize mit zu etablieren. Eine weitgehende Entfristung des akademischen Mittelbaus wird Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen auf Dauer auch nicht stärken. Dieser falsche Fokus dürfte ein weiterer Grund für die abnehmende Rolle Deutschlands im Bereich von Forschung und Innovation sein. Während das Land in den echten Schlüsseltechnologien den Anschluß verpaßt und unter den zahlenmäßig immer noch beachtlichen Patentanmeldungen kaum welche mit disruptiver Wirkung sind, konzentrieren sich viele Forscher zudem auf Technologien, die international keine herausragende Rolle spielen, wie die sogenannten erneuerbaren Energien. Die Folge davon ist ein zunehmender Niedergang der deutschen Wirtschaft, der in vielen Bereichen politisch verursacht ist und immer spürbarer wird. Andere Unternehmen, die die dafür nötigen Strukturen haben, versuchen ihre Produktion immer stärker ins Ausland zu verlagern. Aber auch die Hoffnung, daß dann eben in anderen Ländern produziert und bei uns geforscht und entwickelt werde, erweist sich nicht zuletzt aufgrund oben genannter Faktoren als Trugschluß. Hinzu kommt, daß Forschung und Entwicklung aus rein praktischen Gründen oftmals dorthin gehen, wo auch produziert wird.

FOLGEN FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT UND UNSERE BURSCHENSCHAFTEN

Wird diese Entwicklung nicht umgekehrt, werden die echten Leistungsträger das Land zunehmend verlassen. Allein 2025 haben knapp 290.000 deutsche Staatsbürger das Land verlassen. Dabei handelt es sich überwiegend um gut ausgebildete, oft mit Hochschulabschlüssen versehene Personen unter 40 Jahren – also diejenigen, die das Land bräuchte. Dem entgegen steht ein immer noch fast ungebremster Zustrom von Menschen aus wenig bis gar nicht industrialisierten Ländern mit geringen Ausbildungsprofilen. Das wird sich zwangsläufig negativ auf den Wirtschaftsstandort und seine Entwicklungsmöglichkeiten auswirken. Angesichts der hinzukommenden demografischen Entwicklung und des immer schwächer ausgeprägten Leistungsprinzips an Deutschlands Schulen und Universitäten könnte dies für die Verbindungen zur Folge haben, daß die Zahl derer, die für eine burschenschaftliche Aktivität in Frage kommen, weiter schrumpfen wird, die Entwicklungsmöglichkeiten für Akademiker hierzulande geringer werden und auch aus unseren Reihen immer mehr nach beruflichen Perspektiven außerhalb Deutschlands oder gar Europas suchen. Das könnte sich auf den kompakten Zusammenhalt der Altherrenverbände auswirken. Die Folgen der politischen Mißwirtschaft werden sich also auch auf die Burschenschaften auswirken. Wir werden in Zukunft verstärkt auf Leistungsfähigkeit und -willen unserer jungen Mitglieder achten müssen, um weiterhin national und international mitreden zu können. ■

DR. CHRISTOPH BIRGHAN IST BIOLOGE UND PROMOVIERTER VIROLOGE. SEIT 2007 ARBEITET ER ALS PATENTANWALT IN MÜNCHEN. ER IST VERHEIRATET UND HAT DREI KINDER. SEIT 2013 MITGLIED DER AfD, SEIT 2025 ABGEORDNETER IM DEUTSCHEN BUNDESTAG (GEWÄHLT ÜBER DIE LANDESLISTE BAYERN). ER IST KREISSPRECHER DER AfD EBERSBERG UND MITGRÜNDER SOWIE SPRECHER DES DEUTSCHEN AKADEMIKERVERBANDS (DAV!).

Foto: Privat



REDE ZUM FESTAKT AUF DEM BURSCHEN-TAG 2026

VON DR. DOMINIK KAUFNER, MdL (BERLINER BURSCHENSCHAFT GOTHIA)

Verehrte Herren Verbandsbrüder,

wir haben uns hier als Gemeinschaft versammelt, die den deutschen Tugenden treu ergeben ist. Wir bekennen uns nicht nur zur Tradition – wir leben sie auch.

Als Burschenschafter stehen wir in einer besonderen nationalen Tradition. Wir stehen für ein Volksbewusstsein, das noch vor dem modernen Nationalstaat entstand und Wurzeln bis in die Zeit des deutschen Reiches schlägt. Wir tragen damit das Wissen um unsere Existenz als vor-staatliches, das heißt: als ethnisches Volk. Und wir kennen die Symbole und Bräuche des alten Reiches, das auf die deutschen Kaiser des Mittelalters zurückgeht.

Wir sind damit – gemäß der BRD-Arbeitsministerin Bärbel Bas – ein „einheitsgrauer“ – sie ergänzte: „brauner“ – Haufen. Sie haben es sicherlich mitbekommen: die SPD-Vorsitzende hat vor kurzem das deutsche Volk unter Applaus als öde, nicht mehr zeitgemäße Menschengruppe verunglimpft. So brauche die BRD die ganzen Ausländer, um die ominöse „Vielfalt“ sicherzustellen und eben nicht nur für den Niedriglohnsektor des Arbeitsmarkts. Natürlich gibt dieses antideutsche Gesülze das Alter der Ministerin preis – denn diese Rhetorik kommt aus der linksradikalen Sponti-Szene der 80er-Jahre. Vielleicht kennt der eine oder andere das Lied „Bunte Republik Deutschland“ von Udo Lindenberg, in dem er singt: „Wir steh‘n am Bahnsteig und begrüßen jeden Zug, denn graue deutsche Mäuse, die haben wir schon genug.“ Das Lied ist aus dem Jahr 1989 – und diesen Traum der Ersetzungsmigration hat sich dieses Milieu ja dann 2015 mit der Grenzöffnung auch endgültig erfüllt.

Man sieht: „einheitsgrau“ und alt sind vor allem diese in die Jahre gekommenen Verräter an unserem Volk, die Deutschland in Windeseile an die Wand gefahren haben, wo sie jetzt mal selbst den Staat führen müssen. Aber die Sponti-Szene ist das Stichwort. Denn daß unser Volk in seinem eigenen Siedlungsgebiet verdrängt werden soll, das ist kein Zufall. Es handelt sich dabei aber auch nicht um einen supergeheimen Kalergi-Plan oder eine böse Verschwörung. Nein, Bärbel Bas hat es schon ganz gut ausgedrückt: es geht um Vielfalt. Um eine bestimmte Vorstellung von diesem Begriff, der in dieser Zeit systematisiert wurde. Vielfalt ist in diesem Zusammenhang ein ideologischer Schlüsselbegriff der Nachkriegsordnung. Er ist in allen westlichen Republiken zum Staatsziel avanciert, bestimmt die Welt der Großkonzerne und Hollywood und wird vom Kindergarten bis zum Profi-Fußball-Verein propagiert.

Was ist damit gemeint? Der Verfassungspluralismus wird dabei so gelesen, daß neben einer Pluralität von Geschmäckern, politischer Ausrichtungen und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten auch eine Pluralität von Kulturen und ethnischen Identitäten sichergestellt werden muß, damit die verfassungsgeregelte Ordnung wirklich realisiert wird. Der Gesellschaftspluralismus muß also praktisch die gesamte Menschheit als Mikrokosmos abbilden, um wirklich plural zu sein. Das ist offenkundig nicht mit einer Nation oder einem Nationalstaat zu vereinbaren – beides sind Gebilde, die sich auf eine eingeborene Größe beschränken. Und natürlich hat niemand zu Beginn der 50er-Jahre aus dem Grundgesetz

den Auftrag entnommen, aus deutscher Erde eine internationale Siedlungszone zu machen. Eine relativ normale Haltung läßt sich ebenfalls bis in die 80er verfolgen.

Einem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1987 – dem sogenannten Teso-Beschluß – ist beispielsweise zu entnehmen, daß „das Grundgesetz nicht als Akt der Neugründung eines Staates verstanden“ werden sollte, „sondern das Grundgesetz als Reorganisation eines Teilbereichs des deutschen Staates - seiner Staatsgewalt, seines Staatsgebiets, seines Staatsvolkes - zu begreifen“ sei. „Aus dem Wahrungsgebot“ folge deshalb „die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten“ – was eine identitätsauflösende Masseneinbürgerung eigentlich untersagt.

Die Realität sieht heute anders aus: „Fast alle meine Schüler sind hier geboren und haben einen deutschen Paß. Trotzdem fühlen sie sich nicht als deutsch (...) Sie sehen sich als Syrer, Afghanen oder Albaner“ – das berichtete der junge Lehrer Jonas Schreiber letztes Jahr im Focus. Und auch ich als Lehrer, der lange Zeit an einer Berliner Schule unterrichtet hat, kann diese Erfahrung bestätigen.

Ganz offensichtlich ist die Identität des bundesdeutschen Staatsvolkes im Begriff, sich aufzulösen. Das interessiert die Verfassungsrechtler aber bekanntlich wenig: die beschäftigen sich damit, den ethnischen Volksbegriff zu kriminalisieren – der allerdings identitätsbestimmend für das deutsche Staatsvolk ist. Was hat also dazu geführt, daß linksradikale Figuren wie Bärbel Bas, die erst 1988 – also ein Jahr nach dem Teso-Beschluß – überhaupt SPD-Mitglied wurde, mit ihrer volksfeindlichen Lesung der Verfassungsordnung Erfolg haben konnten? Ich will jetzt gar nicht auf den „langen Marsch durch die Institutionen“ und dergleichen abstellen. Diese Dinge sind in einem größeren Zusammenhang erfolgt, der viel wichtiger ist als der antideutsche Mist, den die Linke noch immer produziert – und der allmählich langweilig wird. Das Durchsetzen einer auch ethnischen Pluralität im Staatsvolk kann man noch als kosmopolitisches Ideal herleiten. Zumindest theoretisch. Aber wie zuletzt eben Bärbel Bas zeigte, geht es dabei in erster Linie gar nicht darum, das deutsche Volk um eine migrantische Komponente zu bereichern – nein: es geht darum, das deutsche Volk als Kernbestand zu zerstören. Ein „Zurück zum Einheitsbraun“ müsse verhindert werden, wie die Ministerin betonte. Und auch das läßt sich erklären. Denn der Nachkriegsliberalismus hat eine ganz spezifische, antifaschistische Komponente, die sich vor allem gegen die Deutschen richtet und die erst über die Jahrzehnte klar hervorgetreten ist.

Die Staatsordnung der BRD ist gegenbildlich zum NS-Staat konzipiert worden und es darf einen also nicht überraschen, daß mit „Vielfalt“ als Ziel das genaue Gegenteil der „Volksgemeinschaft“ erreicht werden soll. Also: weder ein homogenes Volk noch seine Organisation als nationale Gemeinschaft.

Die Logik dahinter lautet: wenn es keine vereinte Nation mehr gibt, dann gibt es auch kein „Einheitsbraun“ mehr – um noch mal Bas zu bemühen. Heißt: Keine homogene Nation bedeutet auch kein Viertes Reich. Ethnische Vielfalt soll also den liberalen Staat vor einer illiberalen Politikwende schützen und damit seine Ordnung absichern. Staat und migrantische Parallelgesellschaften gegen das einheimische Volk; liberaler Pluralismus gegen die Nation.

Das ist die Dichotomie, die der antifaschistische Impuls in unserer Staats- und Gesellschaftsordnung aufgebaut hat. Die so oft lamentierte „Spaltung der Gesellschaft“

kommt also von oben – und sie kam nie von der nationalen Opposition. Wir wissen aber, daß sich dieses Phänomen nicht nur auf die Bundesrepublik beschränkt.

„Diversity“ ist der Gott aller liberalen Demokratien. Jede westliche Republik hat Regierungen, die gegen den Wählerwillen Grenzen öffnet und Massenmigration fördert. Selbst Polen sieht mittlerweile einen massiven Zuzug. Und im post-orbanschen Ungarn darf man ähnliches befürchten.

Die gesamte westliche Welt wird von dieser Selbstzerstörungsideologie heimgesucht. Und damit kommen wir zu einem kritischen Punkt, denn in allen europäischen Ländern wird der Bevölkerungsaustausch mit einer anti-nationalen Begründung eingeleitet, die im Kern stets auf das Dritte Reich als vermeintliche Reinform des Nationalismus abstellt.

Gewissermaßen ist das auch amüsant – jetzt haben praktisch auch Nationen wie Frankreich oder Großbritannien mit uns den Zweiten Weltkrieg verloren. Auch deren Patrioten begegnet der Staat mit dem Nazi-Vorwurf, wenn diese sich beispielsweise gegen pakistanische Grooming-Gangs wehren wollen. „Remigration“ ist ein Schlüsselbegriff in allen europäischen Ländern und in allen Ländern wird dieser Forderung ein nationalsozialistisches Volkskonzept vorgehalten.

Alle selbsterhaltungswilligen Europäer sind somit im Kern „Nazis“ und brauchen „Vielfalt“, um keine „Nazis“ oder zumindest keine Nationalisten zu sein. Wir sehen: die westliche Welt ist auch über 80 Jahre nach der Kapitulation der Wehrmacht noch immer im Paradigma des Zweiten Weltkriegs gefangen. Und das ist auch der Grund, warum es keine politische Wende gibt. Ich stelle hier ganz selbstbewußt die These auf: solange die Siegernarrative und der Schuldkult alle Bereiche unseres politischen, rechtlichen und kulturellen Lebens rahmen, wird es keine andere Politik geben können. Weder in der BRD, noch in Österreich, noch im Rest Europas – ja nicht einmal in den USA. Denn die Erzählung von 1945 ist, daß die Reichsidee von Rom bis Berlin der Krebs der Geschichte sei und die Tatsache, daß die Deutschen seit dem Mittelalter um dieses Reich kämpften, das Urübel Europas wäre. Das war und ist die Auffassung anglo-amerikanischer Eliten, und zwar seit mindestens 100 Jahren. Und das ist zum Mythos der internationalen Ordnung geworden.

So hätten die Deutschen also im 20. Jahrhundert aus ihrer Warte als Reichsvolk heraus einen Eroberungsfeldzug gegen die restliche Menschheit begonnen, den nur die Alliierten unter großen Verlusten stoppen konnten. Das ist in etwa die moralische Deutung unserer Geschichte, die in den Institutionen seit Ende des Krieges ihr Unwesen treibt. Nur wissen wir längst, daß das nicht wahr ist. Und in der historischen Forschung – zumindest außerhalb der BRD – ist man von dieser ahistorischen Darstellung zum Teil deutlich abgerückt.

Wir wissen, daß die Gewalteskalation im Krieg maßgeblich von den alliierten Mächten vorangetrieben wurde: nicht nur war Stalins Osteuropa bereits vor Kriegsausbruch ein Hort der Gewalt, des Terrors und Völkerkampfes; auch Churchill und Roosevelt haben gezielte Provokationen mit allen Konsequenzen in Kauf genommen, um ihre eigentlich desinteressierte Bevölkerung für den Krieg gegen Deutschland zu mobilisieren. Und das ist der springende Punkt. Es wurde Krieg gegen Deutschland geführt. Es interessierte in London, Washington und Moskau keinen, ob da nun Hitler oder irgendein Weimarer Kanzler stand. Man kämpfte nicht gegen die Ideologie des Nationalsozialismus, sondern Deutschland als historische Entität – als Hegemon des europäischen Kontinents und Träger des abendländischen Erbes. Ich zitiere einmal den Sekretär im britischen Außenministerium von 1937, Lord Robert Vansittart, der großen

Einfluß auf Churchill als auch auf Roosevelt hatte: „das Deutsche Reich und die Reichsidee sind seit 75 Jahren der Fluch der Welt, und wenn wir sie diesmal nicht erledigen, werden wir es nie tun, und sie werden uns erledigen. Der Feind ist das Deutsche Reich und nicht nur der Nazismus, und diejenigen, die das noch nicht begriffen haben, haben gar nichts begriffen (...)“

Es darf also nicht überraschen, daß die Alliierten durchaus Massentötungen systematisch planten. Zum Beispiel ist wohl kaum jemanden bekannt, daß die Amerikaner gegen Kriegsende erwägten, einen großen Teil der deutschen Bevölkerung mit Giftgas zu ermorden. 540 Tonnen Senfgas hatte Washington dafür nach Italien verschifft. Nur durch Zufall wurden die vor Bari liegenden Schiffe im Dezember 1943 von deutschen Junker-Bombern versenkt. Von Italien und England aus sollten, bei einem Ersteinsatz durch die Achsenmächte, Tausende Flugzeuge 30 deutsche Großstädte mit Senfgas und dem noch giftigeren Phosgen einnebeln. US-Spezialisten berechneten 5,6 Millionen Todesopfer und weitere zwölf Millionen Menschen, die dem vorgeschlagenen Angriff indirekt ausgesetzt sein würden. Sowohl Roosevelt als auch Churchill hatten Kenntnis von diesem Plan.

Die anderen Aspekte westlicher Deutschlandvernichtung – bedingungslose Kapitulation, selbst mit Erfolg des Attentas vom 20. Juli 1944; Morgenthau-Plan und so weiter – sind den meisten noch eher geläufig. Ursprüngliche radikale Pläne wie der Morgenthau-Plan wurden nur wegen des sich anbahnenden Kalten Krieges und Roosevelts Tod nicht umgesetzt. Was ich schon in meiner Rede zum 8. Mai im Landtag Brandenburg herausstellte, gilt auch hier zu betonen: Deutschland sollte nie befreit, sondern vernichtet werden. Und diese Vernichtung ist erfolgt – zumindest seelisch, psychologisch und kulturell. Und wenn es so weitergeht, bald auch demographisch. Die „Reeducation“ und der darauffolgende Siegeszug der Neuen Linken hat aus dem Deutschen eine Bärbel Bas gemacht. Und nicht nur aus dem Deutschen, sondern aus jedem europiden, sprich: weißen Menschen, der im Westen Karriere machen will.

Daß ironischerweise die Achsenmächte nie die Weltmacht anstrebten und sie tatsächlich von den Alliierten erreicht wurde, spielt auch hier eine wichtige Rolle. Der Globalismus sieht im europäischen Nationalismus stets den größten Widersacher – auch hierbei ist der Deutsche stets Karikatur Nummer eins. Die Amerikaner haben Deutschland ausgeschaltet, Europa mit den Bolschewisten aufgeteilt und verwalten ihr Weltreich heute auf Kosten aller weißen Völker dem Abgrund entgegen. Und das dürfen wir nicht weiter zulassen. Und ich bin überzeugt, daß es auf uns ankommt. Wir Deutschen müssen unsere erinnerungspolitische Störung überwinden – erst dann können es auch alle anderen Europäer. Wenn wir aus unserer Vergangenheit keine positive Kraft schöpfen können; wenn wir nicht die Reichstradition und unser abendländisches Wesen als Identitätsquelle mehr hervorheben können, dann kann es keine Zukunft für uns geben – oder für Europa. Wir brauchen – mit den Worten Björn Höckes – die erinnerungspolitische Wende um 180 Grad. Und diese beginnt im Kleinen. In der Gemeinschaft derer, die an den Traditionen festhalten und jener gedenken, die eigentlich bedacht werden müßten. Wir wollen also unserer toten Ahnen gedenken, sie ehren und ihr Wirken als Auftrag begreifen. Denn als Volk, als Deutsche stehen wir auch in einer Gemeinschaft mit den Toten. Wir sind nicht mehr als die Fackelträger dieses historischen Momentes und werden die Fackel einer kommenden Generation weiterreichen müssen.

Es kommt also drauf an, was wir in der Zeit der Traditionsverantwortung daraus machen. Ich sehe uns als Burschenschafter in der Pflicht, hier voranzuschreiten und die seelische Gesundung unseres Volkes mit aller Kraft zu unterstützen. Wir haben die staatlichen Eliten, linke Nichtregierungsorganisationen und staatlich finanzierte Wissenschaftler gegen uns – aber wir haben die Wahrheit auf unserer Seite und der Ahnen Ehre in unseren Herzen. Und ich bin sicher, daß unser Einheitsgrau ein Einheits-Schwarz-Rot-Gold werden kann, das die gesamte Nation erneuert. Darauf kommt es an. Vielen Dank. ■

FESTREDE ANLÄßLICH DES FEST-KOMMERSES DER DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT

GEGENWÄRTIGE AUFGABEN UND ZIELE DES ARCHIVS DER DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFTEN

VON DR. FRANZ EGON RODE (BURSCHENSCHAFT ALLEMANNIA HEIDELBERG)

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Waffen- und Farbenbrüder, liebe Burschenschafter,

es ist mir eine besondere Freude und Ehre, hier und heute vor Ihnen als Mitglied einer außerhalb der Deutschen Burschenschaft stehenden Burschenschaft sprechen zu dürfen. Die letzte Kommersrede eines Heidelberger Allemannen anläßlich eines Festkommerses der Deutschen Burschenschaft liegt nun mittlerweile fast sechs Jahrzehnte zurück. Sie wurde 1969 von meinem Bundesbruder Eckart John von Freyend in seiner damaligen Funktion als Sprecher der Deutschen Burschenschaft gehalten. Damals war Deutschland noch geteilt, der Burschentag tagte in seinem Landauer Exil und innerhalb des Verbandes wogten die Debatten über die Politisierung und den Stellenwert der Mensur.

Inzwischen ist die seinerzeit kaum für möglich gehaltene Deutsche Einheit Wirklichkeit geworden, die innerburschenschaftlichen Spannungen hingegen wirken fort und haben leider im Ergebnis zu einer ideellen und organisatorischen Zersplitterung der Burschenschaften geführt. Ihre Einladung verstehe ich daher als Zeichen guten Willens und als Wunsch, Brücken zwischen den einzelnen Burschenschaften und den burschenschaftlichen Verbänden zu schlagen.

Sie haben mich aber gewiß nicht nur in meiner Eigenschaft als Heidelberger Allemanne eingeladen, sondern auch als Leiter des Archivs und der Bücherei der deutschen Burschenschaften. Was erwartet man nun von der Festrede eines Archivars? Vielleicht, daß er angesichts einer zunehmend als verunsichernd empfundenen Gegenwart in glanzvolle Kapitel der Vergangenheit ausweicht, um Trost und Mut aus dem Rückblick zu schöpfen. Ich möchte heute aber nicht nur erinnern, sondern Orientierung geben und über das sprechen, was uns allen am Herzen liegen sollte. Unser geistiges Erbe und Vermächtnis, unser historisches Gedächtnis: Das Archiv der deutschen Burschenschaften.

Als ich vor nunmehr fast vier Jahren mein Amt übernahm, standen Archiv und Bücherei vor einer existentiellen Herausforderung. Der plötzliche Tod von Prof. Dr. Dr. Harald Lönnecker, dem Nestor der burschenschaftlichen Geschichtsforschung und jahrzehntelangem Leiter unseres Archivs, hinterließ eine schmerzhafte Lücke. Zugleich trat zutage, wie sehr die bisherige Unterbringung unserer Bestände im Bundesarchiv von gewachsenen, auch persönlichen Voraussetzungen abhängig gewesen war.

Denn das Bundesarchiv nahm Harald Lönneckers Tod zum Anlaß, auf neue Vertragsbedingungen zu drängen. Zwar war das Bundesarchiv sehr wohl an unseren Beständen interessiert – so sehr, daß es sie verstaatlichen wollte. Wir als die Hüter des Archivs wurden allerdings mehr und mehr als lästige

Zaungäste empfunden. Als wesentlicher Beweggrund für die Verstaatlichung wurde angeführt, man wolle unsere Bestände auf eigene Kosten vollständig in einer eigenen digitalen Datenbank neu verzeichnen, fürchte aber, daß wir im Falle eines Auszuges aus den Räumlichkeiten des Bundesarchivs diese kostspielige Verzeichnung gleichsam über Nacht nutz- und wertlos machen könnten. Lassen Sie mich die Absurdität dieser Argumentation an einem Ihnen vielleicht geläufigeren Beispiel erläutern: Das wäre ungefähr so, als wenn ich Ihnen eine aufwendige Sanierung Ihres Verbindungshauses versprechen würde – allerdings unter der Bedingung, daß Sie mir Ihre Immobilie zuvor übertragen. Niemand bei gesundem Menschenverstand würde sich auf ein derartiges Geschäft einlassen, und wer es doch täte, wäre entweder naiv und töricht, sofern es sich um sein Eigentum handelt, oder müßte wegen Untreue angeklagt werden, sofern er als Sachwalter fremden Eigentums tätig ist. Um diesen berechtigten Vorwurf zu entkräften, haben wir mehrfach das Gespräch mit dem Bundesarchiv gesucht, haben versucht, zu verhandeln, haben auch für uns schmerzhafte Kompromisse angeboten. Sie wurden jedoch samt und sonders abgelehnt. Das entspricht gewiß nicht demokratischen Gepflogenheiten, denn zum Wesen der Demokratie gehört nun einmal der Kompromiß und nicht das Diktat. Letztlich standen wir also vor der Entscheidung zwischen dem augenscheinlich bequemeren Weg der Abgabe oder dem anspruchsvolleren Weg der Eigenverantwortung für unser Archiv.

Als Burschenschafter, deren Vorfahren eine zentrale Rolle in der deutschen Demokratiebewegung gespielt haben, indem sie sich staatlichen Repressionen und staatlicher Willkür widersetzt haben, fiel uns die Wahl nicht schwer: Wir entschieden uns gegen die Abgabe, gegen das staatliche Diktat. In dieser Situation habe ich – um das damals gebrauchte Bild aufzugreifen – zunächst als „Feuerwehrmann“ gehandelt. Ich habe mich zunächst auf die Sichtung und Sicherung des Bestandes sowie die Herstellung der Umzugsbereitschaft konzentriert. Ungeachtet mancher Widrigkeiten gelang nach mehr als eineinhalb Jahren intensiver Arbeit die Unterbringung des Archivs bei einem spezialisierten Dienstleister.

In dieser Phase spürten wir sehr deutlich: In der schwierigen, ja für den Bestand des Archivs existenziellen Situation hielten die Burschenschaften – ungeachtet aller Gräben – zusammen. Gerade auch die Deutsche Burschenschaft mit ihrem Schatzmeister Volker-Ralf Lange war dabei stets ein verläßlicher, lösungsorientierter Ansprechpartner. Dafür danke ich Ihnen ausdrücklich. Mich haben diese Jahre gelehrt: Wenn wir wollen, können wir Burschenschafter mit gemeinsamem Engagement in und um der Sache willen auch große Hindernisse überwinden und im Sinne unserer geistigen Väter handeln.

Jede Krise ist nicht nur eine Gefahr, sondern bietet auch die Chance, aus ihr zu lernen. Nach jeder Brandbekämpfung muß der Feuerwehrmann sich fragen: Warum ist es überhaupt so weit gekommen? Und was muß sich ändern, damit sich ein solcher Brand nicht wiederholt? Auch wir sollten uns nicht mit der bloßen Krisenbewältigung zufriedengeben.

Es wäre nun zu einfach, die Ursachen ausschließlich in äußeren Umständen zu suchen. Sie sind uns allen nur allzu gut bekannt. Wir alle erleben das gegenüber Korporationen überwiegend negativ geprägte gesellschaftliche Umfeld. Erst im Februar dieses Jahres stellte der Würzburger Studentenhistoriker Professor Dr. Matthias Stickler in einem Interview mit der Welt fest: „Wer sich als Verbindungsstudent outet oder geoutet wird, erlebt mitunter Diskriminierungen.“ Man möchte hinzufügen: Wer sich als Burschenschafter outet, erst recht.

Die Vermutung liegt nahe, es habe sich um eine politische Kampagne gegen die Burschenschaften gehandelt. Der damals für das Bundesarchiv zuständigen Kulturstaatsministerin Claudia Roth wird man gewiß keine Sympathien für die Burschenschaften attestieren können. Dennoch verbarg sich dahinter keine politische Kampagne, sondern weitaus mehr. Es wurde nicht gezielt gegen die Burschenschaften agitiert, denn diese neue, rigorose Politik des Bundesarchivs traf nicht nur uns, sondern sämtliche Korporationsverbände und sonstige Vereine, die Deposita im Bundesarchiv hinterlegt hatten. Tatsächlich wollen sich mittlerweile viele öffentliche Archive von den nicht mehr als bereichernd, sondern als störend und lästig empfundenen Deposita entledigen – wobei der dauerhafte Verlust wertvoller Kulturgüter, sofern die Eigentümer nicht mitspielen, offenbar billigend in Kauf genommen wird. Was unserem Fall allerdings ein besonderes Gewicht verlieh, war der Umstand, daß wir den bei Weitem größten Bestand mit einem eigens in den Räumlichkeiten des Bundesarchivs tätigem Archivar besaßen. Nicht ganz ohne Stolz möchte ich an dieser Stelle anmerken: Unser Archiv mit seinen Stammbüchern, Briefen, Protokollen, Memoiren und vielen mehr ist das wohl größte und wertvollste studentenhistorische Archiv im deutschsprachigen Raum. Wenn es also gelungen wäre, uns zum Einlenken zu bewegen, hätte man mit den anderen Verbänden und Vereinen ein wesentlich leichteres Spiel gehabt. Tatsächlich trat der erhoffte Dominoeffekt ein, wenngleich auch anders als erhofft: Abgesehen vom Unitas-Verband nahm keiner der übrigen Korporationsverbände das „Angebot“ des Bundesarchivs an. Sie folgten vielmehr unserem Beispiel und verließen das Bundesarchiv. Letztlich war das eine bittere Niederlage für das Bundesarchiv.

Das alles fügt sich in ein politisch-kulturelles Klima, in dem der Staat vielfach als universeller Problemlöser begriffen wird. Er ist aber in wenigen Fällen die Lösung, sondern eher das Problem. Leider wächst die Versuchung, die Freiheitsrech-

te des Bürgers zugunsten eines zunehmend interventionistischen Staates einzuschränken. Ich halte es deshalb für richtig, den Staat an seinen Kernauftrag zu erinnern: Leben, Eigentum und Freiheit zu schützen – und nicht durch Überregulierung und durch die Einschränkung als unliebsam oder unpassend empfundener Meinungen die Grundlagen einer freien und lebendigen Gesellschaft zu untergraben. Dahinter verbirgt sich ein Kulturkampf. Auf der einen Seite stehen die 68er-Generation und ihre Apologeten, – heute sind sie vor allem in der Klima- und Woke-Bewegung zu finden -, die den Marsch durch die staatlichen Institutionen erfolgreich hinter sich gebracht, Schlüsselpositionen besetzt und das geistige Klima in den letzten Jahrzehnten in unserem Land entscheidend geprägt haben. Sie wollen am liebsten sämtliche Traditionen abschaffen, um so einen gesichts- und geschichtslosen Menschen zu schaffen, der umso empfänglicher für ihre falschen Heilslehren und Versprechungen ist. Auf der anderen Seite stehen hingegen die wenig verbliebenen Liberalen und Konservativen, die sich als Wahrer und Hüter der Nation, der Freiheit des Individuums sowie der abendländischen Kultur und ihrer Traditionen verstehen. Im Ergebnis haben linke Parteien unser Land vor die Wand gefahren und es in die tiefste ökonomische, politische und ideelle Krise seit Bestehen der Bundesrepublik geführt. Glücklicherweise dreht sich seit einiger Zeit der Wind. Der deutsche Michel scheint endlich aufzuwachen: Eine linke Mehrheit gibt es in Deutschland jedenfalls nicht mehr, die Linken befinden sich in einem verbissen geführten Rückzugsgefecht.

Ungeachtet der äußeren Rahmenbedingungen müssen wir aber auch unseren eigenen Anteil an der Krise um unser Archiv nüchtern betrachten. Es gab eklatante Fehleinschätzungen: Wir schätzen zwar unser Archiv, dürfen jedoch nicht erwarten, die Außenwelt werde seinen Wert gleichsam schon von selbst erkennen und achten.

Schon unseren Gründer, Herman Haupt, trieb in den 1920er Jahren die Sorge um den Verbleib unseres Archivs um. Als Direktor der Gießener Universitätsbibliothek konnte er das Archiv zwar dort zunächst unterbringen; doch seine Nachfolger machten klar, daß sie es nur noch aus Respekt vor Haupt duldeten. Dank persönlicher Kontakte gelang ihm noch zu Lebzeiten im Dezember 1927 die Verlegung nach Frankfurt. 1938 zog das Archiv weiter nach Würzburg, wo die Nationalsozialisten die Archive großer Korporationsverbände zentralisierten. Nach dem Krieg folgte – über Übergangslösungen und juristische Auseinandersetzungen mit der Stadt Würzburg – 1955 die Verlagerung in die Außenstelle Frankfurt des Bundesarchivs, im Herbst 2000 dann nach Koblenz.

Zusammengefaßt gleicht die Geschichte unseres Archivs über weite Strecken einer Kette von Provisorien. Oft standen weniger die Bestände selbst im Mittelpunkt als vielmehr institutionelle Interessen und günstige Umstände – und immer wieder öffneten oder schlossen einzelne Personen die Türen. Ein solches, von Zufällen und Einzelnen abhängiges System kann keine verläßliche Grundlage für einen geregelten Archivbetrieb sein. Wenn wir eine solide Basis schaffen wollen, müssen wir den Archivbetrieb nicht als eine lästige Pflicht begreifen, die wir günstigenfalls auf Dritte abwälzen können, sondern im wesentlich stärkeren Umfang als bisher für unser Archiv und unsere Bücherei Verantwortung übernehmen – finanziell, organisatorisch und personell.

Angesichts der nunmehr veränderten Ausgangslage stellt sich die entscheidende Frage: Wie machen wir unsere Geschichte zugänglich – für unsere eigenen Mitglieder, für Wissenschaft und Öffentlichkeit, und nicht zuletzt für kommende Generationen? Ein Archiv, das am Ende nur in Umzugskisten liegt, hilft uns wenig. Der Königsweg in die Zukunft ist die aufwändige, aber notwendige Digitalisierung unserer Bestände. Sie erlaubt einen schnellen, unkomplizierten Zugang und schützt die Archivalien, indem sie den physischen Zugriff auf die Dokumente reduziert. Und sie macht uns unabhängiger von Standorten, institutionellen Stimmungen und

politischen Konjunkturen. Der klassische Archivbetrieb hat sich ohnehin überlebt und wird in den kommenden zehn Jahren zunehmend obsolet werden. Kurz gesagt: Ohne Digitalisierung wird unser Archiv auf Dauer nicht bestehen.

Wir müssen auch Abschied vom Wunschdenken und von Illusionen nehmen, denn die Krise nach dem Tod meines hochgeschätzten Amtsvorgängers ist keineswegs plötzlich und ohne Vorwarnung eingetreten. Es war absehbar, daß das Bundesarchiv die weitere Unterbringung unseres Burschenschaftsarchivs infrage stellen würde, sobald die bisherigen Grundlagen der Zusammenarbeit wegfielen. Denn das Bundesarchiv hatte unser Archiv und die Archive der anderen nationalen Korporationsverbände in den frühen 1950er Jahren weniger aus innerer Überzeugung als aus Mangel an eigenen Beständen übernommen. Vermittelnd hatte damals der stellvertretende Leiter des Bundesarchivs, Dr. Adolf Diestelkamp, gewirkt, der gleichzeitig Alter Herr der Burschenschaft Alemannia Göttingen war. Seitdem sind die Bestände des Bundesarchivs stetig gewachsen, während die gesellschaftliche Verankerung der Burschenschaften wie der Korporationen im Allgemeinen mehr und mehr zurückging. Unsere Archivalien verloren damit für das Bundesarchiv an Relevanz und Bedeutung. Verschärft wurde die Lage, als mit dem Ausscheiden von Dr. Klaus Oldenhage im Jahr 2006 der letzte Burschenschafter aus der Leitung des Bundesarchivs in den Ruhestand ging. Eine gewisse Schonfrist erhielten wir noch, nachdem Klaus Oldenhage von 2005 bis 2017 den Vorsitz der GfbG übernommen hatte. Danach wurde die Situation kritischer. Spätestens mit seiner schweren Erkrankung, die es ihm nicht mehr erlaubte, seinen als Archivdirektor a. D. im Bundesarchiv immer noch vorhandenen Einfluß geltend zu machen. Mit dem Tod des Archivars Harald Lönnecker glaubte man im Bundesarchiv wohl, unsere Bestände nach dem Wegfall unserer beiden aktiven Kräfte vor Ort leicht übernehmen zu können. Ich muß offen einräumen: Wir alle – und da nehme ich mich als ehemaliges Vorstandsmitglied nicht aus – haben die Warnsignale nicht ernst genug genommen, obwohl sie immer deutlicher wurden. Die Folgen sind Ihnen bekannt. Meine persönliche Lehre aus diesen Vorgängen lautet: Wir dürfen um Probleme keinen Bogen machen und sie nicht aussitzen. Wir müssen rechtzeitig sagen, was ist, auch wenn es als unangenehm und unbequem empfunden wird.

Damit komme ich zu einem Aspekt, der für die Zukunft mindestens so wichtig ist wie jeder Vertrag und jede Unterbringung: Es braucht einen Paradigmenwechsel innerhalb der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung. In der Krise haben wir gesehen, wo unser eigentlicher Rückhalt liegt: Bei den Burschenschaften und ihren Mitgliedern. Wir sollten daher unser Tun und Handeln verstärkt an den Bedürfnissen unserer Mitglieder orientieren. Wir müssen raus aus dem akademischen Elfenbeinturm, wissenschaftliche Forschung darf nicht nur reiner Selbstzweck sein. Es nützt wenig, wenn die Publikationen der „Grünen Reihe“ auf vielen Burschenschaftshäusern originalverschweißt ein Dasein im stillen Kämmerlein fristen – oder mitunter gar als lästige, kostspielige Beigabe empfunden werden. Neben dem gedruckten Buch sollten auch offensiv weitere, neue Wege der historischen Wissensvermittlung eingeschlagen und begangen werden: Sei es durch Vorträge, sei es durch Interviews und Podcasts oder auch durch Seminare. Einen ersten Schritt haben wir bereits mit der grundlegenden Überarbeitung unserer in die Jahre gekommenen Internetpräsenz getan. Darüber hinaus möchten wir den Burschenschaften Hilfe bei der Verwaltung und Erschließung ihrer Archive anbieten, denn häufig kommen die Archivare der einzelnen Burschenschaften ganz unerwartet und ohne fachliche Expertise und Einführung zu ihrem Amt, bei konkreten Fragen weiß in der Regel niemand innerhalb des eigenen Bundes Rat. Hier möchten wir helfen und gemeinsam mit unseren Mitgliedern den ein oder anderen historischen burschenschaftlichen Schatz heben.

Das alles bedeutet selbstverständlich nicht, daß wir unsere wissenschaftlichen Grundprinzipien über Bord werfen. Im Gegenteil: Das bisherige hohe wissenschaftliche Niveau muß gehalten werden. Die „Grüne Reihe“ wird auch in Zukunft als wissenschaftliches Flaggschiff unserer Gesellschaft fortgesetzt. Denn was wir heute mehr denn je brauchen, ist eine historisch-kritische und vorurteilslose Auseinandersetzung mit der burschenschaftlichen Geschichte in ihren Höhen und Tiefen. Zur Wahrhaftigkeit gehört, die eigenen Fehler und Schatten nicht zu verschweigen. Andererseits gilt ebenso: Wo Burschenschaften zu Unrecht angegriffen werden, ist es Aufgabe der GfbG, zu widersprechen. Im Ganzen muß unser Standpunkt wissenschaftlich-objektiv ohne jegliche Apologetik sein.

Zusammengenommen wird das Geld, Zeit und persönliche Ressourcen in einem weitaus höheren Maße als bisher kosten. Der entscheidende Prüfstein wird sein, ob wir uns unserer Geschichte als würdig erweisen und auch bereit sind, diese Mehrkosten aufzubringen. Jeder von Ihnen kann hier und heute damit anfangen und ohne Weiteres seinen eigenen kleinen Beitrag zur Bewahrung unseres kulturellen Erbes leisten. Ganz konkret kann das geschehen, indem er der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung beitritt und sie finanziell unterstützt. Ein Beitritt ist ohne weitere Umstände über unsere im neuen Glanz strahlende Netzseite unter www.burschenschaftsgeschichte.de unter der Rubrik „Mitglied werden“ möglich. Der Jahresbeitrag beträgt 45 Euro für Alte Herren, für Aktive 15 €. Sie können hier also mit einem kleinen Beitrag Großes bewirken. Wem dies nicht genug ist, der kann sich gerne an mich wenden und sich zur freiwilligen Mitarbeit bereiterklären. Dazu bedarf es im Übrigen keiner historischen Expertise, sondern

nur guten Willens und nachhaltigen Engagements. Und schließlich können der GfbG auch größere finanzielle Zustiftungen zwecks Aufbaus eines eigenen Vereinsvermögens gemacht werden. So helfen Sie mit, die burschenschaftliche Geschichte auch für kommende Generationen lebendig zu halten.

Bei allem Engagement droht uns die größte Gefahr nicht durch unsere Gegner, sondern von innen. Besonders deutlich wird das an der gegenwärtigen ideellen und organisatorischen Zerrissenheit der burschenschaftlichen Bewegung. Vielfach tendieren einzelne Burschenschaften dazu, das korporative und/oder das politische Element mit einem Hang zum Rigorismus überzubewerten. Sie setzen das eigene burschenschaftliche Verständnis absolut, während alle anderen Burschenschaften, burschenschaftlichen Richtungen und Verbände höchstens als illegitime Abkömmlinge zweiten Grades der Urburschenschaft gelten. Das hat zu tiefen Gräben innerhalb der burschenschaftlichen Bewegung geführt, die häufig sogar tiefer sind als die zu anderen Korporationen. Eigentlich sollte es umgekehrt sein, denn uns eint mehr, als uns trennt. Die Existenz verschiedener burschenschaftlicher Richtungen ist per se kein Makel oder etwas Schädliches. Bereits die Urburschenschaft teilte sich in verschiedene Fraktionen. In einer pluralistischen Ordnung muß es eine burschenschaftliche Rechte, Linke und eine Mitte geben. Letztlich kann auch niemand für sich das Recht in Anspruch nehmen, Gralshüter der burschenschaftlichen Tradition zu sein. Es fehlt uns häufig an Duldsamkeit im Umgang miteinander – ich meide hier ganz bewußt den abgenutzten Begriff Toleranz. Duldsamkeit meint dabei nicht Beliebigkeit, sondern den festen Willen, trotz sachlicher Differenzen im Gespräch zu bleiben und das Gegenüber als Person und Burschenschafter zu achten. Denn wo die Debatte zwischen Burschenschaftern verschiedener Richtungen konstruktiv und ohne ideologische Vorbehalte geführt wird, trägt sie zur Vertiefung der burschenschaftlichen Idee bei. Den organisatorischen Rahmen für solch programmatische Diskussionen sollte eigentlich der Verband bilden. Die Spaltung der burschenschaftlichen Bewegung in mehrere, sich teilweise befehdende Verbände ist daher höchst bedauerlich, zumal die verbandsinterne Homogenität mit einem gesellschaftspolitischen Ansehens- und Bedeutungsverlust erkauft ist. Hier erwächst für die Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung die Verpflichtung, durch ihre historischen Forschungen zur Standortbestimmung in der Gegenwart und damit auch zur inneren Befriedung beizutragen. So sollten wir uns besonders um die Neuherausgabe eines allgemeinen burschenschaftlichen Handbuchs bemühen, das letztmalig vor mehr als zwanzig Jahren erschienen ist und in seiner Wirkung als Integrationsklammer zwischen den Burschenschaften und Verbänden kaum zu unterschätzen ist. Die innere Befriedigung ist die notwendige Voraussetzung, damit wir nach außen wieder wahrnehmbarer werden. Unser Anspruch darf selbstverständlich nicht sein, das Wappen auf dem 238. Pfeifenkopf der richtigen Korporation zuzuordnen. Vielmehr müssen wir den Anteil der Burschenschaft an der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung wieder im öffentlichen Raum sichtbar machen, gerade in einer Zeit, in der alles versucht wird, dieses Verdienst zu verschweigen, weil es sich nicht in das gegenwärtige Narrativ von den rechtsextremen und ewiggestrigen Burschenschaften fügt. So wurde beispielsweise vor drei Jahren bei nahezu sämtlichen offiziösen Feiern anläßlich des 175.-jährigen Jubiläums der Frankfurter Paulskirche verschwiegen, daß sich das Führungspersonal dieses Parlaments zu einem Gutteil aus Burschenschaftern rekrutierte, darunter als prominenteste Persönlichkeit der Präsident des ersten demokratisch gewählten Parlaments, der Burschenschafter Heinrich von Gagern (Teutonia Heidelberg 1815, Urburschenschaft Jena 1817). Wir müssen aber gar nicht so weit in die Vergangenheit zurückgehen: Der enge Zusammenhang zwischen der burschenschaftlich-demokratischen Bewegung und dem modernen demokratischen Rechtsstaat wird mehr als augenfällig in unserer Nationalflagge mit den Farben schwarz-rot-gold, die burschenschaftlicher Herkunft sind. Ein Gutteil der im Grundgesetz formulierten Grundrechte geht auf die Grundsätze und Beschlüsse des 18. Oktobers zurück, dem ersten Grundsatzprogramm des deutschen Liberalismus überhaupt. Wenn also überhaupt jemand mit aller dazugehörigen Vermessenheit von „unserer Demokratie“ sprechen darf, dann aus historischen Gründen doch wohl wir. In diesem Zusammenhang wundert es nicht, daß vor einem Jahr mit Bodo Ramelow ein Vertreter einer

ANZEIGE

WAPPEN

auf Gemäßdeckel,
Krüge oder Schilde
werden für Sie
von Meisterhand
individuell und
fachgerecht gemalt;
Zinnmontage
inklusive.

www.zierporzellanforkert.de · Tel. 49-351-2632382

ehemals kommunistischen Staatspartei das Zerstörungswerk der Linken konsequent fortsetzen und die derzeitige Nationalhymne und Nationalflagge am liebsten ganz abschaffen wollte. Wir sollten uns allerdings von solchen geschichtspolitischen Konjunkturen nicht beeindrucken lassen: Unser politischer Gestaltungsanspruch ist keine Bürde, sondern ein Alleinstellungsmerkmal, das uns von anderen Korporationstypen unterscheidet. Wir müssen nur unsere Sprache wiederfinden, wir dürfen nicht schweigen und uns auf den Häusern verbarrikadieren und die Öffentlichkeitsarbeit kampflos unseren Gegnern überlassen. Im kommenden Jahr wollen wir einen ersten Schritt unternehmen, um die burschenschaftliche Bewegung wieder positiv in der Öffentlichkeit wahrnehmbar zu machen: In Zusammenarbeit mit dem Denkmalerhaltungsverein wird sich die GfbG an den Feierlichkeiten anläßlich des 125. Jubiläums des Burschenschaftsdenkmals beteiligen. Wir müssen uns aber auch bewußt sein: Es wird nicht von heute auf morgen ein Wandel im Bewußtsein der breiten Bevölkerung eintreten. Um dieses über Jahrzehnte aufgebaute und in weiten Teilen der Bevölkerung verankerte klischeebehaftete Zerrbild zu beseitigen, bedarf es eines langen Atmens und vieler kleiner, pragmatischer Schritte.

Unsere Werte und Ideale, der uns alle verbindende Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ ist zeitlos und gerade auch heute Mahnung und Maßstab. Hat doch die sträfliche Mißachtung dieser Werte unser Vaterland im vergangenen Jahrzehnt in einen bisher nicht dagewesenen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Niedergang geführt. Gerade die Entwicklungen der jüngsten Zeit haben bewiesen: Die Nation ist ungeachtet der vielen Unkenrufe kein Auslaufmodell. Aber eine Nation muß wissen, was sie will und wo sie steht, muß ihre eigenen nationalen Interessen klar formulieren und benennen können, muß einen inneren Kompaß haben, um nach außen hin berechenbar zu sein und nicht zum Spielball Dritter zu werden. Die Regierung hat, wie es im Amtseid des Bundeskanzlers heißt, ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden und nicht aus ideologischer Verblendung heraus migrations- und energiepolitische Großexperimente zu unternehmen, deren Scheitern absehbar war und deren Kosten letztlich das eigene Volk zu tragen hat. In solchen Zeiten sind wir Burschenschafter als Fels in der Brandung, als die Hüter unserer gemeinsamen Werte, Traditionen und Geschichte mehr denn je gefragt.

Um nach außen glaubwürdig zu sein, müssen wir unsere Werte aber auch nach innen leben: Wer sich „Ehre, Freiheit, Vaterland“ auf die Fahnen schreibt, darf sich nicht im Lagerdenken oder Extremen verlieren, er muß Maß und Mitte bewahren. Konkret bedeutet dies: Nicht derjenige, der die meisten Partien gefochten hat, nicht derjenige, der in kürzester Zeit das größte Quantum Alkohol in sich hineinstürzen kann, nicht derjenige, der die radikalsten politischen Ansichten vertritt, nicht derjenige, der kopflos dem Zeitgeist hinterherläuft, erweist der burschenschaftlichen Bewegung den größten Dienst, sondern derjenige, der die Vernunft zum Maßstab seines Handelns macht, sich seiner eigenen Erkenntnisgrenzen bewußt ist und unsere Werte nach außen hin auch vertritt, indem er sich zur Burschenschaft bekennt. Wir müssen durch Leistung, Haltung und Exzellenz überzeugen – auch im gegenseitigen Umgang miteinander. Wir sollten uns immer klarmachen, daß es da etwas gibt, das größer ist als wir und unsere persönlichen Befindlichkeiten und Empfindlichkeiten, zu dessen Wohl beizutragen wir uns als ein Glied einer langen Kette von Generationen verpflichtet fühlen sollten – das ist unsere burschenschaftliche Bewegung. Nachfolgende Burschenschaftergenerationen werden uns allein daran messen, ob wir in unserer Zeit die richtigen Antworten gefunden haben, um unser Erbe zu bewahren.

Liebe Burschenschafter, verehrte Gäste!

Lassen Sie mich zum Schluß noch eines betonen: Der Wert unserer burschenschaftlichen Verbände ist nicht hoch genug einzuschätzen. Immer wieder höre ich von Burschenschaftern außerhalb der Verbände die Frage, welchen Sinn und Nutzen die Mitgliedschaft in einem Verband heute noch habe. Meine Antwort ist dann stets klar und einfach: Der Verband ist das Fundament, das dafür sorgt, daß Ihre Burschenschaft auch in zwanzig Jahren noch als solche besteht und nicht zu einem gesichts- und geschichtslosen Verein mutiert und in der Bedeutungslosigkeit verschwindet.

Umgekehrt erwächst daraus aber auch eine große Verpflichtung für die burschenschaftlichen Verbände: Sie sollten bestrebt sein, möglichst viele engagierte Burschenschaften an sich zu binden, um so der unheilvollen Zersplitterung des burschenschaftlichen Spektrums entgegenzuwirken. Es erfüllt mich daher mit Freude, daß die Deutsche Burschenschaft mit der Burschenschaft Ghibellinia Prag zu Saarbrücken anläßlich dieses Burschentags Zuwachs verzeichnen konnte. Nach außen können wir nur dann schlagkräftig und glaubwürdig sein, wenn wir den Geist der Einheit auch nach innen leben. Dieser Geist ist auch noch in vielen außerhalb der Verbände stehenden Burschenschaftern und Burschenschaften lebendig – er wird aber nicht von allein auf uns kommen, wir müssen uns täglich um ihn bemühen. Und vielleicht wird uns dann eines Tages – in welcher Form auch immer – die Wiedervereinigung sämtlicher Burschenschaften gelingen.

In diesem Sinne erhebe ich mein Glas auf die Deutsche Burschenschaft. Möge sie blühen, wachsen und gedeihen. ■

REDE ZUM TOTEN-GEDENKEN AUF DEM BURSCHENTAG 2026

VON KEVIN DOROW (ALTE KÖNIGSBERGER BURSCHENSCHAFT ALEMANNIA IN KIEL WS 2017/18, GYMNASIALE BURSCHENSCHAFT GERMANIA ZU KIEL SS 2020, HAMBURGER BURSCHENSCHAFT GERMANIA SS 2022)

Sehr geehrte Herren Verbandsbrüder,

wir haben uns versammelt an diesem Ort der Erinnerung, um der Toten zu gedenken – jener Männer, die ihr Leben nicht für eine temporäre Regierung, nicht für eine Partei oder eine vorübergehende Staatsform hingaben, sondern für das Ewige: das deutsche Volk, das deutsche Schicksal und das deutsche Vaterland in seiner tiefsten, unveräußerlichsten Substanz. In unserer Zeit der Geschichtsvergessenheit, die von moralischer Umwertung aller Werte und von der systematischen Entwertung nationaler Identität geprägt ist, halten wir fest an dem burschenschaftlichen Imperativ Ehre, Freiheit und Vaterland.

Als Napoleon Europa unter seinem Imperium zermalmte, als deutsche Fürsten sich beugten und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation längst zerfallen war, erhoben sich junge Studenten, Turner und Dichter. Theodor Körner, Friedrich Friesen, die Kämpfer der Lützowschen Jäger: sie zogen nicht aus, weil eine Zentralregierung sie rief. Es gab keine. Sie zogen aus innerem Drang, weil das Vaterland in ihren Herzen lebte. Sie starben bei Großgörschen, bei Dennewitz, bei Leipzig, für eine Idee: das einige, freie Deutschland jenseits der Kleinstaaterei und der Fremdherrschaft. Sie opferten sich um des Vaterlandes willen – um seiner selbst willen.

Die Wartburgfeier von 1817, die Hambacher Versammlung von 1832, die Revolution von 1848/49; all dies waren Stationen eines langen Ringens. Burschenschafter standen an vorderster Front: gegen Metternichs Restauration, für Einheit und Freiheit. Viele bezahlten mit Verbannung, Kerker oder dem Leben. Und doch: 1871, im Spiegelsaal von Versailles, schien der Traum Gestalt anzunehmen. Das Bismarcksche Kaiserreich, gegründet auf Blut und Eisen, aber getragen vom Opferwillen ganzer Generationen. Die Burschenschaft blieb Hüterin dieses Geistes, auch als das Reich in den Wirren des Ersten Weltkrieges unterging.

Bei Verdun, in den Karpaten und in Flandern starben Hunderttausende Deutsche, unzählige davon Verbandsbrüder und Bundesbrüder. Sie starben nicht primär für Kolonien oder dynastische Ehre, sondern weil sie spürten, daß das deutsche Wesen von einer Welt umzingelt war, die es nicht dulden wollte.

Der Versailler Vertrag, die Kriegsschuldlüge des Ersten Weltkrieges, die Demütigung eines ganzen Volkes: Dies war der Nährboden für neue Opfer. Freikorps in Oberschlesien, im Baltikum, an der Ruhr. Sie opferten sich nicht für die Weimarer Republik, die sie oft verachteten, sondern für das Reich, das über jeder Regierung, jeder Staatsform stand.

Der Zweite Weltkrieg brachte die letzte, furchtbarste Prüfung; intern und extern. Von 1939 bis 1945, an allen Fronten: im Osten gegen den Bolschewismus, der Millionen Deutsche das Leben kostete und das deutsche Volk an den Rand der Auslöschung trieb; im Westen gegen eine Übermacht, die mit Terrorbombardements ganze Städte auslöschte; in der Heimat unter den Trümmern Dresdens, Hamburgs, Berlins. Die Folge: 14 Millionen Deutsche wurden vertrieben, Millionen waren auf der Flucht

– ein Genozid, der in der offiziellen Geschichtsschreibung bis heute marginalisiert wird. Die deutschen Soldaten, die in Stalingrad, im Kessel von Tscherkassy, in Kurland oder in der Ardennenoffensive fielen, starben für SICH in dem Bewußtsein, ihre Heimat zu verteidigen. Sie handelten als Volk der Mitte, seit Jahrhunderten Schicksalsraum Europas, das seine Blüte opfern mußte, das geteilt, entwaffnet, von innen und außen umerzogen und moralisch gebrochen wurde – und dennoch nicht aufhörte, deutsch zu sein.

Die Auseinandersetzung mit diesen Geschehnissen ist die notwendige Gegenerzählung zur einseitigen Täter-These der Sieger. Das deutsche Volk hat großes Leid zugefügt, gewiß. Doch es hat auch unermeßliches Leid ertragen: Die Massenbombardements, die Hungerswinter 1946/47, die Massenvergewaltigungen, die geistige Umerziehung, die territoriale Teilung. Die Toten der Luftangriffe, die Toten der Vertreibung, die Toten der Nachkriegszeit – sie alle gehören zu uns. Ihr Opfer war nicht regierungsabhängig. Es war existentiell. Der Soldat opfert sich nicht für den jeweiligen Kanzler oder eine Verfassung, auch wenn er formell hierauf seinen Eid schwört. Er opfert sich für das, was bleibt, wenn alle Regierungen zerfallen: die Sprache, die Kultur, die geschichtliche Sendung seines Volkes.

Das Sterben für das Vaterland geschieht um seiner selbst willen. Es ist kein Vertrag mit einer Staatsmacht, sondern ein Bund mit dem Ewigen. Der Staat ist lediglich die jeweilige Hülle. Die Nation aber ist der Leib. Und dieser Leib überdauert.

Und gerade heute wieder ist es bei allen Diskussionen und tagespolitische Grundsatzfragen wichtig, zu erwähnen: Deutschland ist auch heute mehr als die derzeitige Regierung, und Deutschland ist es wert, verteidigt zu werden. Die jeweilige Berliner Regierung – ob links, mitte oder was auch immer gerade modisch ist – mag über Haushalte, Gesetze und Migrationsquoten entscheiden. Sie kann Denkmäler schleifen, Straßennamen tilgen, das Grundgesetz nach ihrem Willen deuten und die Sprache verunstalten. Aber sie kann nicht über das deutsche Wesen bestimmen. Sie kann die Toten nicht umerziehen. Junge Deutsche sterben heute nicht mehr für das Vaterland, sondern oft genug in Einsätzen, die fremden Mächten nützen. Doch die Gefallenen von Langemarck, die Helden der Freikorps, die Soldaten der Wehrmacht, die Opfer der Vertreibung, die Toten der innerdeutschen Grenze, die Opfer bundesrepublikanischer Fremdkonflikte – sie gehören nicht irgendeiner Republik oder Diktatur.

Die Toten mahnen uns eindringlich: Euer Opfer war nicht vergeblich, solange wir es nicht vergessen. Ihr seid nicht für eine Konsumgesellschaft gestorben, nicht für eine „bunte Republik“, nicht für den Weltmarkt oder für abstrakte „Werte“. Mögen die Gefallenen in Ehren ruhen. Möge ihr Blut nicht umsonst geflossen sein. Möge das deutsche Volk – jenseits aller Parteien, jenseits der jeweiligen Tagesregierung – eines Tages wieder in Blüte stehen und zu sich selbst finden. Ruhe in Frieden, ihr toten Brüder. Wir tragen Euer Erbe weiter. Wir vergessen Euch nicht. Niemals.

TRAUERREDE ZUR BESTATTUNG VON VERBANDSBRUDER NIEDERHAUSEN

VON VOLKER-RALF LANGE (ALTE BRESLAUER BURSCHENSCHAFT DER RACZEKS ZU BONN)

Liebe Elke, liebe Angehörige, werte Herren Burschenschafter,
hohe Trauergemeinde,

ein großer Mann, ein großer Burschenschafter ist von uns gegangen. Dieter Niederhausen war, das kann man sicherlich sagen, immer eine Erscheinung. Er war gradlinig und korrekt, man konnte sich auf sein Wort verlassen. Diese Charaktereigenschaften sind heute nur noch selten zu finden. Für ihn waren unsere Werte, Ehre, Freiheit und Vaterland nicht nur leere Worthülsen. Nein, er hat diese Werte Tag für Tag gelebt.

Alle, die bei der Eröffnung des Burschentages 2026 in Seebach anwesend waren, werden sich an seine letzten Worte an diese Corona erinnern. Erinnerte er uns vehement daran und mahnte uns, daß wir um die Freiheit kämpfen müssen. Die Freiheit, nicht nur die Freiheit des Wortes, sondern die Freiheit des Menschen, jedes Einzelnen von uns, muß ständig und immer verteidigt werden. Auch und gerade in der heutigen Zeit.

Dieter war ein sehr konsequenter Mensch. Wenn er etwas für sich als richtig gesehen hat, verteidigte er dies bis zum Letzten. Ich erinnere mich gut an eine Begebenheit auf dem Haus meiner lieben Raczeks in Bonn. Seine Burschenschaft, die Burschenschaft Germania Halle zu Mainz und meine Burschenschaft, die Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn, begründeten ihr Freundschaftsverhältnis. Zu diesem Zweck fand eine PP, sowie eine Kneipe statt. Als er mich sah, zeigte er auf die Burschenschafternadel und fragte mich, wie es denn sein könne, daß ich die Nadel eines nicht pflichtschlagenden Verbandes trage. Er trug die Nadel erst wieder, als die Deutsche Burschenschaft pflichtschlagend war. Ich denke dies zeigt sehr gut, wie Dieter dachte.

Und diese Überzeugung hat er von Anfang an mit den jungen Verbandsbrüdern geteilt. In seiner Position als Vorsitzender des Rechtsausschusses hat er die 70er und 80er Jahre des Verbandes geprägt und seine einleitenden Worte werden der damaligen Aktivengeneration immer in Erinnerung bleiben: „Meine Herren Burschenschafter“ – so begannen all seine Ausführungen zu den vielfältigsten rechtlichen Fragen dieses damals sehr inhomogenen Dachverbands. Von Salzburg über Landau und Celle war er stets von Jahr zu Jahr zur Stelle, um uns mit seiner brillanten Schärfe in allen Situationen den richtigen Weg zu weisen.

Ein besonderer Dank gilt ihm für seine Bereitschaft, die damals jungen Burschenschafter stets zu beraten und zu vielen, sehr unterschiedlichen aber stets interessanten und lehrreichen Ausflügen, sei es zu den Weingütern rund um Landau oder in den deutschen Süden ins Passeiertal, einzuladen.

Wie gerne erinnere ich mich an all die Stunden, die wir gemeinsam im Berghotel, insbesondere auf der Terrasse, verbrachten. Immer dabei seine geliebte Frau Elke und natürlich ein guter Tropfen. Ein Ziegler Nummer eins, nur das Beste war gut genug für ihn. Wir sprachen über unser großes gemeinsames Hobby, das Golfen, und über unsere gemeinsame Berufung: die Burschenschaft. Hier hat er sich ein Leben lang für uns alle engagiert. Natürlich zuvorderst im Rechtsausschuß. Hier hat unser lieber Verbandsbruder Rausch, der derzeitige Vorsitzende des Rechtsausschusses, wie ich finde, passende Worte gefunden, die ich nun vorlesen möchte:

NACHRUF AUF VERBANDSBRUDER DIETER NIEDERHAUSEN

VON RECHTSANWALT KARSTEN RAUSCH (BERLINER BURSCHENSCHAFT DER MÄRKER, BURSCHENSCHAFT LIBERTAS BRÜNN ZU AACHEN, VORSITZENDER DES RECHTSAUSSCHUSSES DES VVAB, VORSITZENDER DES RECHTSAUSSCHUSSES DER DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT)

Herr Verbandsbruder Niederhausen war lange Jahre Mitglied und Vorsitzender des Rechtsausschusses der Deutschen Burschenschaft. Er prägte eine Generation durch seine Persönlichkeit und durch die unter seiner Leitung festgelegten Grundsätze des Rechtsausschusses für die verbandsbrüderliche Arbeit. Er war ein hervorragender Jurist und ausgezeichneter Vereinsrechtler. Seine Meinung vertrat er konsequent und durchsetzungsstark, auch wenn der Gegenwind manchmal sehr heftig war. Er wußte in der juristischen und auch in der allgemeinen Debatte durch seine klugen Argumente, letztendlich aber auch durch seine Kompromißbereitschaft zu überzeugen und hat einige Generationen in der Deutschen Burschenschaft geprägt.

Für seine außerordentlichen Dienste, die er sich insbesondere auch als Vorsitzender des Rechtsausschusses der Deutschen Burschenschaft erworben hat, wurde er zu einem Ehrenbandträger der Deutschen Burschenschaft. Es ist sehr schwer, einen Nachruf auf ihn zu verfassen ohne Superlative. Für den Unterzeichner, der nicht immer einer Meinung mit ihm war, war er dennoch ein Vorbild als Burschenschafter und Jurist. Auch als Verbandsbruder Niederhausen aus dem Rechtsausschuß der Deutschen Burschenschaft ausgeschieden war, hat er wertvoll juristische und allgemeine Impulse für das Verbandsleben und auch für den Rechtsausschuß gesetzt, die man nicht einfach ignorieren konnte, sondern die man beachten mußte. Wobei das „Müssen“ nicht von oben kam, sondern sich aus der Logik seiner Argumentationen ergab.

Herr Verbandsbruder Niederhausen verstarb am 31. Mai dieses Jahres im Alter von 84 Jahren in Mainz. Am Donnerstag, den 28. Mai 2026, hatte er noch mit einer bemerkenswerten Rede den diesjährigen Burschentag eröffnet. Die Mitglieder des Rechtsausschusses, insbesondere auch der Verfasser dieser Worte, werden Herrn Verbandsbruder Niederhausen stets ein ehrendes Andenken bewahren. ■

Zum Schluß eine kleine Anekdote von diesem Burschentag: Es ist Donnerstagmittag. Dieter und Horst steigen in das Jaguar Cabriolet und wollen zum Burschentag. Dieter läßt das Dach herunter, macht den Radetzkymarsch auf volle Lautstärke und die beiden Ehrenbandträger fahren grüßend durch die Menge an Aktiven vorbei, die auf dem Parkplatz des Berghotels auf den Bus warten.

Lieber Dieter, mach es gut. Du wirst uns sehr fehlen. ■

DIE DEUTSCHE BURSCHENSCHAFT TRAUERT UM IHREN VERBANDSBRUDER UND EHRENBANDTRÄGER

Die Deutsche Burschenschaft trauert um ihren Verbandsbruder Dieter Niederhausen (Burschenschaft Germania Halle zu Mainz, Halle-Leobener Burschenschaft Germania), über 30 Jahre Mitglied und zeitweise Vorsitzender des Rechtsausschusses sowie einer von drei Ehrenbandträgern der Deutschen Burschenschaft. Verbandsbruder Niederhausen wirkte durch seine Persönlichkeit wesentlich auf Generationen von Burschenschaftern in der Deutschen Burschenschaft und durch die unter seiner Leitung festgelegten Grundsätze des Rechtsausschusses für die verbandsbrüderliche Zusammenarbeit. Er war ein ausgezeichneter Jurist und Vereinsrechtler. ■

DAS SEKUNDANTEN-SEMINAR AM BURSCHEN-SCHAFTERDENKMAL

VON NIELS-CHRISTOPHER PETERSEN (BURSCHENSCHAFT THESSALIA ZU PRAG IN BAYREUTH WS 2021/22, WIENER AKADEMISCHE BURSCHENSCHAFT MOLDAVIA WS 2024/25)

Sehr geehrte Herren
Verbandsbrüder,

am 30. Mai dieses Jahres kam mir im Rahmen meiner Tätigkeit als Verbandsobmann der Deutschen Burschenschaft für Fechten und Sport die Ehre zu, das Sekundantenseminar unseres Verbandes auszurichten. Erstmals fand es am Burschenschaftsdenkmal in Eisenach statt.

Mein Vorgänger hatte in den vergangenen Jahren vieles versucht, um die Herren Verbandsbrüder zur Teilnahme an diesem Seminar zu bewegen. Doch egal, ob das Seminar als eigenes Wochenende einschließlich Kost und Logis oder im Rahmen des Burschentages, mit oder ohne Fechtmeister, geplant wurde: Die Teilnahme fiel, von wenigen Ausnahmen abgesehen, stets verhalten aus. Daß ein solcher Lehrgang notwendig ist, belegt schon der einfache Blick auf unsere Mensurböden. In vielen Bünden steigen immer dieselben, langsam älter werdenden Verbandsbrüder auf. Können diese einmal nicht, werden aus anderen Bünden wiederum die immer gleichen Söldner herangezogen. Für die anstehende Partie mag das eine schnelle Lösung sein. Insgesamt aber keine tragbare Lösung.

Die Mensur ist ein Privileg der Jugend. Sie sollte in jeder Weise auch von dieser ausgerichtet werden. Dazu gehört auch der Sekundant. Es kann nicht dauerhaft dabei bleiben, daß junge Verbandsbrüder ihre Partien schlagen, die Verantwortung für deren Durchführung aber an Männer abgeben, deren Aktivenzeit bereits Jahrzehnte zurückliegt. Natürlich spricht nichts dagegen, daß ein erfahrener Alter Herr gelegentlich sekundiert. Bei einer schwierigen Partie kann seine Erfahrung notwendig sein. Etwas anderes ist es, wenn die Aktiven den fünfzigjährigen Alten Herrn zum Sekundieren einer einfachen Fuchsenpartie auffordern, weil er diese Aufgabe schon seit Jahren übernimmt. Dann darf die Antwort auch einmal ein pädagogisches „Nein“ sein. Hier sind auch die Altherrenschaften gefordert. Sie sollten ihre Aktiven frühzeitig dazu drängen, sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen, statt erst nach Ersatz zu suchen, wenn der bisherige Sekundant nicht mehr zur

Verfügung steht. Zum Seminar fanden sich zehn Verbandsbrüder aus vier Bünden ein. Die Kölner Burschenschaft Germania und die Urburschenschaft waren mit jeweils zwei Teilnehmern vertreten. Von der Münchener Burschenschaft Alemannia sowie von meiner lieben Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth nahmen jeweils drei Verbandsbrüder teil. Für das Seminar selbst erwies sich die Größe der Gruppe als günstig. Fragen konnten unmittelbar behandelt und Unterschiede zwischen den verschiedenen Fechtcomments besprochen werden. Gerade diese Unterschiede sorgen auf auswärtigen Mensurböden immer wieder für Unsicherheit. Das verbandsübergreifende Pauken über mehrere Stunden auf verschiedene Comments ist dabei immer wieder eine erquickende Erfahrung. Geleitet wurde das Seminar von Waffenbruder und Fechtmeister Kronast. Über mehrere Stunden wurde auf verschiedenen Comments gepaukt und sekundiert. Daneben wurden die Vorbereitung einer Partie, der Umgang mit Pauk- und Sekundantenzeug sowie die Aufgaben des Sekundanten behandelt. Der angekündigte Beitrag von Tobias Feuerer von der Firma Bandagenpause entfiel wegen einer kurzfristigen Absage aus familiären Gründen.Ein Vormittag kann die Ausbildung im eigenen Bund nicht ersetzen. Er bietet aber die Gelegenheit, Kenntnisse aufzufrischen, andere Comments kennenzulernen und selbst zu sekundieren, ohne daß unmittelbar eine Partie ansteht. Den Teilnehmern und insbesondere Waffenbruder und Fechtmeister Kronast ist für ihre Mitwirkung zu danken. Für kommende Seminare bleibt zu hoffen, daß weitere Bünde ihre Aktiven entsenden. ■

RÜCKBLICK AUF DIE DIESJÄHRIGEN VERHANDLUNGEN DES BURSCHENTAGES

REDAKTION

Der Burschentag der Deutschen Burschenschaft 2026 in Eisenach stand unter dem Zeichen organisatorischer Konsolidierung und der Wiederaufnahme eines früheren Mitgliedsbundes.

Die Burschenschaft Ghibellinia zu Prag in Saarbrücken wurde erneut in den Verband aufgenommen. Der Bund war 2012 im Zuge der damaligen internen Auseinandersetzungen ausgetreten. Gegründet 1880 in Prag als pflichtschlagende, farbentragende Verbindung mit den Farben Schwarz-Rot-Gold auf weißem Grund und dem Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“, ist er seit 1959 in Saarbrücken ansässig. Der Wiederbeitritt schließt eine der Lücken, die in den 2010er-Jahren entstanden waren, und erweitert den Kreis der Mitgliedsbünde um eine Verbindung mit klarer historischer und regionaler Verankerung. Damit folgt Ghibellinia dem Beispiel anderer Bünde, die in den vergangenen Jahren den Weg zurück in die Deutsche Burschenschaft gefunden haben.

Ein weiterer wesentlicher Tagesordnungspunkt war die Generaldebatte zur möglichen Einführung eines Generalsekretärs. Ausgangspunkt war die praktische Beobachtung, daß die ehrenamtliche Führung des Verbandes bei begrenzten personellen Ressourcen und den parallelen Verpflichtungen der Aktiven – Studium, Beruf, weitere verbandliche und politische Aufgaben – an Grenzen stößt. Diskutiert wurde, inwieweit eine stärker professionalisierte Struktur die Kontinuität der Arbeit sichern und die Handlungsfähigkeit des Verbandes verbessern könnte. Dabei standen unterschiedliche Positionen einander gegenüber: Die einen betonten die Notwendigkeit einer klaren organisatorischen Entlastung und einer effizienteren Außenvertretung, die anderen warnten vor einer möglichen Verselbständigung der Verwaltung und einer Schwächung des ehrenamtlichen Charakters. Die Debatte blieb weitgehend sachbezogen und spiegelte das Spannungsfeld zwischen dem Selbstverständnis als akademische Jugendbewegung und den Anforderungen an einen funktionsfähigen Dachverband wider. Eine abschließende Entscheidung zugunsten der Einführung eines Generalsekretärs ist aus den Debatten nicht hervorgegangen; die Diskussion hat jedoch die Problemlage deutlich gemacht und mögliche Lösungswege aufgezeigt.

Im weiteren Verlauf fanden die Nachwahlen von Verbandsobleuten und Beisitzern statt. Die Wahl der nächsten vorsitzenden Burschenschaft, die satzungsgemäß die Leitung für das kommende Jahr übernimmt, wird zeitig folgen.

Insgesamt zeigt der Burschentag 2026 einen Verband, der an seiner inneren Organisation arbeitet und gleichzeitig verloren gegangene Mitglieder zurückholt. Die Entscheidungen bewegen sich im Rahmen der bestehenden Strukturen und Orientierungen. Sie zielen auf eine bessere Funktionsfähigkeit, ohne den Charakter der Deutschen Burschenschaft grundlegend zu verändern. ■

ANZEIGE

Computer-Visualisierung des Dorfzentrums nach Fertigstellung. Perspektive vom künftigen Restaurant. Bauliche Änderungen vorbehalten.

Foto: Roman Topp

NEU-PREUßEN

EIN DEUTSCHES DORF ENTSTEHT IN PARAGUAY

Roman Topp (Königsberger Burschenschaft Teutonia und Greifswalder Burschenschaft Germania vereinigt zu Marburg an der Lahn (bis 2013 – Austritt aus Protest gegen das Verlassen des Dachverbandes))

Spätestens seit der WM kennt jeder Deutsche das Land im Herzen Südamerikas. Wohl weniger bekannt ist, daß Paraguay nach USA und Kanada den dritthöchsten Anteil deutschstämmiger Einwanderer hat. In den Kolonien Neuland, Hohenau und Independencia werden deutsche Sprache und Kultur bis heute gepflegt. Nach meiner persönlichen Reisebeobachtung ist Paraguay sogar die letzte Hochburg der Auslandsdeutschen, nachdem sich Auswanderer in Brasilien, Argentinien und Chile in den letzten Jahrzehnten nahezu komplett assimiliert haben – ganz zu schweigen von den Deutschstämmigen in den USA. Frischen Wind gibt es seit 10 Jahren durch eine neue Generation Auswanderer, die mit der politischen Entwicklung in BRD, Österreich und Schweiz unzufrieden sind – und täglich werden es mehr.

WARUM AUSGERECHNET PARAGUAY?

- Das Land ist stabil und konservativ regiert
- Dank Territorialbesteuerung gibt es null Prozent Zinsen auf Auslandseinkommen
- Geringe Preise ermöglichen ein hochkomfortables Leben mit nur 1.000 Euro im Monat
- Politische Unabhängigkeit von NATO und BRICS
- Die Aufenthaltsgenehmigung kostet nur um die 1.500 Euro
- 300 Sonnentage im Jahr und reichlich sauberes Frischwasser
- Nahrungsproduktion für 100 Millionen Menschen bei nur sieben Millionen Einwohnern

Also: ein perfekter Ort in Zeiten anstehender wirtschaftlicher und politischer Krisen.

Nahe der alten Kolonie Independencia entsteht seit 2024 mit dem Rettungsgarten ein Selbstversorger-Dorf für gleichgesinnte Auswanderer. Die Gesamtgröße beträgt 40 Hektar, also in etwa 60 Fußballfelder. Auf 100.000 m² produziert unser Personal Nahrung: Bio-Gemüse, eine Hühnerzucht und einen Fischteich. Dazu gibt es auf den Privatgrundstücken mehr als 2.000 Obstbäume mit einer Fruchtfolge, so daß es jeden Monat etwas zu ernten gibt. Im entstehenden Dorf gibt es vier Stadtteile für unterschiedliche Menschentypen: Einen Familienbereich, Bereiche für Online-Unternehmer, Gesundheit und Naturverbundenheit. Nicht zuletzt durch meine Aktivenzeit im Königsberger Bund liegt mir der Bezirk oben auf dem Hügel besonders am Herzen: Neu-Preußen. Durch eine entsprechende Bauordnung fühlt man sich sofort heimisch – nur mit Palmen und besserem Wetter.

Im Zentrum entsteht eine repräsentative Häuserzeile, die an das Villa Germanica in Blumenau (Brasilien) angelehnt ist, wo übrigens das zweitgrößte Oktoberfest der Welt stattfindet. Daneben erstreckt sich eines der größten und beeindruckendsten Schwimmbecken in ganz Paraguay. Dieser Bau ist bereits jetzt kurz vor dem Abschluß (Eröffnung Oktober 2026). Ein über 1.000 m² großes Restaurant mit bayerischem Biergarten kommt 2027 an der schmalen Seite des Pools dazu. Von dort aus gibt es einen spektakulären Blick ins grüne Tal bis zur Hügelkette am Horizont. Im 200-Meter-Umkreis gibt es aktuell noch verfügbares Bauland für Menschen, die Deutschland im Herzen tragen. Dieser Ort ist geschaffen für alle Freidenker, die die Entwicklungen in der westlichen Welt zum Weinen bringt. Neu-Preußen ist mehr als ein Wohnpark und hat keinen geringeren Anspruch, als das kulturelle Zentrum des Auslandsdeutschtumes zu werden. Im Zwei-Wochen-Rhythmus wird es Länderabende geben, um unser

regionales Brauchtum bestmöglich zu erhalten – explizit inklusive des Brauchtums der Ostgebiete: Traditionelle Speisen, Liedgut, Volkssagen und wenn es nach mir geht, auch Tänze.

LÄßT SICH DAS UMSETZEN?

Warum nicht? Solche Länderabende hatte ich bereits vor 17 Jahren in der Aktivenzeit organisiert – und das mit weniger Budget und Kompetenzen als heute. Dabei sind „Alt-Kolonisten“ und im Hinterland lebende Siedler selbstverständlich eingeladen und willkommen. Gerade von den Alt-Kolonisten können wir noch einiges über unsere eigene Kultur erlernen beziehungsweise wiedererlernen. Wie die Zukunft aussieht, liegt an uns und lebt vom Mitmachen.

Zum Redaktionsschluß haben sich 64 Familien für ein Leben im Rettungsgarten Gesamtprojekt entschlossen. Davon die große Mehrheit für andere Stadtteile, wo die Grundstücke weniger exklusiv sind und es keine Bauordnung wie in Neu-Preußen gibt. Apropos bauen: Für meine bisherigen sieben Wohnhäuser habe ich im Durchschnitt etwa 500 Euro pro m² bezahlt. Natürlich wird dies beeinflußt vom Wechselkurs und auch in Paraguay bekommt man goldene Wasserhähne. Doch Fakt ist: eine solche Häuserzeile wie unsere Villa Germanica hätte ich mir in Europa niemals im Leben leisten können.

In Paraguay dagegen könnte so manch Leser sein eigenes Verbindungshaus originalgetreu nachbauen (eine gewisse Fehlertoleranz gegenüber lateinamerikanischen Handwerkern sei dabei dringend empfohlen). Wie klingt das? Für mich war die Auswanderung anno 2020 definitiv die beste Entscheidung meines Lebens. Rentenkollaps, Kriegsgefahr, Messermorde, Demokratieabbau, Energieknappheit und explodierende Preise – das läßt einen mit 10.000-Kilometer-Abstand deutlich gelassener.

Waffenbrüder, die meine Sorge um die Zukunft Mitteleuropas teilen oder auch ihre Familie in Sicherheit bringen möchten, sind hiermit eingeladen, sich näher mit dem Leben im freien Paraguay zu beschäftigen. Dazu empfehle ich die Internetpräsenz **www.rettungsgarten.de** und den gleichnamigen YouTube-Kanal. Zum Redaktionsschluß standen noch 6 Baugrundstücke zur Verfügung. Bei Interesse daran stehe ich persönlich zur Verfügung!

KONTAKT UNTER:
E-Mail: info@toppconsult.de
Telefon: +49 151 59898122

ANZEIGE

Hoch über der Donau thront das Schloß von Preßburg: Symbol einer Stadt, die über Jahrhunderte deutsche Bürgerstadt war, bevor sie zur Hauptstadt einer anderen Nation wurde. Hier spiegelt sich die Kontinuität deutscher Präsenz in den Karpaten wider.
Foto: Privat

UNSER VOLK RUNDHERUM: DIE KARPATENDEUTSCHEN

Die Sudetendeutschen und die Donauschwaben waren die am ärgsten von Flucht, Vertreibung und Genozid betroffenen Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges, nicht zuletzt auch durch die menschenverachtenden Benesch-Dekrete.

VON DR. BRUNO BURCHHART (WIENER AKADEMISCHE BURSCHENSCHAFT OLYMPIA WS 1960/61)

Hatten diese doch alle Deutschen in der seinerzeitigen Tschechoslowakei für rechtlos, besitzlos und vogelfrei erklärt. So blieben nur wenige Tausend in der Slowakei als sogenannte Karpatendeutsche in ihrer Heimat, die sich erst nach der Wende, dem Fall der Kommunismusdiktatur 1989, und der Trennung von den Tschechen 1993 in ihrem neuen Staat, der Slowakei, mühsam sammeln und organisieren konnten. Besonders schwierig war das, da ja durch das kommunistische Deutsch-Sprechen-Verbot eine „sprachlose Generation“ herangewachsen war.

ORGANISATION UND REGIONEN

Heute kann der 1990 gegründete KDV (Karpatendeutscher Verein) die allermeisten Deutschen der Slowakei erfassen und vertritt sie als verfassungsmäßig anerkannte größte Minderheitenvereinigung. In den fünf KDV-Regionen Preßburg, Hauerland, Ober- und Unterzips sowie Bodwatal gibt es mittlerweile dreiunddreißig Ortsgruppen, etwa in der Hauptstadt Preßburg/Bratislava, im Hauerland die durch deutsche Bergleute, von den ungarischen Königen ins Land gerufenen, gegründeten Städte: das „goldene“ Kremnitz, das „silberne“ Schlemnitz und das „kupferne“ Neusohl und andere mehr. Neutra, Käsmark, Kaschau, Metzenseifen sind andere, weitaus bekanntere Städte. In diesen Orten gibt es zahlreiche „Häuser der Begegnung“, die zum Teil mit Geldern des bundesdeutschen Innenministeriums, das für die Deutschen Minderheiten in Europa zuständig ist, errichtet wurden. Es sind schöne und zweckmäßige Stätten, wo die Mitglieder ihre vielfältigen Tätigkeiten entfalten können. Heutzutage fließen Gelder von dort jedoch nur mehr für eingereichte Projekte, die dann auch abgerechnet werden müssen.

Das Ziel der Karpatendeutschen ist vor allem die Pflege, Erhalt und Verbreiten der deutschen Muttersprache, die als wesentliche Grundlage für die Weitergabe der eigenen Kultur, Tradition, Sitten und Gebräuche angesehen wird. So werden in den Ortsgruppen auf privater Basis

Deutsch-Kurse für alle Altersgruppen veranstaltet. Von den seinerzeit – trotz der madyarophilen Apponyi'schen Sprach- und Schulverordnung – vorhandenen deutschen 141 Volksschulen in 122 Gemeinden, 22 Bürgerschulen, sieben Fachschulen und drei Gymnasien (Preßburg, Käsmark, Kaschau) ist heute nichts mehr übriggeblieben. Schulen mit Deutsch als Muttersprache existieren nicht mehr. Wohl aber wird Deutsch als bilinguale Fremdsprache unterrichtet. In den letzten Jahren kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen dahingehend, ob Deutsch oder Englisch als erste Fremdsprache unterrichtet werden sollte.

Es gibt einige erfreuliche Ausnahmen: So gibt es in Hopgarten/Ch'melnica in der Oberzips eine „Grundschule mit Kindergarten mit deutscher Muttersprache". Von der Ortsbevölkerung wird auch der Oberzipser Dialekt, „outzäpsersch" gesprochen. Etliche andere Dialekte werden durch die moderne Forschung analysiert, besonders das Mantakische, welches in der Unterzips, im Umkreis von Metzenseifen gesprochen wird und auch erhalten werden soll.

KULTURPFLEGE UND FESTE

Es ist positiv hervorzuheben, mit welchem Idealismus das deutsche Kulturgut – trotz der „sprachlosen Generation" – in der Slowakei hochgehalten und gepflegt wird. Deutsche Poesie, Prosa, Literatur, Lieder, Tänze, Bräuche und Sitten werden auch der jungen Generation vermittelt und weitergegeben. Es gibt viele Chöre, Instrumental- und Volkstanz-Gruppen, die immer wieder auftreten.

Unter dem Motto „Unsere Kultur – Unser Ahnenerbe" finden jährlich die großen Begegnungsfeste im Lande statt: Bei den Tagen der deutschen Kultur in Hopgarten treten dann Gruppen aller Alterskategorien auf, ein großer Umzug nach einer deutschen Messe wird von der Bevölkerung akklamiert. Das Begegnungsfest in der schönen Stadt Käsmark wird von der ganzen Stadt mitgetragen. Das Bodwa-Treffen von Metzenseifen ist ebenfalls sehr beliebt. Die Blaskapellen-Schau in Einsiedel ist ein großes Treffen dieser Musiker. Das größte ist sicher das Hauerland-Fest in Schmiedshau, wo eine Heerschau des Deutschtums in der Slowakei stattfindet. Dahin kommt auch immer die Staatsspitze, war doch der frühere Staatspräsident Rudolf Schuster selbst ein Deutschstämmiger. Beachtenswert ist überhaupt, daß den Deutschen in der Slowakei mit Wohlwollen begegnet wird. Erwähnenswert ist noch das Tatra-Jugendfest in Lomnitz und ein wiederholtes Kindercamp. Auch die Pflege der vielen Bauwerke und Kirchen, die ein deutsches Erbe darstellen, ist ein immerwährendes Anliegen, ebenso wie die Denkmäler, Friedhöfe et cetera.

PUBLIKATIONEN UND MUSEUM

Die liebevoll gestaltete Zeitschrift der Deutschen, das monatliche Karpatenblatt, berichtet nicht nur über das Leben in den Ortsgruppen und von den Festen sowie über Persönlichkeiten der Geschichte, sondern gibt auch der Jugend Raum, ebenso der Literatur wie auch eigenen Bräuchen. Eine exzellente Besonderheit ist das karpatendeutsche Museum in Preßburg unterhalb des beherrschenden Schlosses. Hier werden auf einprägsame Art nicht nur Darstellungen aus der reichen jahrhundertelangen Geschichte der Karpatendeutschen wie Schulwesen, Zeitungswesen du so weiter einprägsam dargestellt, sondern auch die vielen bunten Trachten der einzelnen Regionen. Musikinstrumente, Handwerkszeuge, Geschirr und anderes mehr stellen auf tolle Art ein lebensnahes Bild auch der eigenen Führungsmannschaften dar und der Besiedlungsgeschichte: Eine exemplarische Sammlung.

So kann trotz der kleiner gewordenen Zahl der Karpatendeutschen ein reges Leben festgestellt werden, das vorbildhaft für andere in

Das Theater von Preßburg: Einst Bühne deutscher Sprache und deutschen Geistes in einer Stadt, die lange Zeit kulturell deutsch geprägt war. Ein Bauwerk, das an die literarische und künstlerische Tradition der Karpatendeutschen erinnert. Foto: Privat

Die Martinskirche, Krönungskirche der Habsburger: In diesen Mauern wurden deutsche Könige und Kaiser gekrönt. Ein steinerner Zeuge der engen Verflechtung von Deutschtum und mitteleuropäischer Reichstradition, der bis heute über dem alten Preßburg wacht. Foto: Privat

WICHTIG

Sehr geehrte Herren Verbandsbrüder,

auf dem vergangenen Burschentag wurden wesentliche Beschlüsse getroffen, die sich mit dem gedruckten sowie digitalen Versand der Burschenschaftlichen Blätter befassen:

Die Anzahl der an die Mitgliedsbünde adH versandten Printausgaben wird künftig auf maximal sieben Exemplare pro Bund begrenzt. Jeder Bund erhält mindestens drei Exemplare. Ab vier Aktiven entspricht die Anzahl der versandten Exemplare der in der Stärkemeldung gemeldeten Aktivenzahl, jedoch höchstens sieben Exemplaren.

Für Alte Herren und sonstige Einzelabonnenten erfolgt der Bezug der Printausgabe künftig nur noch nach **ausdrücklicher Willenserklärung.** Die entsprechende Willenserklärung muss bis **spätestens den 31.12.2026** gegenüber dem Sekretariat der Deutschen Burschenschaft abgegeben werden.

Alternativ kann ein digitales Abonnement gewählt werden. **Hierfür ist die Angabe einer gültigen E-Post-Adresse erforderlich.** Empfänger eines digitalen Abonnements erhalten **keine** Printausgabe

Liegt bis zum **31.12.2026** keine Erklärung zum weiteren Bezug der Printausgabe vor, erfolgt der Bezug künftig automatisch digital, sofern dem Sekretariat eine E-Post-Adresse vorliegt.

Das Sekretariat wird alle digitalen Abonnenten in einer **Verteilerliste** erfassen und neue Ausgaben künftig per E-Post versenden.

Darüber hinaus werden die Burschenschaftlichen Blätter künftig auch an die beim Sekretariat hinterlegten E-Post-Adressen **der Aktivitas und Altherrenschaften aller Mitgliedsbünde** digital versandt.

Ferner wurden die Bezugsgebühren für alle **externen Abonnenten** auf 32 Euro im Jahr erhöht, Einzelausgaben kosten fortan 8 Euro. Des Weiteren besteht für einen jeden die Möglichkeit, die Burschenschaftlichen Blätter (und somit die DB!) mit einem **Förderabonnement** in Höhe von 80 Euro im Jahr zusätzlich zu unterstützen.

SOLLTEN SIE WEITERHIN DEN BEZUG VON GEDRUCKTEN AUSGABEN WÜNSCHEN, SO RICHTEN SIE DIESEN WUNSCH BITTE UNTER BBL-ANSCHRIFTENVERWALTUNG@BURSCHENSCHAFT.DE AN DAS SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT.

Werte Herren Verbandsbrüder,

da leider bei den meisten Spendern nicht ersichtlich war, welcher Burschenschaft sie angehören, so daß ich nur vereinzelt Dankeskarten versenden konnte, möchte ich mich auch noch mal auf diesem Wege ganz herzlich bedanken! Der Schaden, der durch den Brandanschlag auf mein Auto in Hannover entstanden ist, konnte inzwischen beglichen werden. Die Welle der verbandsbrüderlichen Solidarität, die mir nach diesem feigen Angriff entgegengebracht wurde, hat mich enorm darin bestärkt, wie wichtig das Engagement als Deutscher Burschenschafter ist und was für eine großartige Gemeinschaft es sich bei unserem Verband handelt.

Alles Gute und Gott mit Ihnen!
Verbandsbrüderliche Grüße

Wir bedanken uns recht herzlich bei allen Verbandsbrüdern, die via Spenden an den Denkmalerhaltungsverein in diesem Jahr die fotographische Begleitung des Burschentages ermöglicht haben!

Dr. Christoph Birghan, MdB (Berliner Burschenschaft Gothia, Burschenschaft Markomannia Aachen Greifswald) – 100 Euro
Benjamin Nolte, MdL (Burschenschaft Danubia München) – 200 Euro
Enrico Komning, MdB (Greifswalder Burschenschaft Rugia) – 300 Euro
Alexis Giersch, MdB (Hamburger Burschenschaft Germania, Burschenschaft Dresdensia-Rugia zu Gießen) – 500 Euro

NACHRUF AUF VERBANDSBRUDER HERWIG NACHTMANN

REDAKTION

Mit dem Tode Herwig Nachtmanns (* 4. August 1940 in Innsbruck; † 18. Juni 2026 ebenda) ist ein Mann von uns gegangen, in dem sich das Schicksal einer ganzen Generation national Gesinnter wie in einem Brennglas sammelt: die Generation, die in den Trümmern des Zusammenbruchs von 1945 aufwuchs, den Verlust der nationalen Substanz am eigenen Leibe erfuhr und sich dennoch – gegen den Strom der Zeit, gegen Umerziehung und moralische Erpressung – dem Erbe von Volk, Sprache und geschichtlicher Kontinuität verpflichtet wußte. Nachtmann war kein Opportunist, kein Karrierist und kein Mann der halben Töne. Er war ein Intellektueller des Widerstandes, ein Publizist von unbestechlicher Konsequenz und ein Burschenschafter im klassischen Sinne des Wortes – einer, dem „Ehre, Freiheit, Vaterland“ nicht leere Formel, sondern verbindliche Lebensmaxime blieb.

Geboren als Sohn des Innsbrucker Apothekers Herbert Nachtmann, erlebte er schon als Knabe die unmittelbaren Folgen der Niederlage. Der Vater verlor nach dem Krieg Vermögen und bürgerliche Existenz. Die Familie mußte von vorn beginnen. Die daraus entstandenen Erfahrungen prägte ihn dauerhaft. Nach der Matura studierte er an der Universität Innsbruck Volkswirtschaft und trat der Akademischen Burschenschaft Brixia bei – jener Verbindung, der bereits Vater und Onkel angehört hatten und der er bis zu seinem Tode als Alter Herr die Treue hielt. Darüber hinaus war er Mitglied und später Alter Herr mehrerer schlagender pennaler Bünde sowie Ehrenbandträger des Österreichischen Pennäler-Rings.

Sein politisches Engagement begann früh und galt dem Selbstbestimmungsrecht Südtirols. In den sechziger Jahren schloß er sich dem Befreiungsausschuß Südtirol (BAS) um Norbert Burger an. Hier zeigte sich bereits jener Charakterzug, der sein ganzes Leben bestimmen sollte: die Bereitschaft, für die Rechte des eigenen Volkes persönliche Opfer zu bringen. Im Grazer Südtirolprozess von 1965 gehörte er zu den Angeklagten, die sich offen zu ihrer Unterstützung des Tiroler Freiheitskampfes bekannten und damit den politischen Charakter der Südtirolfrage vor der österreichischen Öffentlichkeit unübersehbar machten. Die spätere Verurteilung in Abwesenheit durch ein Florentiner Gericht 1970 zwang ihn zu einem zweijährigen Aufenthalt in der Bundesrepublik. Er ertrug diese Nachteile ohne Klage, denn für ihn war der Kampf um die Einheit Tirols und das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen südlich des Brenners keine romantische Schwärmerei, sondern eine Frage der historischen Gerechtigkeit und des Völkerrechts. Bis zuletzt blieb er Mitglied der Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer.

Als Publizist und Verleger wirkte Nachtmann in jenem Raum, den die herrschende Doktrin als „rechtsextrem“ brandmarkte, der jedoch in Wahrheit der Raum des freien Denkens über Volk, Geschichte und Identität war. Er war Geschäftsführer des Aula-Verlages sowie Chefredakteur der Zeitschrift Die Aula. Von 2005 bis 2008 diente er der Deutschen Burschenschaft als Schriftleiter der Burschenschaftlichen Blätter.

Sein Leben spannt den Bogen von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die Gegenwart des 21. Jahrhunderts. Es erinnert daran, daß die Bewahrung nationaler Substanz keine Selbstverständlichkeit ist, sondern beständiger Anstrengung und persönlicher Opfer bedarf. In einer Zeit, in der die europäischen Völker unter dem Druck demographischer Umwälzungen, kultureller Entwurzelung und ideologischer Gleichschaltung stehen, bleibt das Beispiel Nachtmanns aktuell: der Mann, der sich nicht beugt, der die Wahrheit über die Opportunität stellt und der in der Gemeinschaft der Burschenschaft jenen letzten Hort findet, in dem Gesinnung und Charakter noch etwas gelten.

Die Deutsche Burschenschaft, die Tiroler Heimatbewegung und alle, die am Prinzip der nationalen Selbstbehauptung festhalten, verlieren mit ihm einen Weggefährten von seltener Standhaftigkeit.

Ehre seinem Andenken. Fiducit!

UNSERE TOTEN

DR. PHIL. ANTONIUS GÜNTER (Wiener akademische Burschenschaft Silesia 1956), verstorben am 23. Dezember 2025 zu Breitenfurt

BEIGEORDNETER a.D. ANDREAS NEUMANN (Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia WS 1980/81), verstorben am 12. Juni 2026 zu Quarnbek-Landwehr

DR. JUR. GERRIT BRATKE (Münsterer Burschenschaft Franconia 1977), verstorben am 7. Juni 2026 zu Rheine

DR. HERBERT MICHNER (Wiener akademische Burschenschaft Albia 1952), verstorben am 24. April 2026 zu Wien

PROF. DR. DR. H.C. HANS EBERHARD HÖRSCHGEN (Marburger Burschenschaft Rheinfranken 1956), verstorben am 3. April 2026 zu Stuttgart

DIPL.-ING. GERD BÜRGER (Münchener Burschenschaft Cimbria 1960/61), verstorben am 17. August 2026 zu München

ONLINE

UMSTELLUNG

AUF DIGITALEN BEZUG DER BURSCHENSCHAFTLICHEN BLÄTTER

BESTELLUNG DER BURSCHENSCHAFTLICHEN BLÄTTER

○ **hiermit beantrage ich den Bezug der Burschenschaftlichen Blätter auf ausschließlich digitalen Versand an meine unten genannte E-Mail-Adresse umzustellen.**

NAME, VORNAME

STRAßE

PLZ, ORT **LAND**

BURSCHENSCHAFT

E-MAIL-ADRESSE

7stellige VERTRIEBSNUMMER (siehe Adreßaufkleber)

ORT, DATUM **UNTERSCHRIFT**

ADRESSENVERWALTUNG

Deutsche Burschenschaft
Löberstraße 14
D-99817 Eisenach
E-Post: bbl-anschriftenverwaltung@burschenschaft.de

○ **JA,** hiermit bestelle ich die Burschenschaftlichen Blätter auf unbestimmte Zeit zum Preis von Euro 32.– zzgl. MwSt. p.a. in der Bundesrepublik Deutschland, respektive von Euro 40.– zzgl. MwSt. p.a. außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (Maßgeblich ist die Lieferadresse).

○ NÄCHSTE AUSGABE ○ ALS GESCHENKABO

LIEFERADRESSE

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Land

E-Mail

SEPA–Lastschriftmandat: Ich ermächtige die Deutsche Burschenschaft wiederkehrende Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Deutschen Burschenschaft auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Zahlungsempfänger: Deutsche Burschenschaft, der Schatzmeister, Drachenfelsstraße 35, 53757 Sankt Augustin Gläubiger–ID: DE32ZZZ00001476606 | Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Name, Vorname (Kontoinhaber)

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Land

E-Mail

Datum, Unterschrift (Kontoinhaber)

DE __ __ | __ __ __ __ | __ __ __ __ | __ __ __ __ | __ __ __ __ | __ __

IBAN

Kreditinstitut (Name und BIC)

Datum, Unterschrift

Sie können das Abonnement jederzeit ohne eine Einhaltung einer Frist gegenüber der Deutschen Burschenschaft kündigen.

Entsprechendes ankreuzen. Bitte deutlich schreiben, ausschneiden und als Brief frankiert einsenden an:
Der Schatzmeister Volker–Ralf Lange, Sekretariat der Deutschen Burschenschaft, Löberstraße 14
D-99817 Eisenach, per Fax: 0049–(0) 3691-2453023 oder E–Post: schatzmeister@burschenschaft.de

TERMINE

15. NOVEMBER 2026

Gedenkveranstaltung
zum Volkstrauertag

20. – 22. NOVEMBER 2026

Verbandstagung der Deutschen
Burschenschaft in Breslau

**MELDEN SIE IHRE TERMINE
BITTE FRÜHZEITIG
DER SCHRIFTLEITUNG!**

Eisenach um 1900 ©Wikipedia

ANSCHRIFTEN AMTSSTELLEN

1. **Deutsche Burschenschaft**
   Vertreten durch die Vorsitzende Burschenschaft, siehe unter Herausgeber im Impressum.

   Sekretariat
   Sekretariat der Deutschen Burschenschaft
   Löberstraße 14, D-99817 Eisenach
   sekretariat@burschenschaft.de
   Tel.:+49(0)3691 2453029
   Fax.:+49(0)3691 2453023
   Öffnungszeiten:
   Montag bis Freitag
   09:00 Uhr bis 13:00 Uhr

   POSTANSCHRIFT ALLER AMTSTRÄGER

   Amt
   Name des Amtsträgers
   Sekretariat der Deutschen Burschenschaft
   Löberstraße 14, D-99817 Eisenach

   Verbandsobmann für Hochschul- und allgemeine Politik
   Niklas Drove
   (Alte Breslauer Burschenschaft
   der Raczeks zu Bonn)
   politik@burschenschaft.de

   Verbandsobmann für das studentische Fechten, Nachwuchswerbung und Sport
   Niels-Christopher Petersen
   (Burschenschaft Thessalia zu Prag
   in Bayreuth, Wiener Akademische
   Burschenschaft Moldavia)
   fechten@burschenschaft.de

   Beisitzer im Verbandsrat
   Niklas Rößler
   (Freiburger Burschenschaft Saxo-Silesia)
   beisitzer1@burschenschaft.de
   Maximilian Schmitz
   (Alte Hallesche Burschenschaft
   Rhenania-Salingia zu Düsseldorf)
   beisitzer2@burschenschaft.de

   Schatzmeister
   Volker-Ralf Lange
   (Alte Breslauer Burschenschaft
   der Raczeks zu Bonn)
   schatzmeister@burschenschaft.de
   Kontoinhaber: Deutsche Burschenschaft,
   Bank: VR-Bank Rhein-Sieg eG,
   IBAN: DE35 3706 9520 5307 0190 10,
   BIC: GENODED1RST

   Vorsitzender des Rechtsausschusses der Deutschen Burschenschaft
   Karsten Rausch
   (Berliner Burschenschaft der Märker,
   Burschenschaft Libertas Brünn zu Aachen)
   rechtsausschuss@burschenschaft.de

   Referent für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
   Jan-Hendrik Klaps
   (Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu
   Bonn,Berliner Burschenschaft Libertas)
   presse@burschenschaft.de

2. **Verband der Vereinigungen Alter Burschenschafter (VVAB)**
   Vorort des VVAB: Verein Alter
   Burschenschafter Eisenach
   Vorsitzender: Wolfgang Hanagarth
   (Burschenschaft der Rheinfranken
   Marburg, Burschenschaft Arminia,
   Burschenschaft Salamandria Dresden)
   Kassenwart: Norbert Weidner (Alte Breslauer
   Burschenschaft der Raczeks zu Bonn,
   Akademische Burschenschaft Carolina zu Prag
   in München,
   Pennale Burschenschaft Heinrich Hoffmann
   von Fallersleben)
   Schriftwart: Alexander Czech
   (Burschenschaft Redaria-Allemannia
   Rostock)
   Über die E-Post-Adresse
   vvab@burschenschaft.de
   werden alle Amtsträger des Vorortes parallel
   erreicht.

3. **Bund Chilenischer Burschenschaften (BCB) B! Vulkania zu Valdivia**
   Los Manzanos 040, CL-5110665 – Valdivia,
   CHILE, info@bcb.cl

4. **Burschenschaftlicher Verein für nationale Minderheiten**
   Vorsitzender: Dr. Bruno Burchhart
   (Olympia Wien)
   A-9184 St. Jakob i. Ros. 130,
   Tel.: +43 (0)664 9163853,
   minderheiten@burschenschaft.de

5. **Burschenschaftsdenkmalverein in Eisenach**
   Vorsitzender: Dr. Dietmar Haba (Cruxia Leoben)
   Sekretariat
   Löberstraße 14, D-99817 Eisenach,
   bdv@buschenschaftsdenkmal.de

6. **Denkmalerhaltungsverein Eisenach e.V.**
   Axel Zimmermann
   (Gießener Burschenschaft Germania)
   Sekretariat
   Löberstraße 14, D-99817 Eisenach,
   post@denkmalerhaltungsverein.de

7. **Stiftung Burschenschaftsdenkmal Eisenach**
   Sprecher des Vorstandes: Axel Zimmermann
   (Gießener Burschenschaft Germania)
   Sekretariat
   Löberstraße 14, D-99817 Eisenach

8. **Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e.V.**
   Vorsitzender: Christian Oppermann (Arminia
   Prag zu Bochum, Libertas Brünn zu Aachen)
   Postfach 820110, D-12503 Berlin
   Tel.+49(0)30 67808292
   arminwilhelmscholz@web.de
   1. Stellvertretender Vorsitzender
   und Schriftenempfänger:
   Nils Kowalewski
   burschenschaftsgeschichte@gmail.com
   1. Stellvertretender Vorsitzender und
   Schatzmeister:
   Jörg Dreier (Arminia Hannover)
   Albert-Schweitzer-Straße 85
   D-28279 Bremen
   kassenwart@burschenschaft.de
   Bankverbindung:
   Jörg Dreier w/Burschenschaftliche
   Geschichtsforschung e.V.,
   IBAN: DE13 7502 0073 0017 7701 44
   BIC: HYVEDEMM447

9. **Archiv und Bücherei der Deutschen Burschenschaft**
   Dr. Franz Egon Rode (Allemannia Heidelberg)
   Postfach 1151, D-97931 Tauberbischofsheim
   Mobil:+49 (0)163 6826182
   www.burschenschaftsgeschichte.de
   archiv@burschenschaft.de

ANZEIGE

BURSCHENSCHAFTLICHE BLÄTTER

ONLINE

Entdecken Sie unser Magazin

PRINT & DIGITAL!

Lesen Sie die Burschenschaftlichen Blätter nicht nur als gedruckte Ausgabe zuhause oder auf Ihrem Korporationshaus, sondern auch jederzeit online als blätterbares ePaper. Das Verbandsorgan der Deutschen Burschenschaft – immer und überall dabei.

JETZT ABONNIEREN UND DOPPELT LESEN!